Zur Lage der Opposition in den Staaten des „realen Sozialismus"…….Seite 25

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr. 30 / Oktober 1979 / Preis: S 7,–

Konterrevolutionärer Terror des Khomeini-Regimes!

Seit Anfang September sind die Gebiete der kurdischen Minderheit im Iran von den Truppen des Khomeini-Regimes besetzt. Nachdem Verhandlungen von Kurdenführern mit Khomeini über den Abschluß eines Waffenstillstands gescheitert waren und Khomeini sich auch nicht bereit zeigte, über die Autonomieforderungen der Kurden zu verhandeln, wurde die Stadt Mahabad, Zentrum des kurdischen Widerstandes, am 2. September stundenlang durch die Luftwaffe bombardiert und anschließend von Truppen besetzt. Die Bevölkerung hatte zum Teil unter dem Schutz von bewaffneten kurdischen Einheiten die Stadt verlassen. Überhaupt befinden sich große Teile der kurdischen Bevölkerung auf der Flucht vor dem Terror der islamischen Garden und der Armee.

Damit haben die Bestrebungen zur Autonomie und die Versuche, die iranische Armee aus dem Land zu weisen, vorerst einen Rückschlag erlitten. Die kurdischen Kämpfer haben sich in die Berge zurückgezogen.

Wesentlich an der letzten Entwicklung in Kurdistan ist auch, daß die Armee offenbar einsatzfähig ist. Bisher waren größere Invasionen gegen Oppositionelle immer an Weigerungen der Armee gescheitert. In Mahabad hat sogar die Luftwaffe eingegriffen, eine Armeeinheit, die von den Linken im Iran gern als fortschrittlich tituliert wurde. Zwar ist nicht klar, aus welchen Teilen des Iran die Einsatztruppen zusammengezogen wurden, aber eine Stärkung der Armee bringt große Gefahren für die zukünftigen Kämpfe der Linken und der Nationalitäten.

Der Fatalismus und die Brutalität, mit der von Seiten der Religiösen gegen die Autonomieforderungen der Kurden vorgegangen wurde, Massenhinrichtungen, Räumung von Dörfern, Bombardierung, wird bei großen Teilen der kurdischen Bevölkerung den Wunsch nach einem eigenen Staat verstärken. Ist es immer Pflicht von revolutionären Organisationen, unterdrückten Nationalitäten das Recht auf Abtrennung, das Recht auf einen eigenen Staat anzubieten, so gibt es in Kurdistan besondere Anknüpfungspunkte. Das kurdische Volk ist durch willkürliche Grenzziehungen, die das Eindringen des Kapitalismus im Mittleren Osten mit sich brachte, auf vier Länder aufgeteilt. Gleichzeitig sind die Kurden als nationale Minderheiten von besonderer materieller Ausbeutung und kultureller Unterdrückung betroffen.
Die strikte Weigerung der iranischen Machthaber auch nur einer einzigen Nationalität im Iran Rechte zu gewähren, kann einer Organisation Unterstützung bringen, die den Nationalitäten die Entscheidung über ihr Verhältnis zur Zentralregierung selbst überlassen will. Im Iran hat keine andere Gruppe als die Sektion des Vereinigten Sekretariats die Frage des Rechts auf Lostrennung angeschnitten.

Das Vorgehen Khomeinis gegen die Kurden ist geleitet von der Angst, daß bei einem Erfolg der Kurden auch andere Nationalitäten ihre Autonomieforderungen anmelden könnten. Besonders prekär stellt diese Frage sich in Khusestan, wo die Ölfelder liegen, von deren Ergiebigkeit heute faktisch die ganze iranische Wirtschaft abhängig ist.

So wurde auch bei Demonstrationen arabischer Arbeiter in Khusestan Armee eingesetzt und schon im Mai Verhaftungen vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurden in Ahwaz, zusammen mit Arbeitern des Rates der Ölarbeiter von Ahwaz, 16 Mitglieder der HKS (VS-Sektion) festgenommen. Am 27. August wurden 12 der Genossen durch ein Tribunal zum Tode verurteilt, wegen "revolutionärer Tätigkeit gegen die islamische Republik und Aufruf zum bewaffneten Aufstand". Die Ge-

Fortsetzung auf Seite 8

Der 9. ÖGB-Kongreß:

Es triumphierte der „gesunde Menschenverstand"

„Mir gruselt vor Selbstzufriedenheit, Selbstgerechtigkeit, Sattheit – auch dann, wenn sie sich im ÖGB zeigt." So der Präsident der Journalistengewerkschaft Nenning am 3. Tag des Kongresses. Wäre es nicht Nenning – der es ja nach dem 6. Mai hervorragend verstanden hatte, die Sattheit eines Bruno Kreisky als ‚Genialität' darzustellen –, müßte man diesen Worten wohl zustimmen.

Benyas Lobtiraden auf sich selbst, den ÖGB und auf das „gemeinsam Erreichte" konnten einfach nur als Brüskierung jener Arbeiter aufgefaßt werden, die von den „gemeinsamen Erfolgen" bislang nicht viel gemerkt haben. Etwa die Metall- und Bergbauarbeiter, die sich zuletzt mit einem von der Gewerkschaftsbürokratie ausgehandelten Lohnraubabschluß begnügen mußten. Oder die drangsalierten Semperit-Arbeiter, die zuerst zu unbezahlter Arbeit erpreßt und, als sich ein Teil von ihnen weigerte, mit Entlassungen bedroht wurden; wie überhaupt die unterprivilegierten Schichten der werktätigen Massen in Österreich – die Arbeiterfrauen, die Arbeiterjugend, die Pendler, die ausländischen Arbeiter usw. – den Auftakt des Kongresses nur als Hohn empfinden konnten.

Denn sie wurden in den Jubelberichten der ersten Tage nicht einmal erwähnt...

Fortsetzung auf Seite 4



Zentralorgan der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Einzelpreis: S 7,–

Doppelnummer: S 10,–

ABONNEMENT

10 Ausgaben S 100,–
(inklusive Porto und Versandspesen)

Auslandsabos: S 130,–

ergebnisse u. perspektiven

THEORETISCHES ORGAN
herausgegeben vom
SPARTACUSBUND und der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Abonnement

4 Ausgaben S 15o,–
(inklusive Porto und Versandspesen)

Redaktionsanschrift und
Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1010 Wien

Alle Zahlungen:

Konto der Österreichischen
Postsparkasse Nr. 7106.024
(Karl Reitter)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber,
Verleger, Druck und für den Inhalt
verantwortlich: Wolfgang Stöger,
Pazmanitengasse 14, 1020 Wien

In eigener Sache

Nach einer längeren Sommerpause erscheint nun wieder eine Ausgabe der ‚permanenten revolution'. Die Sommerpause – d.h. ihre Länge – hatte einige Gründe. Zum ersten ist es der besonderen politischen Situation in Österreich geschuldet, daß die verkaufte Auflage in den Sommermonaten auf ein nicht mehr zu vertretendes Minimum sinkt. Zum zweiten waren wir mehr als urlaubsreif. Zum dritten aber schließlich ist zu betonen, daß wir natürlich nicht nur faul waren. Neben einem IBM-Composer (mit dem, wie hoffentlich sofort ersichtlich, diese Ausgabe bereits getippt wurde) wurde eine Druckmaschine angeschafft und installiert, sodaß wir nun (endlich) bei der Produktion unserer ‚Sachen' völlig ‚autonom' sind. Das Papierformat der Zeitung kann dadurch auch etwas vergrößert werden, der Umfang wird in Zukunft – bei einem immer gleichbleibenden Preis – 2o, 24 oder 28 Seiten betragen.

Unvermeidlich wurde aber eine Preiserhöhung auf S 7,– (Doppelnummer S 1o,–) bzw. eine Erhöhung des Abo-Preises auf S 100,– für 10 Ausgaben (wovon bereits bestellte Abos natürlich nicht betroffen sind).

Neben den technischen Verbesserungen sei noch der im Sommer getroffene Beschluß erwähnt, noch in diesem Jahr mit der Herausgabe eines englischsprachigen Organs zu beginnen, wodurch unsere internationale Arbeit natürlich erheblich verbessert und beschleunigt werden kann!

Angehoben muß allerdings auch der Preis unseres Theoretischen Organs ‚Ergebnisse u. Perspektiven' werden. Die Ausweitung des Umfanges und die dadurch erheblich gestiegenen Produktionskosten machen dies unvermeidlich. Das Einzelheft wird ab nun S 30,– kosten, das Abo für 4 Ausgaben S 150,–.

DIE REDAKTION

INHALT

Spendet für Pietsch, Gratt und Keplinger!

Die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse gegen die drei Genossen hatte „Erfolge". Die bereits genehmigten kleinen Begünstigungen wurden wieder rückgängig gemacht!

Wir haben es schon in der letzten Ausgabe der ‚permanenten revolution' betont: Das Geringste, was wir an Solidarität mit den drei Genossen unter Beweis stellen können, ist, einen Beitrag zu leisten, der die Versorgung mit Büchern, Zeitschriften, Kleidung usw. einigermaßen gewährleistet. Bis jetzt wurde aber leider nicht sehr viel gespendet.

Zeigen wir jetzt erst recht, daß wir nicht bereit sind, uns dem ‚demokratischen' Druck zu beugen und vergessen wir die drei Genossen nicht.

Spendet auf das Konto der
Österreichischen Postsparkasse
7106.024 (Karl Reitter)
Kennwort: Freiheit

Wir weisen darauf hin, daß auf Spendenerlagscheinen kein Absender abgegeben werden muß.

Bis jetzt sind folgende Spenden eingegangen:

F.M. – S 1ooo,–
Maifest von SOAK und IKL – S 600,–
iranischer Genosse – S 100,–
ABC – S 100,–
O.Z. Salzburg – S 50,–
Unsere Organisation wird S 2000,– spenden.

Spenden werden auch von den Zeitungsverkäufern der ‚permanenten revolution' und an unseren Büchertischen entgegengenommen!

KOMMENTAR

Seit Monaten läuft eine Kampagné der reaktionären Presse dieses Landes, welche wahrlich eindrucksvolles Anschauungsmaterial darüber liefert, was „Freiheit der Presse" unter bürgerlicher Klassenherrschaft bedeutet.

Es wäre sicherlich zu vereinfachend, sich den Typ des ‚normalen' bürgerlichen Journalisten als bloßen Befehlsempfänger seiner Herrn vorzustellen. Also gewissermaßen als einen Unterdrückten, der eben auf diese Art und Weise sein Brot verdient. Diese Typen sind viel mehr als das. Um überhaupteinen fixen Redaktionsstatus zu erhalten, müssen sie alle Stationen einer ‚Schule' durchgehen, die sie tiefgehend formt und prägt. Sie lügen selten, sie glauben zumeist tief und fest, was sie tagtäglich abliefern, sind fest davon überzeugt, einen Beitrag zur Wahrung der „Pressefreiheit" zu leisten und schwören im übrigen auf die Demokratie...

Es bedarf keines Befehles der Eigentümer; die Hündchen wissen, was der Herr in seinen Spalten gedruckt haben will.

Was bewiesen werden mußte – es wurde bewiesen

So ergibt sich jener abstoßende Typ, der oft schon dargestellt wurde. Jederzeit bereit, um eines Aufmachers willen Namen, Adressen und Bilder preiszugeben, auch wenn die Vernichtung von Menschen der Preis dieses unwürdigen Vorganges ist. Sie bezahlen nie. ‚Demokratie' und ‚Pressefreiheit' – die Freiheit zu lügen, Unbewiesenes, Halbwahrheiten zu verbreiten - schützen und hegen sie. Würdige Produkte einer unwürdigen Gesellschaftsordnung. Spiegelbilder der Freiheit des Kapitals, der Profite wegen Menschen zu vernichten, Kriege zu führen, die Würde der Menschen mit Füßen zu treten!

Seit Monaten ist Justizminister Broda Zielscheibe der reaktionären Presse. Seine vor längerer Zeit treuherzig abgegebene Beteuerung, daß noch nie so viele Urteile ausgesprochen wurden, daß Österreich beim Anteil der Verurteilten der Gesamtbevölkerung im internationalen Spitzenfeld liegt, nützte wenig, ja vielmehr nichts.

Broda hatte laut von einer „gefängnislosen Zeit" geträumt, derweilen ‚seine' Richter brav am laufenden Band verurteilen (pardon, der ‚Gerechtigkeit' zum Siege verhelfen), und sich damit der Kampagne der ‚Law-and-Order'-Abteilungen des Boulevards ausgesetzt, die bei Bedarf Kampagnen für die Todesstrafe ablaufen lassen, was in einem Land, in dem das ‚Schwanz-ab' ebenso tief verwurzelt ist, wie die pathologische Liebe zu Hunden und Wellensittichen, natürlich nicht folgenlos bleibt. ‚Menschlich gesehen' wissen sie, wie man derartiges ablaufen läßt. Und wer würde ihnen vorwerfen, den Damen und Herren ‚Hütern der Pressefreiheit', daß sie ihr Geschäft nicht verstehen?

Nun ist diesen Menschen der Zuhälter, der Vergewaltiger, ja selbst der Räuber und Dieb (von Wirtschaftsverbrechen und Steuerhinterziehungen ganz zu schweigen) irgendwo doch ‚verständlich' (wenngleich: Strafe muß sein...). Wer erinnert sich nicht an die zwischen den Zeilen kaum mehr zu verbergende klammheimliche Sympathie für den ‚roten Heinzi', der doch so schlau das ‚große Geld' machte – mit dem Elend anderer. Und das verstehen sie (wenngleich...).

Aber ihre gesamte Kraft als ‚Volkserzieher' als ‚Meinungsbildner' müssen sie in die Waagschale der Zeitungsspalten werfen, wenn Menschen Taten begehen, die nach den von einer Klasse, für den Schutz dieser Klasse geschriebenen Gesetzen ‚nicht erlaubt' sind, dies aber nicht aus Motiven der persönlichen Bereicherung tun, sondern ausschließlich aus solchen politischer Natur. Menschen, die ‚Taten' gegen Reichtum und Macht begehen, von Unterdrükkung und Ausbeutung sprechen.

Der ganze Haß der Hündchen muß eingesetzt werden, um zu erreichen, daß sich Unterdrückte und Ausgebeutete mit den betroffenen Unterdrückern solidarisieren. ‚Gewöhnliche Verbrecher, die sich tarnen', ‚Terroristen, die unsere Freiheit bedrohen', tönt es mit rasender Beharrlichkeit aus den Seiten, denn verhindert muß werden, daß der Arbeiter begreift, daß die Gewalt des ‚Terrorismus' sich nicht gegen ihn, sondern gegen SIE richtet. Die Prediger der Gewalt gegen jene, die die Gewalt der Unterdrücker bekämpfen, werden zu Aposteln der Gewaltlosigkeit!

Es begann mit Waltraud Boock. Was Haftverschärfung war, wurde als wahrer Urlaub dargestellt. Das Essen nach dem Hungerstreik wurde zum Festmahl, die Zelle zur Villa.

Und es erreichte den ersten Höhepunkt mit dem Hungerstreik von Pitsch, Gratt und Keplinger. Der Gefangene, der seine einzige ‚Waffe', das eigene Leben einsetzt, um eine Zerstörung seiner Psyche und seiner Gesundheit zu verhindern, wurde zum ‚Erpresser' erklärt, und kaum zu übersehen war die Quintessenz der Hetze: ‚Verhungern lassen'!

Nachdem der Staatsapparat den politischen Gefangenen geringe Zugeständnisse machte, Spaziergänge und kurze Zusammenkünfte gewährte, spielten die diversen ‚Hüter der Demokratie' in den Boulevardblättern alle Register ihres großen Könnens. Hellseherisch erklärten sie, daß die ‚Erpresser' nun „neue Gewalttaten" und ähnliches planen könnten und es auch tun würden.

Natürlich weiß die Justiz und wissen es auch die ‚Hüter', daß es sich bei den ‚Erpressern' im juridischen Sinne nicht um ‚Haupttäter' handelt. Pitsch, Gratt und Kepplinger mußten also in die Rolle von ‚Köpfen' der RAF schlüpfen, denn es mußte ja bewiesen werden, daß die Justiz unter Broda von „gefährlichen Verbrechern" erpreßbar ist. „Nichts gegen den humanen Strafvollzug, aber..."

Und – welch überwältigender Beweis für die Wachsamkeit unserer ‚demokratischen Hüter' – ein Beweis wurde gefunden, pardon, soll natürlich heißen: Die Befürchtungen der Journalisten bewahrheiteten sich.

Ein kleiner Strizi lieferte den Beweis. Ein etwas größerer Strizi hätte ihm ‚Kassiber' von Pitsch übergeben, in denen den ‚Roten Brigaden' der ‚Befehl' erteilt würde, einen Staatspolizisten in den Kopf, nein, ins Knie, einen Staatsanwalt ins Knie, nein, in den Kopf und den Würstelmann in die Brust, pardon, in den Arsch... Was soll's, der „gefährliche Terrorist" gab Mordbefehle und damit basta!

Und es liefen gar seltsame Dinge ab. Pitsch schrieb – so die Zeitungen – in italienischer Sprache. Der kleine Strizi beherrscht in dieser Sprache wohl einzig die Wörter Pizza und Gelati. Was ihn allerdings nicht hinderte, exakt den Mordbefehl zu erkennen... Kein Mensch – so sagt es uns die Justiz – hat diese ‚Kassiber' jemals gesehen. Doch – unser Vertrauen in die ‚Hüter der Pressefreiheit' wird immer umfassender – der ‚Kurier' schaffte es, Fotos von den ‚Kassibern' zu veröffentlichen...

Der Strizi wollte dann Geld für seine Dienste zur Unterstützung der Pressefreiheit haben, setzte einem Journalisten die Pistole an den Kopf und wurde der Polizei übergeben. Der Redakteur schreibt weiter... über Hunde, die mit dem Fusserl in den Kanaldeckel rutschen, über Kindergartentanten, die kleine Mäderln beim Zopferl reißen... Bis, ja bis ihn die finsteren Aktivitäten der „Mordbuben" wieder an die vorderste Front der „Demokratie" werfen!

Und sage da einer, daß solch kleine Journalisten oft die besten Beziehungen zu den kleinen Strizis haben und wage es da ein zweiter vielleicht zu sagen, daß es wirklich schwer falle, einen Unterschied zwischen dem Zuhälter und dem Boulevard-Journalisten festzustellen – die „demokratische Justiz" wird beide – hurra – nach „bestem Wissen und Gewissen" vom Gegenteil überzeugen und diese ‚demokratische Überzeugungsarbeit" mit dem entsprechenden Urteil manifestieren!
Sagt da einer was? Na eben!

Fortsetzung von Seite 1

Der 9. ÖGB-Kongreß

Stattdessen war viel die Rede von jenen Umverteilungsaktionen im sozialen Bereich, die in den letzten Jahren zumindest in der sozialdemokratischen Presse für Schlagzeilen gesorgt hatten: 4 Wochen Mindesturlaub, eine Woche Pflegefreistellung pro Jahr, gesetzlich geregelte Abfertigung für Arbeiter, u.a. Vor welchem Hintergrund diese punktuellen Verbesserungen insgesamt allerdings zu verstehen sind, hat die Industriellenvereinigung schon vor dem Kongreß verlautbaren lassen: Die Lohnstückkosten seien unter der SP-Regierung (und mit Hilfe des ÖGB) verringert worden und die steuerlichen Begünstigungen seien für die Kapitalisten zufriedenstellend gewachsen (Igler). Das bedeutet, die Verbesserungen für die Arbeiter gingen nicht auf Kosten der kapitalistischen Profite, d.h. aber, daß sie von den Massen selbst bezahlt werden mußten, bzw. müssen. Die letzte Regierungsklausur der SPÖ zielte haargenau in diese Richtung. Da war von einer „Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades der Sozialversicherungsträger" die Rede. Androsch: „Nicht jedes Risiko kann in beliebiger Höhe von der Gemeinschaft getragen werden." Die staatliche Stützung der Lebensmittelpreise soll erheblich gekürzt werden, was mit einer Erhöhung der Preise für die Grundnahrungsmittel in erster Linie die ärmeren Schichten der Bevölkerung treffen würde. Die SP-Regierung nimmt, um die Kapitalisten vollzustopfen, wobei hin und wieder auch einige Almosen für die Arbeiter dabei abfallen ... grandios sozial?

Die Arbeitsintensität in den Betrieben ist in den letzten Jahren immens angestiegen; der Druck auf die Belegschaften schneller und billiger zu arbeiten steigt – alles das relativiert die SP-Erfolge ungemein – kein Wort davon selbstverständlich von den Gewerkschaftsführern auf dem ÖGB-Kongreß!

Die alltägliche Mühsal der Masse der österreichischen Arbeiter kam erst in den Diskussionsbeiträgen an den weiteren Tagen ein wenig zur Sprache. Einige Delegierte forderten am Mittwoch konkrete Maßnahmen zum Schutze der Schichtarbeiter. Ein Betriebsrat des Werkes der Vöslauer-Kammgarn-AG in Heidenreichstein wies auf die Probleme der von der Entlassung bedrohten Arbeiter hin, u.a. Nicht unwichtig ist es aber dabei zu fragen, welche Wirkung solche kritischen Redebeiträge haben werden.

DER 16. ÖGJ-KONGRESS

Nicht umsonst sorgten sich einige Sprecher auf dem am Wochenende vor dem ÖGB-Kongreß stattgefundenen Jugendkongreß um die Erfüllung ihrer Forderungen. Das letzte Forderungsprogramm zur Neuordnung der Berufsausbildung („Aktion 75") wurde nämlich damals seiner wesentlichen Aussagen entblößt, verschleppt und schließlich im Parlament von der SP-Fraktion ‚geopfert'. Der Unmut über solche bürokratischen Manöver war dieses Mal nicht zu überhören. Überhaupt ging es auf dem ÖGJ-Kongreß ‚lebendiger' als auf dem Gesamtkongreß zu. Zu Semperit gab es einen Antrag, der die Vorgangsweise der Konzernleitung und des SP-Betriebsrates auf das schärfste verurteilte. „Zwangsmaßnahmen wie die angedrohten Kündigungen zur Durchsetzung des Lohnverzichts verurteilen wir schärfstens und stellen fest, daß sich Betriebsräte, die solchen Maßnahmen zustimmen, zu Erfüllungsgehilfen der Konzernleitung von Semperit machen." Dieser Antrag wurde mit einer Mehrheit von 119 gegen 30 Stimmen angenommen, worauf ihn das Präsidium zuerst für ungültig erklärte, da nicht alle Delegierten bei der Abstimmung anwesend waren und gemäß der Geschäftsordnung plötzlich eine „einfache Mehrheit" bedeuten sollte, daß mehr als die Hälfte der am Vortag anwesenden stimmberechtigten Delegierten zuzustimmen gehabt hätten. Eine bürokratische Farce, die dann vom scheidenden ÖGJ-Obmann Kinigadner selber eingestanden werden mußte. Der Antrag wurde schließlich für angenommen erklärt. Doch was geschah weiter? Resultat war dann, daß der neue Vorstand der ÖGJ damit beauftragt wurde zu Semperit Informationen zusammenzutragen und (irgendwann einmal) einen Beschluß zu fassen. Es ist sicher nicht an den Haaren herbeigezogen, zu erwarten, daß alles im Sande verlaufen wird.

Trotz des größeren Elans gegenüber der Bürokratie, der den ÖGJ-, im Gegensatz zum ÖGB-Kongreß, auszeichnete, waren auch die kämpferischeren Positionen von beträchtlichen Illusionen begleitet: wenn z.B. von der Leitung der verstaatlichten Creditanstalt (die mit Semperit verflochten ist) verlangt wurde, „in ihrer Konzernpolitik auf reine Profitorientierung zu verzichten und die Interessen der Arbeiter und Angestellten ihrer Betriebe zu berücksichtigen." Kapitalistenvertretern wurde somit empfohlen, nicht mehr kapitalistisch zu denken und zu handeln ...?

Einen breiten Rahmen nahm die Debatte zur 35-Stunden-Woche ein, die auch als Forderung der ÖGJ beschlossen, allerdings ebenfalls „einstweilen"(?) dem Jugendvorstand zur weiteren Beratung zugewiesen wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes kam es schließlich zu einer Kampfabstimmung, bei der zwar die etablierte Funktionärsgruppierung um H.Sturmer siegte – dem ÖGB-Kongreß passierte hingegen nicht einmal eine solche Abstimmung. Seine Parole war viel mehr: Eintracht, Ruhe und Sattheit.

AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN

Die zentralen Fragen für die österreichische Arbeiterklasse gelangten auf dem ÖGB-Kongreß nicht einmal bis zu einer Abstimmung. Das Problem der Arbeitszeitverkürzung wurde schon Mitte August von Sekanina und Dallinger ausgeklammert. Der Kongreß sei nicht kompetent zu entscheiden, „ob die Arbeitszeitverkürzung mittel- oder längerfristig unter diesem Aspekt (als Mittel zur Arbeitsplatzsicherung – ‚p.r') durchgeführt werden soll." Die Delegierten durften auch nicht zur Metallerlohnrunde, zu Semperit oder zu den Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst Entscheidungen treffen. Diese fielen bereits im Bundesvorstand, der es sich ganz im Sinne der undemokratischen ÖGB-Statuten auch auf dem Kongreß (selbst mit dessen kastriertem Programm) nicht nehmen ließ, die Zügel fest in der Hand zu halten. Er tagte regelrecht über die Köpfe der Gewerkschaftsmitglieder hinweg. Die Kongreßdelegierten wurden nicht von ihnen gewählt, sondern von den Vorständen der Einzelgewerkschaften nominiert, die es auch überhatten den neuen Bundesvorstand (er wurde erweitert, was den Einfluß der sozialdemokratischen Bürokratie vergrößerte) zu wählen. Selbst die größtenteils matten Anträge konnten nur von den Vorständen und nicht von den Delegierten eingebracht werden.

Dieser Kongreß hat wieder einmal deutlich gemacht, wie mies es um die Gewerkschaftsdemokratie steht. Die Politik der Sozialdemokratie, mit dem Kapital zusammenzuarbeiten und die undemokratischen Strukturen der von ihr beherrschten Gewerkschaften hängen eng zusammen. Für die Bürokratie ist es nicht möglich, daß wirkliche Vertreter der Arbeiter Rede- und *Entscheidungsrecht* auf dem Kongreß besaßen. Um die Benyas, Sekaninas oder Dallingers wäre es schlecht bestellt gewesen, wenn der Empörung der erpreßten Arbeiter bei Semperit freier Platz eingeräumt worden wäre, ein Metallarbeiter vorgerechnet hätte, was ihm von den 4,5% Lohn‚erhöhung' übrigbleibt; wenn die alltäglichen Benachteiligungen und Beschwernisse der Arbeiterjugend, der Arbeiterfrauen, der ausländischen Arbeiter, der alten Arbeiter u.a. auf's Tapet gebracht worden wären – und vor allem: wenn dies alles Konsequenzen gehabt hätte!

SEMPERIT

Die Bedeutungslosigkeit des Kongresses für die Masse der Arbeiter kann beispielhaft anhand der Ereignisse bei Semperit aufgezeigt werden. Bekanntlicherweise hatte im Juni die Betriebsleitung eine Urabstimmung der Belegschaft angesetzt, auf der über 4 unbezahlte Arbeitstage entschieden werden sollte. Dieser Ankündigung folgten massive Erpressungs- und Einschüchterungsversuche seitens der Direktion und des SP-Betriebsratsobmannes – dem Betrieb ginge es so schlecht, alle müßten Opfer bringen, sonst drohe Arbeitslosigkeit. Bei der Urabstimmung lehnte rund ein Drittel der Arbeiter und Angestellten dieses ungeheure Ansinnen trotzdem ab. Die so zustandegekommene Mehrheit für die Maßnahmen der Betriebsleitung wurde in der Folge als großer Erfolg der Sozialpartnerschaft ausgeschlachtet, der ‚beweise', wie verständnisvoll die Semperitarbeiter doch seien. Um die ‚Kooperationsbereitschaft' noch zu vervollkommnen, oder besser, um den Druck auf die Belegschaft noch mehr zu erhöhen, verlangte die Konzernführung von jedem Einzelnen eine schriftliche Zustimmung. Wieder arbeitete der SP-Betriebsrat mit den Kapitalisten zusammen. Mitte August hatten jedoch noch immer nicht alle Arbeiter unterschrieben. Dem Rest, der sich bis dahin beharrlich geweigert hatte, wurde erklärt, daß er für die Firma nicht mehr „tragbar" sei. An eine Reihe von Arbeitern gingen schließlich Kündigungsschreiben.

Wut kommt einem hoch, wenn man sich diese unverschämten Ereignisse vorstellt. Im Juni hatten Semperit-Generaldirektor Leibenfrost und SP-Zentralbetriebsratsobmann Kaiser noch dezidiert erklärt, niemand, der die unbezahlte Arbeit ablehnen würde, müßte Nachteile befürchten. Dem folgten hingegen Erpressungen und Kündigungen. Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß selbst dieses Detail schon zu Anfang im Plan der Kapitalisten berücksichtigt war: die kritischen Arbeiter sozusagen ‚legal' loszuwerden.

Der ÖGB reagierte daraufhin nicht wie eine Arbeiterorganisation. Die Chemiegewerkschaft verweigerte den betroffenen Kollegen jede Hilfeleistung, die Gewerkschaft der Privatangestellten begnügte sich mit der Zusicherung, rechtliche Hilfe zu gewähren.

Auf dem ÖGB-Kongreß wurde lediglich über Semperit geredet, Konsequenzen wird das aber keine haben. Das ist überhaupt für den Verlauf dieser Woche bezeichnend. Dort, wo wirkliche Unterstützung und wichtige Entscheidungen für die Arbeiter nötig gewesen wären, gab es Schweigen oder im besten Falle wortreiche Beteuerungen vor dem Hintergrund bürokratischer Willkür. Der ÖGB-Bundesvorstand hatte schon vor dem Kongreß die kritische Stellungnahme des ‚Gewerkschaftlichen Linksblockes' (GLB) zu Semperit „Ohne Einwände(!) ... zur Kenntnis genommen." (‚Volksstimme', 4.9.1979), auf dem Kongreß wurde das Problem beredet, Entscheidungen würgte die Bürokratie schon vorher ab.

Einem großen Teil der Anträge auf dem ÖGB-Kongreß wird ebenfalls keine wirkungsvolle Zukunft beschieden sein. Denn ihre Anwendung, z.B. die Anrechnung des Karenzurlaubes für die Dienstzeit, oder, wie am letzten Kongreßtag groß herausgestellt, die 5. Urlaubswoche, obliegt den Spitzengremien von SPÖ und ÖGB. D.h. ihre Verwirklichung wird nicht von den Bedürfnissen der Arbeiter und Arbeiterinnen abhängen sondern von der Möglichkeit, neuerliche Umverteilungen durchzuführen ohne die kapitalistischen Profite anzutasten; die Arbeitsproduktivität und Intensität so zu steigern, daß sie die eine Woche Mehrurlaub kompensieren (und mehr!); und nicht zuletzt wird der Zeitpunkt der Verwirklichung davon abhängen, ob sie wahltaktisch verwendet werden kann. Die Nationalratswahlen sind knapp vorüber und angesichts der letzten Regierungsklausur scheint ebenfalls Skepsis angebracht zu sein.

Es ist eine Linie von der Klassenzusammenarbeit der SPÖ zu den Zustimmungen ihrer Betriebsräte bei Semperit. Ausgewiesen wurde dies hier mit dem gleichen Argument das die Sozialdemokratie immer vorbringt wenn sie die Kapitalistenklasse subventioniert, weiter und weiter mit deren Initiativen mitzieht und ‚kleinen' Entlassungen zustimmt: um die ‚größeren' zu verhindern.

Heutzutage braucht man auch in Österreich nicht mehr nur zu theoretisieren, warum eine solche Politik der angeblichen Arbeitsplatzsicherung untauglich ist. Die vorgegaukelten 2,1% Arbeitslosigkeit in Österreich sind in Wirklichkeit weit mehr. Ein im August erschienener Bericht des WIFO weist eindeutig darauf hin, wie bei den bisherigen ‚kosmetischen Reformen' der Arbeitslosenstatistik von 1962, 1967 und 1973 die Zahlen heruntergedrückt worden sind indem man bestimmte Gruppen von Arbeitslosen ausgeklammert hatte. Die überdurchschnittlichen Arbeitslosenziffern in Kärnten, im Burgenland oder im Waldviertel sind ein weiterer Wink mit dem Zaunpfahl gegen die SP-Politik!

Noch dazu ist es ein ziemlich aufwendiges Verfahren, das die SPÖ anwendet. Unter ihrer Regierung forcierte sich die Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten des Kapitals, das

die höheren Gewinne allerdings nicht notgedrungen für Investitionen zur Aufrechterhaltung oder gar Ausweitung der Arbeitsplätze einsetzt. Der Kapitalist investiert so, daß er die höchsten Profite erhält und das kann heißen – und hat schon oft genug geheißen – die SP-Subventionen zur Rationalisierung der Produktion zu verwenden, Kapital in andere Länder zu exportieren, usw.

Es war die Profitpolitik der verstaatlichten Creditanstalt (CA), die sie bei Investitionen bei Semperit ‚zurückhaltend' sein ließ. Das Semperitkapital wurde nicht aufgestockt, große Beträge an Kreditzinsen floßen aus dem Betrieb zur Bank die sie in profitträchtigeren Industrie- und sonstigen Unternehmen ‚anlegte'.

Diesem System kommt man nicht bei wenn man an die Konzernleitungen appelliert; auf längere Sicht auch nicht mit einer Subventionierungspolitik. Der Profitlogik kann nur ein Riegel vorgeschoben werden, wenn die Arbeiter selber die Kontrolle über die Finanzgeschäfte der CA- und Semperitbetriebsleitung erlangen und ihnen schließlich die Verfügungsgewalt über den Betrieb entziehen. Nur so könnten die Manipulationen unterbunden werden. Kontrolle heißt hier nicht paritätische Mitbestimmung, sondern aktives Eingreifen der Arbeiter in die Betriebspolitik nach ihren eigenen Interessen: die Kapitalisten sollen ihre Geschäftsbücher offenlegen, Kontrolle der Investitionspolitik, usw. Kein Treichl oder Leibenfrost, keine bürgerliche Regierung kann diese Aufgabe durchführen!

Schlechtes Management und eine „verunglückte" Fusionspolitik mit Kleber hätten die Misere bei Semperit verursacht? Dies ist ein weiteres Argument für die Arbeiter, daß nicht sie Schuld an der Krise tragen. Doch sind es nicht bloße ‚Fehler' der Kapitalisten, die die Lage der Arbeiterklasse verschlechtern. Es ist die Logik der kapitalistischen Produktion dies zu tun und so kann der Kampf der Arbeiter nicht bezwekken, den Kapitalisten Ratschläge zu erteilen wie sie profitabler wirtschaften könnten. Denn was ist, wenn ein Unternehmer tatsächlich beweisen kann makellos' gemanagt zu haben, jedoch der Markt übersättigt, die Konkurrenz zu stark sei und der Konkurs drohe? Müßten dann die Arbeiter Lohnkürzungen in Kauf nehmen? Keineswegs.

Die Semperitbelegschaft interessiert nicht alleine der Betrieb in Traiskirchen, sondern ebenso die Buchführung der CA-Zentrale in Wien und die ihrer Tochtergesellschaften.

Die Arbeiter können ihren Lebensstandard nicht den Zwängen der kapitalistischen Konkurrenz und der Profitlogik anpassen, also jenen Einzelkapitalisten die ihrem eigenen System zum Opfer gefallen sind, wenn sie dem Auf und Ab der kapitalistischen Produktion entkommen wollen. Die Kampfperspektiven der Arbeiterklasse müssen mehr als bankrotte kapitalistische Betriebe umfassen, sondern sich vielmehr auf das gesamte System der Produktion und Verteilung beziehen, das nicht mehr nach den Profitbedürfnissen der Kapitalisten funktionieren darf!

DER ‚GEWERKSCHAFTLICHE LINKSBLOCK' (GLB)

Dieser Grundgedanke, daß die Arbeiter nur selbständig, gemäß ihren Interessen gegen die Angriffe der Kapitalisten kämpfen müssen, fehlte beim Auftreten des GLB auf dem ÖGB-Kongreß. Sein Vorsitzender, Anton Hofer, kritisierte zwar die Hinterhältigkeit der SP-Fraktion bei Semperit. „Gewerkschaftsfunktionäre bei Semperit-Traiskirchen haben sich dafür hergegeben, Kollegen, die nicht zum Lohnverzicht bereit waren, unter Druck zu setzen und ihre Kündigung zu betreiben. Ein solches Verhalten muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden." Der GLB betonte auch manchmal gegen die Sozialpartnerschaftspolitik der SPÖ, daß die „arbeitenden Menschen selbst an die Lösung ihrer Probleme herangehen" müßten. Der Gesamtzusammenhang und die Ausrichtung der GLB-Politik wie er sie auch auf dem Kongreß vortrug zeigt jedoch, daß von der Eigenständigkeit des Arbeiterkampfes bei ihm nichts mehr übrigbleibt.

Gegen die Arbeitslosigkeit gelte es in erster Linie, 1. den verstaatlichten Sektor der österreichischen Wirtschaft zu stärken, 2. die ÖIAG zu „demokratisieren", 3. den Osthandel zu verstärken und 4. „die ausländischen Multis „auszuschalten".

Mehrere Fragen stellen sich uns dabei, die der GLB indes nirgends befriedigend beantwortet: *Von wem und wie sind die Maßnahmen durchzusetzen und wie kommen sie den Arbeitern zugute?*

Die Verstaatlichte ist auch in Österreich voll in das internationale Profitsystem eingebettet. Wie der GLB selber hinweist, sitzt in der ÖIAG, dem leitenden Gremium der Verstaatlichten, mit einem nicht unbeträchtlichen Einfluß das multinationale Kapital. Um nun die Verstaatlichte für die Arbeiterklasse nutzbar zu machen, müßte sie doch als erstes dem kapitalistischen Einfluß entzogen werden. Abgesehen davon, daß der GLB nicht konkret sagt (außer, daß

Kapitalistenwillkür im Waldviertel

Am 11.September begann vor dem Arbeitsgericht Waidhofen/Thaya der Prozeß gegen den Unternehmer Berger (Firma Berger Elektro Technik), der vom ehemaligen Lehrling H.N. angeklagt wurde.
Begonnen hat die Sache im November vorigen Jahres, als Genosse H.N. wegen eines kritischen Artikels in der sozialistischen Jugendzeitung „Auseinandersetzung" über seinen Betrieb von Berger gefeuert wurde. Behandelt wurde in diesem Bericht hauptsächlich das Heranziehen von Lehrlingen zu berufsfremden Arbeiten, körperliche Züchtigungen, sowie illegale Methoden der Lohnverrechnung.
Argumentiert wurde der Rauswurf mit „Mißerfolg in der Berufsschule" (H.N. hatte allerdings keinen einzigen ‚Fleck'!) und mit „Verraten von Betriebsgeheimnissen"? !
(siehe dazu Solidaritätsaufruf in ‚permanente revolution' Nr.24/25)

H.N. intervenierte daraufhin bei der Gewerkschaft, die den Fall prompt und unbürokratisch verschleppte: die Unterlagen wanderten von einem zum anderen, bis sie ein „Zuständiger" nicht mehr an den nächsten „Zuständigen" weitergab. Kein Wunder, war doch Genosse H.N. Mitarbeiter einer marxistischen Jugendgruppe, und war es doch anläßlich eines Bezirksparteitages der SPÖ in Waidhofen zu einem Eklat gekommen, weil H.N. in einer Rede scharf mit der bürgerlichen Politik der SPÖ ins Gericht ging und anschließend seinen eigenen Ausschluß forderte. (Die Rede endete in Buhrufen und H.N. wurde zum Abbrechen gezwungen. Als er bemerkte, daß dieses Vorgehen ein neuerlicher Beweis für die fehlende innerparteiliche Demokratie in der SP sei, antwortete ihm SP-Niederösterreich-Oberguru Czettel: „Wannst sowas sagen kannst, bist in meine Augen ein Gfrast!")
Stellt man jetzt noch die Verquickung zwischen SP- und Gewerkschaftsfunktionären (im ländlichen Raum ist dies noch stärker vorhanden) in Rechnung, so ist schon etwas „Planmäßiges" in der Verzögerung des „Falles H.N." zu bemerken. Doch H.N. ließ nicht locker, ging selbst zum Juristen der Gewerkschaft Metall/Bergbau, Moutvitz, der dann den Fall übernahm. So fand dann doch der Prozeß statt, schon fast ein Jahr nach H.N.s Rausschmiß.
Gleich zu Beginn stellte der Richter – für alle jene, die es noch nicht wußten – klar, auf wessen Seite er sein unabhängiges Amt ausüben werde: es seien da Flugblätter in den Tagen vor dem Prozeß verteilt worden, die „dem Gericht anscheinend seine weitere Vorgangsweise vorschreiben" wollten, dieses „wird sich aber dadurch nicht beeinflussen lassen"! Überhaupt nicht begreifen konnte der ahnungslose „Unparteiische" warum man derartige Dinge wie Bergers Ausbeutungsmethoden „an die große Glocke hängen" müsse, „die paar Tachtln" und das „bißerl Autowaschen". Und schon gar nicht, so stöhnte er, solle man daraus einen „Grundsatzprozeß" nachen!
Zum großen Bedauern des Richters und der Unternehmerseite scheiterten aber die Beschwichtigungs- und damit Vergleichsversuche, die von H.N. und seinem Anwalt klar abgelehnt wurden. Die schlecht vorbereitete Vertretung des Unternehmers erläuterte sodann die Gründe für H.N.s Rauswurf: Verächtlichmachung in Wort und Bild in der Zeitschrift „Auseinandersetzung" Nr. 7 und Nr. 8, ebenso erhebliche Ehrbeleidigung in beiden Nummern, und „Gefährliche Bedrohung und Einschüchterung eines Lehrlings" während der Betriebszeit. Zusammen mit den schon vorher vorgebrachten Begründungen (Verletzen von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen !!!, Mißerfolg in der Berufsschule) ergibt das schon ein beachtliches „Sündenregister", das allerdings schon am ersten Prozeßtag stark ins Wanken geriet:
1. kann die „Auseinandersetzung" Nr. 8 nicht als Entlassungsgrund herhalten, weil sie erst nach H.N.s Rauswurf erschienen ist!
2. befragt, wann die „gefährliche Bedrohung des Lehrlings" stattgefunden haben soll, antwortete der Rechtsvertreter Bergers dies sei im November 1978, unmittelbar vor der Entlassung, passiert. Doch das ist schwer möglich, war doch H.N. zu dieser Zeit in der Berufsschule, der andere Lehrling jedoch im Betrieb!
3. Moutvitz konnte ein Schriftstück des Berufsschuldirektors vorlegen, demzufolge H.N. zwar disziplinäre nicht aber schulische Schwierigkeiten gehabt hätte. Also kann auch von „Mißerfolg in der Berufsschule" keine Rede sein!
Bleibt also der politische Kern der Sache über: ist es möglich, das Denunzieren von illegalen Unternehmermethoden als Verraten von Geschäftsgeheimnissen zu kriminalisieren, und ist es möglich, daß das Aufführen von Tatsachen als „erhebliche Ehrenbeleidigung" unterbunden werden kann?
Als ehrenbeleidigend wurden nämlich u.a. folgenden Passagen angegeben: ‚Ja, aber, wenn es allen Firmen so schlecht geht, warum geht es dann so vielen Chefs gut? Vielleicht darum, weil der Chef von den Gewinnen lebt, die seine Angestellten und Arbeiter durch ihre Arbeit schaffen? Gewinne, von denen allerdings eben diese Arbeiter nie etwas zu sehen bekommen, sie haben sich damit zu begnügen, an der Werkbank zu stehen und ihre Arbeitskraft weiterhin billig zu verkaufen." (aus „Auseinandersetzung" Nr. 7)
Wenn das also als Ehrenbeleidigung gilt, dann kann man natürlich auch alle Schriften von Marx, Engels, Lenin etc. klagen, sowie natürlich auch alle bürgerlichen Betriebswirtschaftsbücher (denn auch dort steht ja drinnen, daß der Zweck eines Unternehmen das Machen von Gewinn ist)! Mit einem Wort: auf den nächsten Prozeßtag, für den 23 Lehrlinge als Zeugen geladen sowie die Bilanzen, Lohnverrechnungen und Arbeitsberichte als Beweismittel gefordert wurden, kann man gespannt sein.
Doch die Ereignisse um H.N. zeigten noch andere Folgen: am Montag und Dienstag vor dem Prozeß verteilten wir Flugblätter vor den Schulen und Betrieben der Umgebung, um über die Hintergründe des Prozesses aufzuklären. Wenige Tage später war ein anderer Lehrling, aus einem anderen Betrieb, arbeitslos. Was man dem Mädchen, das noch in der Probezeit war, vorwarf: man hätte sie gesehen, als sie mit Flugblattverteilern redete!!! Die Hexenjagd beginnt also. Jede kleinste kritische Regung (auch das Reden und Zusammensein mit Linken) wird mit Rauswurf beantwortet. Von der versteckten Repression geht man nun also, da man sieht, daß wir so nicht zum Schweigen gebracht werden konnten, zur offenen über. Die Hexenjagd hat begonnen. Wir werden das nicht unbeantwortet lasssen!

DIE AUSEINANDERSETZUNG

die „arbeitenden Menschen Druck" ausüben sollten), wie die „Ausschaltung des in- und ausländischen Großkapitals aus den Leitungen(!) der ÖIAG" (aus der Resolution der Bundeskonferenz des GLB), erfolgen soll, ist es schon mehr als realitätsfern, sich einen wirklichen Effekt für die Arbeiterklasse durch die „Schaffung wirksamer (?) Kontroll- und Einspruchsrechte für die Belegschaften und ihre Vertreter" (ebenda) in der ÖIAG (!) zu erwarten. Einige Arbeiter in der ÖIAG, das ist der ‚Stein der Weisen' für den GLB – zum einen würde das das Großkapital nicht „ausschalten", zum anderen wäre da noch immer keine Grundlage dafür vorhanden, daß die Produktion tatsächlich nach den Interessen der Arbeiter funktioniert. Diese könnte eben nur in der selbständigen Organisierung der Arbeiter in den Betrieben (!) bestehen. Warum dann die Arbeiter ihre Vertreter in die ÖIAG als ‚Kontrollore' mit ‚Einspruchsrecht' entsenden sollten statt immer mehr zu versuchen, die Macht der ÖIAG in Frage zu stellen, damit beschäftigten sich die Vertreter des GLB auch auf dem ÖGB-Kongreß nicht.

Auch der Osthandel funktioniert nach Gesichtspunkten, deren Maxime der Profit ist. Läßt er steigende Gewinne erwarten, so wird ihn die österreichische Kapitalistenklasse(einschließlich der Verstaatlichten) forcieren. Wer, so fragen wir wieder, gewährleistet, daß dies zur Arbeitsplatzsicherung auf breiter Grundlage führt?

Sicher, die Aufträge z.B. aus der Sowjetunion haben die Korneuburger Werft bislang vor dicken roten Zahlen bewahrt. Die wirtschaftliche Potenz des Ostblocks reicht aber sicherlich nicht aus (denn sonst müßte der ‚reale Sozialismus' den Weltimperialismus ökonomisch schon längst weit überholt haben) die Profitgelüste der internationalen Bourgeoisie zu befriedigen.

Letztlich ist es für eine kommunistische Partei ein mehr als seltsamer Vorschlag (der immerhin eine zentrale Aussage im Wirtschaftsprogramm der KPÖ und des GLB ist), bloß ‚Lösungen' (im günstigsten Fall, denn die KPÖ und der GLB berücksichtigen auch nicht, daß die ‚sozialistischen' Länder ebenfalls den Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise im ‚Westen' ausgesetzt sind) für einzelne Belegschaften von Betrieben parat zu haben, während sie zu den Fragen, wie die Arbeiterklasse ihren Kampf organisieren soll, so gut wie nichts sagt. Es ist zu billig zu glauben, daß die Arbeiter aus solchen Sätzen wie die folgenden von Anton Hofer Anleitungen für einen Kampf zur Verteidigung ihrer Interessen erhalten könnten: „Die Arbeitenden müssen den Kampf um bessere Positionen führen, die ihnen das gegenwärtige System vorenthält. Das heißt aber auch, entschieden(?) den Kampf gegen die Monopole aufzunehmen, ihren Einfluß zurückzudrängen und schließlich sie zu überwinden."

Wir wollen hier nicht auf das theoretische Konzept sowohl der KPÖ als auch des GLB eingehen, das hinter der politischen Praxis dieser Organisationen steht – nämlich ihr Konzept des „antimonopolistischen Kampfes". Faktum ist es aber, ob man nun den theoretischen Zusammenhang akzeptiert oder nicht, daß die KPÖ und ihr GLB bislang eine echte Mobilisierung der Arbeiter in den Fabriken stets unversucht gelassen haben – auch bei Semperit!

KPÖ UND GLB ZUM METALL-LOHN-ABSCHLUSS: GUTE PARTNER

Die Lohnverhandlungen für die 220.000 Arbeiter in der Metallindustrie und im Bergbau wurden mit 4,5% Istlohn- und 7,2% Kollektivlohnerhöhungen abgeschlossen. Von den 4,5% brutto werden (bei einem angenommenen Lohn von S 10.000.-) nach 14 Monaten(!) Laufzeit lediglich plus 3,24% übrigbleiben – das ist unter der Teuerungsrate! Die Drohungen der letzten Jahre – Massenarbeitslosigkeit stünde in der Stahlbranche vor der Tür, die Erpressungsaktionen der Konzernleitungen mit Kurzarbeit und Umschulungen,dürften auch heuer noch ihre Wirkung gezeigt haben.

Für Kommunisten die in Betrieben verankert sind wie eben der GLB, wäre es schon vor den Verhandlungen eine Pflicht gewesen, eine Kampagne gegen den drohenden Lohnraub zu beginnen. Es mußte eindringlich vor den ‚Kompromißabsichten der SP-Fraktion gewarnt werden. Die Arbeiter hätten so stark wie möglich mobilisiert werden müssen: Vollversammlungen, Kampf für Gewerkschaftsdemokratie, Urabstimmungen darüber, wie die Gewerkschaftsvertreter zu verhandeln haben, Wahl der Vertreter – also eine klare Abgrenzung gegen die von der ‚Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter' gehandhabte Verhandlungspraxis. Die SP-Mehrheit verzichtete schon vor den Verhandlungen auf Lohnerhöhungen in der Form von Fixbeträgen. Sie gestand den Kapitalisten 14 Monate Laufzeit zu, die Erhöhungen der Ist- und Kollektivmindestlöhne sind so noch mickriger geworden.

Der GLB blieb indessen weiterhin ein angenehmer Gewerkschaftspartner. „*Um ein einheitliches Auftreten gegenüber den Unternehmern zu gewährleisten, hat unsere Fraktion auch diese Forderung* (jene der SP-Fraktion – ‚p.r') *unterstützt, insbesondere deswegen, weil in den kollektivvertraglichen Forderungen weitgehend Übereinstimmung(!) bestand.*" (Franz Eigenbauer, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie, GLB).Nur mehr als schlechter Witz kann es aufgefaßt werden, wenn Eigenbauer den Lohnraubabschluß mit dem Hinweis beschönigen will, daß die SP für's nächste Mal 12 Monate Laufzeit versprochen haben soll. Hauptsache, der GLB glaubt's.

Hier bei der Metallerrunde wie auf dem ÖGB-Kongreß ist nicht zuletzt die Abstinenz des GLB vom Problem der Gewerkschaftsdemokratie einer unserer massivsten Vorwürfe gegen die Führer des ‚Linksblockes'.

Er kritisierte nirgends die bürokratische Selbstherrschaft in den Gewerkschaften auch nur einigermaßen konsequent - weder das undemokratische Vorgehen der SP-Gewerkschaftsspitze bei den Lohnverhandlungen, noch die durch und durch undemokratischen Strukturen des Kongresses – geschweige, daß er dort, wo er in den Betrieben und Gewerkschaften über einen gewissen Einfluß verfügt, die Arbeiter für die Gewerkschaftsdemokratie zu mobilisieren versucht hätte!

Trotz seiner Wortradikalität, in der sich der GLB auf dem ÖGB-Kongreß manches Mal gefallen hat (offen reaktionäre Losungen wie etwa seine Forderung nach Aufbau der österreichischen Zollschranken hat er dieses Mal nicht vorgebracht), dürfte er sich mit der Gangart des bürokratischen ÖGB abgefunden haben. Es ist ihm zwar klar, „daß wir in unserem Programm Forderungen haben, die nur unter geänderten Gesellschaftsverhältnissen in ihrer Konsequenz zu erfüllen sind." (R. Streiter, Sekretär des ÖGB, GLB), aber welcher andere Schluß als der, daß sich der GLB mit der Gewerkschaftsbürokratie arrangiert hat bleibt über, wenn Sekretär Streiter den Gedanken weiterspinnt: Es sei in den letzten Jahren viel vom Programm des GLB verwirklicht worden und so sei er, Streiter, mit dem GLB zuversichtlich, daß „auch in den kommenden Jahren wieder manches(!!!) zu erreichen" sein wird. Streiter und sein GLB akzeptieren – wie in der Metallerlohnrunde – die Halbheiten der letzten Zeit, der letzten vier Jahre, und begnügen sich auch damit, daß es in den „kommenden Jahren" wieder nur bei Halbheiten bleiben wird.

Ja, ist es denn ein Wunder ... wenn der SP-Gewerkschaftspräsident der Privatangestellten, Dallinger, auf der 7. Bundeskonferenz des GLB Ende August die „aktive Rolle"(!) des GLB „in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung" lobte. „Er bezeichnete schließlich die Vertreter des GLB als gute Kampfgefährten und stellte fest, sie sollten auch in Zukunft kritisch Stellung nehmen und mitarbeiten." (‚Volksstimme', 25.8.1979) Wie lautet doch das Sprichwort: Wenn dich deine Feinde loben ... ?

„EINFÜHRUNG" DER 35-STUNDEN-WOCHE?

ÖGJ und GLB fordern die 35-Stunden-Woche. Im Zusammenhang mit dem Gedanken, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt „zur Hebung des Lebensniveaus, zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Schaffung qualifizierter neuer Arbeitsplätze genutzt werden" soll (Resolution der Bundeskonferenz des GLB), sei „auch ein verschärfter Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik notwendig" ... „35-Stunden-Woche für alle."(ebenda)

Auch wir sehen in der 35-Stunden-Woche einen echten sozialen Fortschritt für die werktätigen Massen. Angesichts der drohenden Rationalisierungen auf der Grundlage der kapitalistischen Krise und neuer Technologien ist die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust eine positive Marschrichtung, in die die Arbeiter gehen müssen.

Bei den letzten großen Streiks in der Metall- und Druckerbranche in der BRD entwickelte die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine starke Dynamik, worauf die DGB-Führung – zwar nicht so schroff wie die Benyas in Österreich – im wesentlichen aber dennoch ablehnend reagierte. Sie erklärte sich lediglich zu gewissen „einleitenden Maßnahmen" bereit, d.h. die 35-Stunden-Woche bleibt auch in der BRD nach wie vor ein aktuelles Kampfziel.

Die Kapitalisten und die Bürokratien wehren sich nicht grundlos gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche. Ihre Einführung würde unmittelbar nicht durch Rationalisierungen und Arbeitsintensitätssteigerungen wettgemacht werden können und die Konkurrenzfähigkeit schwächen. Gerade deswegen besteht die gesteigerte Möglichkeit, daß die Arbeiter sehr schnell die Erfahrung machen, die Macht der Kapitalisten brechen zu müssen, um erfolgreich zu bleiben. Deswegen auch die scheinbaren Zugeständnisse der Loderer (Präsident des DGB), ihre scheinradikalen Reden, damit die Arbeiter den Glauben nicht verlieren, die DGB-Bürokratie würde schon etwas für sie tun.

In Österreich hat es die Gewerkschaftsspitze noch leichter und mußte nicht einmal verlogene Versprechungen zur 35-Stunden-Woche machen. Ihr ‚Alibi' ist zur Zeit der 5-wöchige Mindesturlaub, der allerdings neben der Unsicherheit seiner Realisierung logischerweise auch ein völlig untaugliches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist.

Schon diese ersten Überlegungen machen deutlich, daß die 35-Stunden-Woche nur gegen den Widerstand der Kapitalisten und der Gewerkschaftsbürokratie „eingeführt" werden kann. Sich von ihnen freiwillige Zugeständnisse zu erwarten geht meilenweit an den jahrzehntelangen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung vorbei. Die ÖGJ hat das Problem wie die 35-Stunden-Woche erreicht werden kann indes an den Vorstand zurückverwiesen und der GLB schweigt sich darüber aus. Seine Bundeskonferenz „tritt vorrangig" für sie ein. Ja und ...?

Wir bemerken noch einen zweiten Aspekt an der Art und Weise, wie diese Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zur Diskussion gestellt wird. Das Beispiel der 40-Stunden-Woche hat gezeigt, wie gut es die Kapitalisten mit Hilfe der SP-Regierungen letztlich verstanden haben die Verringerung der Arbeitsstundenzahl zu kompensieren und auch noch Gewinne rauszuschlagen.

Die einzige logische Schlußfolgerung daraus ist, daß die Arbeiter die „Einführung" der Arbeitszeitverkürzung übernehmen müßten – „Einführung" wird Kampf heißen, zu dem *Komitees in den Fabriken* nötig wären, die die „Einführung" organisieren und kontrollieren, der Versuch müßte vehement angegangen werden die Gewerkschaften in diesem Sinne den Arbeitern dienstbar zu machen, um zu verhindern, daß sich die Kapitalisten auf der einen Seite das wieder holen, was sie auf der anderen Seite ‚gegeben' haben.

Ebenso geht es in Österreich nicht alleine um die Verkürzung der Arbeitszeit für diejenigen, die in der Produktion stehen. Ein ganz zentrales Problem aller Arbeiter muß mit dem Kampf für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen gelöst werden: *Arbeit für alle! Arbeitszeitverkürzung für alle!* Das alles kann aber letzten Endes nur bedeuten, daß die selbsttätige Arbeiterklasse die Arbeitsstundenzahl bestimmen muß. Letztlich ist das nichts anderes als der erste *Schritt* zum sozialistischen Arbeitsplan, den die Arbeiterklasse auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erstellen wird müssen.

●●

Der Paragraph 282 – am Beispiel eines Graphikers

Am dritten Juli dieses Jahres wurde der Maler Hans Linthaler von einem Grazer Gericht zu zwei Monaten bedingt verurteilt. Begründung: Mit der abgebildeten Grafik, sie zeigt Martin Schleyer mit Schützenscheibe, geziert mit zwei fahnentragenden Gemsen, würde die Erschießung des westdeutschen Kapitalistenbosses gutgeheißen. Der § 282 – "Gutheißung einer strafbaren Tat" – wurde wieder einmal dazu eingesetzt, Linke einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß kaum ein halbes Jahr verstreicht, in dem die bürgerliche Justiz nicht den § 282 einsetzt. Nach dem Prozeß gegen die IKL – Anlaß: Die Herausgabe einer Sondernummer unserer Zeitung zum Thema "Terrorismus" – der gegen einen antifaschistischen Genossen – ihm wurde aktiver Widerstand gegen die ANR-Schläger zur Last gelegt – der dritte Prozeß in den letzten Monaten.

Das Besondere an dem Prozeß gegen Linthaler bestand darin, daß das Gerichtsverfahren durch eine systematische und breit geführte Kampagne der in Graz erscheinenden "Kleinen Zeitung" ausgelöst wurde. Begonnen hatte es mit einer Ausstellung im Rahmen der ,antifaschistischen Wochen' in der Klagenfurter Universität für Bildungswissenschaften (UBW). Unter den gezeigten Grafiken und Bildern befand sich auch das besagte Exponat. Hunderte Besucher gingen daran vorbei, ohne darin eine Propaganda für die Politik der RAF zu erblicken. Daß es überhaupt zu einem „Fall" Linthaler kam, ist einzig und allein dem Umstand zuzuschreiben, daß die Grafik jemandem in die Hände gefallen sein muß, der neben ausgezeichneten Beziehungen zum Kolumnenschreiber Stritzl sofort die Chance für eine Hetzkampagne gegen alles was links ist und denkt, gespürt haben muß. Wer immer derjenige auch gewesen sein mag, der Redakteur Stritzl war der richtige Mann dafür. Am 19.März 1978 beginnt er mit einer Glosse ("Schützen Heil") eine Kampagne, die über ein Monat gedauert und praktisch alle Kärntner Zeitungen beschäftigt hat. Am Höhepunkt der Hetze greift auch FPÖ-Altreaktionär Scrinzi in die Deba-Debatte ein.

Die Hintergründe

Um die Intensität und Breite der Kampagne verstehen zu können, ist es notwendig, sich kurz das politische und soziale Klima Kärntens vor Augen zu halten. Der Konflikt mit der slowenischen Minderheit ist keineswegs eingeschlafen – er schwelt unter der Oberfläche ungehindert weiter. Der Prozeß gegen den Slowenenvertreter Warasch, der auf obkurste und lächerlichste Art des "Terrorismus" angeklagt wurde, zeigt das perfekte Zusammenspiel Presse – Justiz und die Bereitschaft der lokalen reaktionären Kreise, unliebsame Gegner nervlich und moralisch zu ruinieren.

Trotzdem war der Freispruch nur möglich, weil er in Salzburg und nicht in Klagenfurt ausgesprochen wurde, dort – so versichert jeder der die Situation in Kärnten kennt – hätte er keine Chance gehabt. Zu den in diesem Raum stets angegriffenen Personen und Institutionen zählt auch die UBW.

Spätestens nach dem guten Abschneiden des 'Linksblockes' bei den Personalvertreterwahlen (er erreichte 30%) erblickte die bürgerliche Presse in der UBW stets eine 'linke Kaderschmiede' und eine permanente Bedrohung für das 'Deutschtum Kärntens'. Anläßlich dieser Wahl trat der ÖVP–Gewerkschafter Gasperschitz für ein Berufsverbot in Österreich ein, die Diskussion darüber versandete jedoch...

Das Schleyerplakat stellte für Stritzl nun den Aufhänger da, um gegen die UBW und indirekt auch gegen Teile der sozialdemokratischen Schulpolitik zu hetzen. Wie stets beim Stichwort "Terror" in der bürgerlichen Presse, geht es nicht um die Sache selbst, sondern um je nach Fall verschiedene politische Projekte, die jedoch darauf hinauslaufen, den Bogen für Meinungsunterdrückung und Polizeistaatmethoden vorzubereiten. Ging es bei der Hetzkampagne anläßlich der Palmers-Entführung vor allem darum politisch aktive linke Studenten einzuschüchtern und offen gegen die 'nichtstuenden Radikalinskis auf der Uni' Stimmung zu machen, so war Stritzls Kampagne mehr auf die Kärntner Situation abgestimmt. Die Methoden waren jedoch die gleichen: Ein Minimum von Informationen für den Leser, der Betroffene – in diesem Fall Linthaler – kommt selbstverständlich gar nicht zu Wort. Dafür wird die Wirkung der Artikel durch geschickt ausgewählte (möglicherweise auch selbstgeschriebene) Leserbriefe verstärkt. Robert Saxer – selbst Lehrbeauftragter an der UBW kommt das Verdienst zu, in einer Broschüre jeden Schritt der Hetze der "Kleinen Zeitung" zu analysieren. Über den Einsatz von Leserbriefen schreibt er: "So erweisen sich die Leserbriefe als ideales Instrument zur Verfolgung einer redaktionellen Strategie: Ein Minimum an Risiko für den Redakteur, ein Maximum an emotioneller Wirkung, an Bestätigung der eigenen Strategie und nicht zuletzt an Ausübung von Druck auf den Angegriffenen. Der hohe Anteil an Leserbriefen...ist daher Ausdruck einer von Heinz Stritzl gezielt verfolgten Strategie..."

Die Hetze zeigte ihre Wirkung

Auch wenn die Kampagne der 'Kleinen Zeitung" nur lokalen Charakter hatte, wäre es falsch, ihre Auswirkungen zu unterschätzen. Der Ortstafelsturm hatte zur Genüge bewiesen, daß die reaktionären Kreise in Kärnten, geschützt durch das Wohlwollen der Gendarmerie, durchaus zu handgreiflichen Argumenten bereit sind. Der Rektor und die Hochschülerschaft der UBW reagierten hektisch mit Erklärungen und Stellungnahmen, die jede Solidarität mit Linthaler vermissen lassen. Die "Kleine Zeitung" kann es sich durchaus leisten "Demokratie" zu spielen. Natürlich kommt nicht Linthaler zu Wort, überhaupt spielt sein Bild im Zuge der Hetze fast schon eine Nebenrolle, auch die Vertreter der Hochschülerschaft nicht, dafür Rektor Klinger. Wir wollen aus dem breiten Spektrum der Reaktionen der Angegriffenen nur zwei Zitate bringen, die jedoch die fast panische, kapitulantenhafte Stimmung deutlich aufzeigen. Die Vertreter der Studentenschaft wehren sich ihrer Haut, werfen der Presse zu Recht systematische Hetze vor, beeilen sich jedoch festzustellen, nachdem sie die "kommunikationshemmende Wirkung" des neuen Unigebäudes beklagt haben: "In diesem Gebäude sollte es nämlich möglich werden, daß Studenten dieser Uni an einem geschmacklosen, staatsbürgerliche Verantwortung entbehrenden Ausstellungsexponat, welches H.M. Schleyer hinter einer Zielscheibe zeigte, und noch dazu mit einem in der Zwischenzeit hoffentlich allen Lesern bekannten, provozierenden zu Mord (!) aufrufenden Text versehen war..."

Die selbe Linie zeigt auch ein Artikel in der Kärntner Ausgabe der "Volksstimme". Der Titel "Faschistoide Hetzer" zeigt schon, daß wortgewaltig gegen Stritzl zu Feld gezogen wird, gleichzeitig leert man aber den Schmutzkübel über Hans Linthaler aus: "In dieser Ausstellung stand auch ein Plakat mit dem der Mord an Martin Schleyer verherrlicht (!) wird." So spannt sich der Bogen der Verurteilung von der Kärntner KPÖ über die Vertreter der UBW bis zu Stritzl und FPÖ-Scrinzi. Ausnahmslos alle – abgesehen von Linthaler selbst – sprechen davon, daß das Bild ein "Skandal" ist und jeder "staatsbürgerlichen Gesinnung" ins Gesicht schlägt. Mit diesem Eingeständnis in der Tasche hat die "Kleine Zeitung" natürlich keine Mühe, ihre demokratischen Spielchen über die Bühne zu bringen. So durfte Rektor Klinger gleich zweimal auf die Hetze gegen seine Uni antworten. FPÖ-Scrinzi konterte trocken und stellte ein "Versagen der Hohen Schulen" fest. ('Kleine Zeitung' vom 18. April 1978)



Die von der Hetzkampagne angegriffenen Personen und Gruppen lieferten selbst der "Kleinen Zeitung" die Munition.

Jeder halbwegs denkende Mensch wird bei nüchterner Betrachtung des Bildes meinen, daß dies eine Reihe von Interpretationen zuläßt und daß Agitation für die RAF-Methoden wohl doch entschieden anders aussehen muß. Zumindest müßte doch jeder, der sich den Idealen der bürgerlichen Demokratie verschrieben hat, fordern, daß Linthaler selbst zu Wort kommt.

Verurteilt – was sonst?

Die breite Kampagne der "Kleinen Zeitung" erfolgte Monate vor dem Prozeßtag. Linthaler stand im wahrsten Sinne des Wortes allein vor Gericht, das nur noch die Argumentation der Presse zu wiederholen brauchte. Tatsächlich scheut sich das Gericht nicht, in der Urteilsbegründung bezug auf die Pressekampagne zu nehmen. Der Verlauf des Prozesses zeigte deutlich auf, was von der sogenannten Unabhängigkeit der Justiz zu halten ist. Es ist in der Tat schwer die Frage zu beantworten, wer Linthaler nun verurteilt hat, die "Kleine Zeitung" in Zusammenarbeit mit dem Gericht, oder das Gericht, in Kooperation mit der "Kleinen Zeitung".

Linthaler hat trotz seiner bisherigen Isolierung den Kampf nicht aufgegeben. Er strebt eine Berufung an, die in den nächsten Monaten in Graz über die Bühne gehen wird. In Wien wurde vor wenigen Wochen ein Komitee zur Unterstützung Linthalers gegründet. Neben verschiedenen Einzelpersonen arbeiten auch die GRM und wir mit. Ziel des Komitees ist es, Geld und Unterschriften zu sammeln, und den Fall offenster Unterdrückung breiter bekannt zu machen. Daß der "Fall" Linthaler für Stritzl nicht erledigt ist, zeigt eine Glosse vom 10.7.1979, in der er über ein anderes Bild des Grafikers herzieht. Auch ohne Titel erkennt Stritzl in in stumpfer Sturheit marschierenden menschlichen Wesen mit Esels- und Hundeköpfen den Kameradschaftsbund wieder. Der Titel "Noch Schlimmer" läßt ahnen, welches Strafausmaß diesmal dem Starschreiber der "Kleinen Zeitung" vorschwebt. Auf tatkräftige Unterstützung aus dem rechten und ultrarechten Lager darf er jedenfalls wieder hoffen, wie bereits zahlreiche Leserzuschriften beweisen...

Auch wenn es zu keinem zweiten Prozeß kommt, braucht Linthaler unsere moralische, politische und finanzielle Unterstützung, nicht zuletzt für seine Berufung. Wir ersuchen daher alle unsere Leser, beiliegenden Erlagschein zu verwenden. Das Komitee selbst ist unter folgenden Adressen zu erreichen:

KOMITEETREFFPUNKT
Jeden Donnerstag, 20.oo Uhr
Amerlinghaus
1070 Wien, Stiftgasse 8

POSTADRESSE
Kleiner Buchladen
zu Hd. Hans Linthaler
1090 Wien, Kollingasse 6

Fortsetzung von Seite 1

Konterrevolution im Iran

nossen hatten Propaganda für das Selbstbestimmungsrecht der Araber in diesem Gebiet gemacht. Proteste in vielen Ländern und Uneinigkeit zwischen Richtern und Provinzgouverneuren konnten die sofortige Hinrichtung verhindern, ein Revisionsverfahren scheint in Aussicht zu sein.Trotzdem droht den Genossen weiterhin Tod und Gefängnis, und sie benötigen internationale Solidarität. Ebenso ist es heute unsere Aufgabe, Unterstützung für den kurdischen Widerstand zu organisieren.

Die Unfähigkeit Khomeinis und der Regierung, die Probleme des Landes zu lösen, bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung herzustellen, läßt sie die Opposition drastisch bekämpfen. Die Hoffnung vieler Liberaler und auch Linker auf eine Mitbeteiligung an der iranischen Verfassung oder auch an der Regierung wurde schon bei dem ersten Referendum zur islamischen Republik zerstört. Im Juli legten die Vertreter des Klerus einen Entwurf für eine islamische Verfassung vor. Die Wahl zu einer Konstituante war damit nicht mehr nur in weite Ferne gerückt, sondern hatte sich nach den Vorstellungen der Ayatollahs erübrigt.

Anfang August fanden dann Wahlen zum Expertenrat statt, dessen 73 Mitglieder über die Rechtmäßigkeit des Verfassungsentwurfes entscheiden sollten. Durch jede irgendwie geartete Beteiligung oder Unterstützung bei diesen Wahlen wurde der Klerus gestärkt, die "islamische Republik" als Realität akzeptiert. Dennoch hinderte das die stärksten Gruppen der iranischen Linken nicht, zu diesen Wahlen zu kandidieren. Durch ihre Kandidatur haben gerade die Fedajin wieder bewiesen, daß sie unfähig sind, eine klassenunabhängige Politik zu machen, daß sie über den Charakter des Klerus Illusionen verbreiten und keinerlei Mobilisierung gegen die Religiösen betreiben wollen. Dieses Verhalten hat sicher die schärfere Repression gefördert. Durch ein neues Pressegesetz fanden kurz nach den Wahlen neuerliche Angriffe auf linke und liberale Zeitungen statt. Linke Zeitungsverkäufer wurden auf den Straßen angegriffen, Büchertische gestürmt, Zeitungskioske niedergebrannt. Höhepunkt dieser reaktionären Kampagne war die Schließung des Verlagshauses "Ayandegan". Gegen diese Ausweitung der Pressezensur kam es zu größeren Straßenschlachten zwischen Khomeini-Garden und linken und liberalen Demonstranten. Die durch die Wahlteilnahme der Fedajin,Mudjahedin und Tudeh-Partei gestärkte islamische Republik ging zum Angriff über.

Wichtig in der Diskussion über die heutige Situation im Iran ist uns die Frage, ob dort noch eine organisierte Politik von linken Organisationen möglich ist.

Wir hatten Gelegenheit mit einem iranischen und einem kurdischen Genossen über die Situation im Iran zu sprechen. Dieses Interview fand vor den letzten Kämpfen in Kurdistan statt. Es kann sich daher nicht auf die aktuelle Situation stützen, sondern uns kam es dabei mehr auf grundsätzliche Fragen der iranischen Entwicklung an.

Frage: Das Ausmaß der Repression gegen Linke, Liberale und die kurdische Bevölkerung hat in der letzten Zeit enorme Ausmaße angenommen. Viele Zeitungen wurden verboten, die Tudeh-Partei und die Kurdische Demokratische Partei wurden verboten. Städte und Dörfer in Kurdistan werden von Imam-Komitees und Teilen der Armee terrorisiert und besetzt. Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (Sektion des VS) wurden beim Flugblattverteilen auf einer Demonstration der arabischen Arbeiter in Ahwaz verhaftet und wegen „Antirevolutionärer Tätigkeit" zum Tode verurteilt. Wie schätzt ihr die Gründe der Repression ein?

F.: Diese Repression war schon länger geplant. Zunächst gab es Konflikte zwischen Teilen der Regierung, Khomeini, Schariatmadari und Talleghani. Doch das Ergebnis von Verhandlungen zwischen ihnen war eine Art Einheitsfront gegen die Linke um ihr System zu stabilisieren und dann besser ihre eigenen Schwierigkeiten angehen zu können. Das deutlichste Zeichen dafür war die Rede Talleghanis, vor ungefähr 1 Monat. Vorher war Talleghani als gemäßigter Muslemführer bekannt gewesen, aber in dieser Rede griff er die Linke frontal an und warf ihr Verschwörungen im ganzen Iran vor. Er sagte, wo immer es Konflikte und Aufruhr gibt, immer sind linke Gruppen dort. Das wurde durch Propaganda in Zeitungen und Radio und TV verstärkt, wo über angebliche Brutalitäten Linker gegen schwangere Frauen, über Vergewaltigungen und ähnliches berichtet wurde.
Dann folgte die Schließung der Zeitung „Ayandegan" und anderer Zeitungen, die in diesem Verlag hergestellt wurden.Radikale Liberale der Nationalen Demokratischen Front riefen zum Protest und zu Demonstrationen auf.Das gab den Moslems die Möglichkeit zuzuschlagen. Sie hatten sich bereits auf diese Situation vorbereitet. Sie griffen die Büros der linken Gruppen an, zerstörten sie, verbrannten Bücher und Zeitungen. Die Reaktion schritt voran. Mehr und mehr Zeitungen wurden geschlossen. Danach folgte der Angriff auf kurdische Städte, da Kurdistan zu einer Art freiem Land geworden war, ein befreites Gebiet im Iran. Die Regierung wollte in Kurdistan loyale Armeeeinheiten stationieren, um die Kontrolle über diese Gebiete zu haben. Das konnte nicht klappen, da es in der Armee verschiedene Flügel gibt. So unterstützen große Teile der Luftwaffe Khomeini sicher nicht und wegen dieser Schwierigkeiten mit der Armee hat Khomeini sich selbst zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt und die Soldaten aufgefordert, die kurdische Rebellion in 24 Stunden niederzuschlagen, bzw. in einer halben Stunde mobil zu machen. Damit begann der Vormarsch auf Kurdistan und die darauffolgenden Kämpfe. Aber die Religiösen kämpften an mehreren Fronten. Eine der schwächsten Stellen, die sie gefunden haben, ist HKS. Darum haben sie diese Genossen verhaftet und nicht freigelassen, da die Solidarität für sie nicht groß genug war.Die HKS ist eine neu gegründete Gruppe im Iran und nicht so bekannt wie z.B. die Fedajin oder Mudjaheddin, die ohne Schwierigkeiten 10.000 Leute mobilisieren können.

Um ihre verstärkte Macht zu demonstrieren, haben die Moslems diese Genossen zum Tode verurteilt, um der restlichen Linken zu demonstrieren, daß sie allerhand zu befürchten haben, wenn sie weiter linke Politik betreiben. Die Urteile dienen der Stabilisierung der Lage im Iran. Sie stellen eine Drohung nicht nur gegenüber der Linken, sondern auch gegenüber den Liberalen und den Mudjaheddin dar, die ja durchaus keine marxistische Gruppe sind, sondern auch Moslems.

Frage: Wer ist nun der Träger der Repression?

F.:Es ist eine Koalition von Kleinbürgertum und Bourgeoisie, die Khomeini unterstützt. Nicht alle Teile des Kleinbürgertums folgen Khomeini, manchen ist er zu radikal. Schariatmadari ist Vertreter der nationalen Bourgeoisie. Aber die Unterstützung schwankt. Wie auch in der Vergangenheit ist die Bourgeoisie gespalten. Einige haben den Schah unterstützt, andere forderten seinen Rücktritt, da er die Entwicklung eines nationalen Kapitalismus behinderte. Inzwischen sehen viele Bourgeois in Khomeini ein neues Hindernis in der Entwicklung eines eigenständigen Kapitalismus. Ausführende Organe der Repression sind die Mitglieder der Revolutions-oder Imam-Komitees.Es sind zumeist Jugendliche und Arbeitslose, die keine Chance für eine andere Beschäftigung haben. So verdienen sie sich einfach ihr Geld durch Eintritt in die Komitees. Alle Komitee-Mitglieder werden vom Klerus bezahlt.

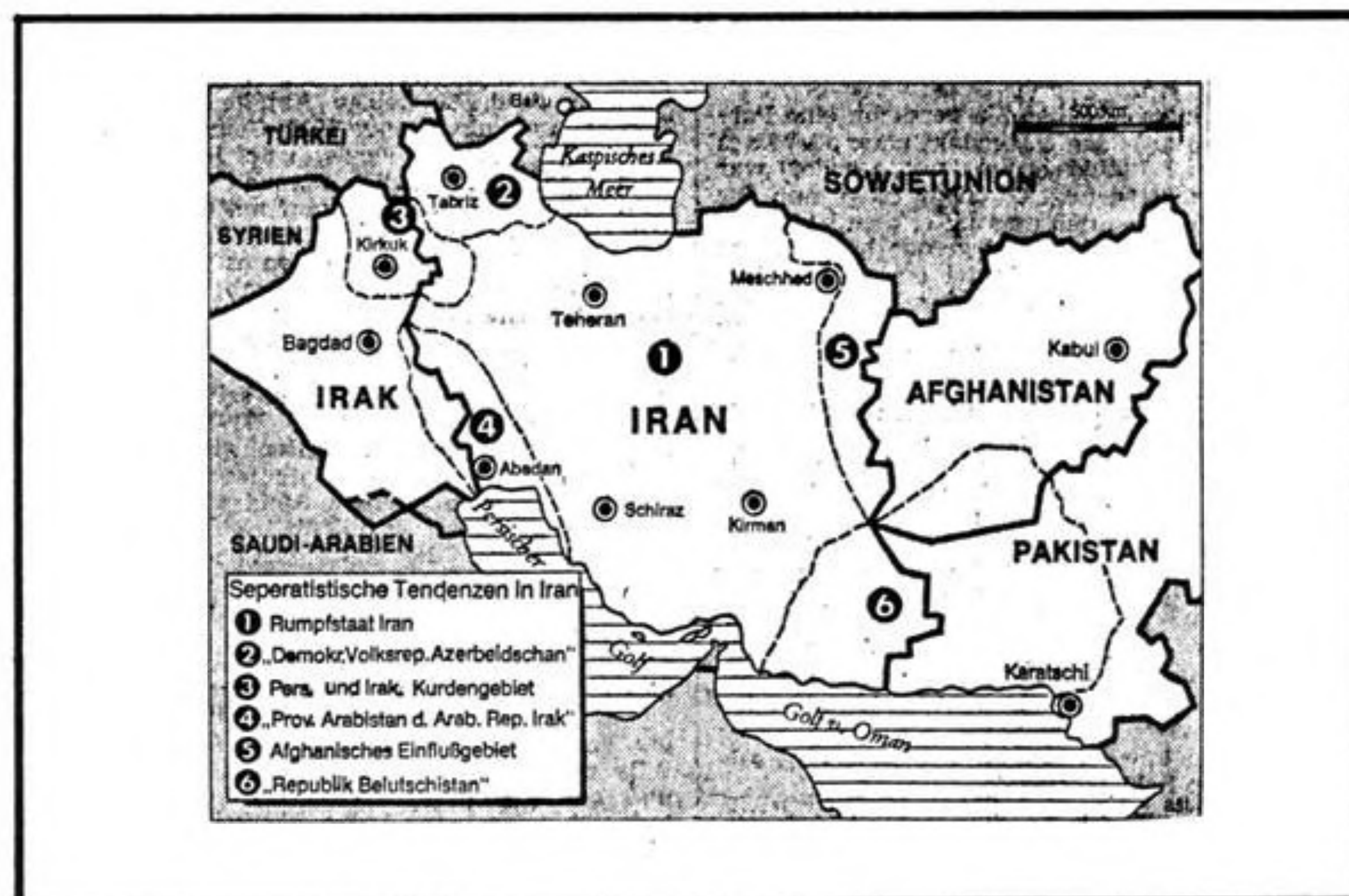
Frage: Wie ist die momentane ökonomische und soziale Situation im Iran. Welcher Zusammenhang besteht zwischen ihr und der verstärkten Repression?

F.:Die Gründe für die momentane Repression gegen die Linke liegen ganz einfach darin, daß die objektiven Voraussetzungen für eine Stärkung der linken Gruppen, trotz ihrer theoretischen Schwäche, vorhanden sind. Die Möglichkeiten für die Linke zu rekrutieren, zu mobilisieren, sind heute weit besser als früher, da sowohl Bourgeoisie als auch Kleinbourgeoisie kein Programm haben, um das Land zu entwickeln bzw. auch nur für eine gewisse Zeit zu regieren.

Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie haben Khomeini und die Regierung Bazargan unterstützt, weil sie eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation erwartet haben, aber es ist sehr wenig in dieser Richtung bisher passiert. Sie haben nicht einmal Versprechungen gemacht. Die Moslems haben keinerlei Programm für soziale Veränderungen außer Gerede. Am Anfang hat Khomeini zwar verfügt, daß Strom und Wasser für die Armen umsonst gegeben werden soll. Nach 2 Wochen wurden diese Maßnahmen von der Regierung rückgängig gemacht, da das Geld für solche Sozialleistungen fehle. Daher hat die Linke gute Chancen, die Massen zu gewinnen und das hat die Regierung schnell begriffen und versucht den Zulauf und das Interesse an linken Gruppen, wie z.B. der HKS, zu behindern.

So wurden z.B. in letzter Zeit immer mehr linke und liberale Zeitungen verkauft als islamische. Es zeigt auf der anderen Seite die Schwäche der Religiösen, wenn sie diese Angriffe auf die Linke nötig haben, weil ihre eigene Ideologie nicht einflußreich und überzeugend genug ist.

Die Wirtschaft des Landes ist bankrott. Die Preise sind sehr hoch, die Löhne gering. Die Kleinbourgeoisie ist stark angestiegen, kleine Händler findet man überall in der Stadt,viel mehr als es unter dem Schah-Regime der Fall gewesen ist. Teilweise sind das frühere Arbeiter von Fabriken und Projekten, die jetzt arbeitslos geworden sind. Sie versuchen, mit Waren zu handeln.
Banken und Versicherungen und große Teile der Industrie wurden verstaatlicht. Aber es handelte sich dabei um Fabriken, die von ihren Besitzern verlassen worden waren. Die Frage der Entschädi-



gung ist noch nicht geklärt, bisher haben viele Ge flohene noch keine Ansprüche angemeldet.
Die Regierung, das ganze Wirtschaftsleben ist abhängig vom Öl. Durch die sinkenden Exporte ist die gesamte Wirtschaft verkrüppelt. Das ist ein weiterer Grund für die Repression. Die Herrschenden bemerken, daß alles auf eine radikale Lösung hinsteuert, daher wollen sie die Radikalen schnell loswerden.

Frage: Wenn die objektive Situation für das Anwachsen der linken Organisationen günstig ist, dann kommt es auch sehr auf die Politik dieser Gruppierungen an, wie sie sich den Arbeitern und Bauern darstellen und wie sie zu wichtigen Fragen Stellung nehmen. Wie haben sich die einzelnen Gruppen gegenüber den Wahlen für den Expertenrat verhalten? Unserer Meinung nach war bei diesen Wahlen klar, daß jede andere Politik als die des Boykotts, zu einer Anerkennung der islamischen Republik führen mußte.

F.: Die Fedajin haben die Linke schockiert, indem sie Kandidaten aufgestellt haben, ebenso wie die Mudjaheddin und die HKS! Innerhalb der HKS hat sich daraufhin eine Fraktionierung oder Spaltung ergeben, die Teile, die zum rechten Flügel (SWP/US-Richtung) gehören, haben Kandidaten aufgestellt, ein anderer Flügel der HKS hat die Wahlen boykottiert! An einem Tag konnte man in der Zeitung (Kargar) lesen, daß sie Kandidaten in Teheran und Täbriz aufgestellt haben, am nächsten Tag hieß es, sie würden boykottieren.

Die Organisationen Communist Unity, Left Unity, die Hälfte der maoistischen Gruppen, boykottierten die Wahlen. Von einigen Gruppen wurde aufgerufen, die Fedajin zu wählen. Auch die Nationale Demokratische Front boykottierte die Wahlen. Die Tudeh-Partei, die schon immer die islamische Republik unterstützt hatte, stellte eigene Kandidaten auf, forderte aber auch gleichzeitig zur Wahl von islamischen Kandidaten auf. Kleine islamische Gruppen boykottierten die Wahl und natürlich alle Nationalitäten. Selbst die Führer der Nationalen Front riefen zur Nichtteilnahme an den Wahlen auf und zogen ihre Kandidaten zurück.

So ist es klar, daß die Wahlbeteiligung gering war, von ca. 20 Millionen Wahlberechtigten gingen vielleicht 6 Millionen zur Wahl, selbst wenn die offiziellen Angaben viel höher sind.

Frage: Wir halten es für einen großen Fehler, diese Wahlen zu unterstützen. Die Beteiligung der verschiedenen linken Gruppen zeigt wiedereinmal deutlich auf, daß sie nicht in der Lage sind, die Notwendigkeit der eigenständigen Klassenpolitik zu begreifen und die Arbeiter und Bauern gegen die Regierung und die Religiösen zu mobilisieren. Wir können uns vorstellen, daß diese Wahlunterstützung große Enttäuschung bei den Unterstützern dieser Gruppen hervorgerufen hat. Kann diese Enttäuschung und die rückläufige Unterstützung mit ein Grund sein, daß jetzt die Repression von Seiten der Religiösen so forciert wird?

F.: Die Gruppen haben aus verschiedenen Gründen die Wahlen unterstützt. Der wichtigste Grund ist meiner Meinung nach, daß diese Gruppen keinen festen Platz in der iranischen Gesellschaft gefunden haben, noch keine entsprechende Identifikation haben. Die Bourgeoisie hat ihre entsprechende Position und wenn sie Khomeini und die Regierung als Hemmschuh für ihre Interessen erkennt, dann opponieren sie. Aber Gruppen, wie die Fedajin haben diese Position noch nicht. Sie wollen die Arbeiterklasse mobilisieren, aber wofür und wie, das ist die Frage.

Wenn sich das System im Iran stabilisiert, wird es hart gegen die Arbeiterklasse vorgehen. So hat man als linke Organisation die Aufgabe, den Erkenntnisprozeß der Arbeiterklasse bzw. aller Unterdrückten über den Charakter des Regimes so schnell wie möglich voranzutreiben, um die Arbeiterklasse für die eigene Organisation zu gewinnen. Wenn die linken Kandidaten zum Expertenrat aufstellen, dann demonstriert das den Massen: Ach, auch die Linke, die Fedajin akzeptieren dieses Regime als demokratisches Regime. Und das ist nicht nur falsche Politik, das ist Verrat.
Dennoch hat die jetzt einsetzende Repression gegen die Linke den Fedajin wieder Unterstützung eingebracht, die sie durch ihr Wahlverhalten verloren hatten.

Frage: Seit dem Sturz des Schah-Regimes spielen die Forderungen der Nationalitäten im Iran auf Selbstbestimmung eine wichtige Rolle und haben zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Die Kurden sind bisher die Vorreiter für die Rechte der Nationalitäten im Iran gewesen, blicken auf eine lange Tradition der Unterdrückung nicht nur im Iran zurück. Was sind die aktuellen Gründe für den Armeeeinsatz in Kurdistan?

K.: Zuerst möchte ich einiges über die Organisationen unter den Kurden berichten. Die bedeutendste ist sicherlich die KDP, die Kurdische Demokratische Partei. Ihre Führer (Ghassemlou) kamen ab Herbst 1978 in den Iran zurück. Zuerst organisierten sie Kulturzentren. Heute hat die KDP in allen Städten ein Büro. Ihre größte Unterstützung hat sie in den Orten Mahabad, Sardasht, Khaneh, Shano und Piranshar. Die KDP ist gut bewaffnet. Nach dem Sturz des Schahs konnte in Mahabad eine Kaserne der Armee gestürmt werden und die Waffen entwendet werden.

Auch die Fedajin haben Unterstützer und Stützpunkte in einigen kurdischen Städten.

Die kurdische Linke organisierte sich in verschiedenen Clubs, die nicht die Fedajin unterstützten, sondern größtenteils maoistisch orientiert sind. Allerdings nicht im Sinne der Drei-Welten-Theorie, sondern eher charakterisiert durch Vorstellungen über die verschiedenen Etappen der Revolution und der Einkreisung der Städte durch die Dörfer.

Ein Council of Associations wurde gegründet, um eine Vereinigung der Gruppen zu erreichen. Diese Organisation gibt es in ganz Kurdistan. Es ist ihr in letzter Zeit gelungen, die Bauern in Komitees zu organisieren. In manchen Gebieten sind diese Bauernkomitees sehr stark. In einigen Städten gibt es auch Arbeiterkomitees, die entweder von diesen Associationen gegründet wurden oder in Zusammenarbeit mit Fedajin-Unterstützern.

Andererseits gibt es reaktionäre Organisationen von Muslims, die mit Khomeini verbunden sind. In vier oder fünf Städten haben sie eine Organisation, die sich „Koran-Schule" nennt. Diese hat ihren Hauptstützpunkt in Sanandaj. Bisher hatte sie ca. 10.000 Unterstützer, aber ihr Einfluß ist seit den letzten Kämpfen stark gesunken. Ebenfalls agieren Mitglieder des Provisorischen Komitees der KDP (Barzani). Sie wurden von Bazargan unterstützt und bewaffnet und sind dabei, Grundbesitzer gegen die Bauern zu mobilisieren. Die Kämpfe in Kurdistan begannen im Februar/März in Sanandaj und fanden zwischen direkten Khomeini-Unterstützern und den Koran-Schülern des Muftizadegh statt, d.h. zwischen iranischen und kurdischen Religiösen. Nicht-kurdische Religiöse wollten die Stadt besetzen. Es kam zu Massenkämpfen und die Armee wurde eingesetzt. Die Fedajin erklärten, daß sie in diese Kämpfe nicht eingreifen wollen. Aber ihre Anhänger kämpften auf der Seite der Kurden und folgten nicht den Fedajin-Führern. Auch die KDP bezeichnete die Kämpfe gegen die Armee als reaktionär und konterrevolutionär und unterstützte diese Kämpfe nicht. Viele junge Kämpfer wurden durch dieses Verhalten veranlaßt, zu den Clubs zu gehen und diese bekamen dadurch größeren Einfluß. Aus allen kurdischen Städten und Dörfern kam Unterstützung für den Kampf in Sanandaj, vor allem von den Bauern und Armen, die von der Linken organisiert wurde. Vor allem bestand die Hilfe im Einsatz von Kämpfern und in Lebensmittellieferungen. Nach Verhandlungen mit A.Tallegani kam es zum Abbruch der Kämpfe und den Kurden wurde garantiert, daß sich die Armee nicht mehr in die internen Angelegenheiten einmischen werde. Kurz darauf wurden Stadtverwaltungen in kurdischen Städten gewählt.
Die nächsten größeren Auseinandersetzungen fanden in Nagadeh statt, ein Ort an der türkischen Grenze. Dieser Ort ist halb türkisch, halb kurdisch. Die KDP versuchte dort ein Büro zu eröffnen. Es kam zu Kämpfen zwischen Türken und Kurden, nationalistischen Kämpfen. Alle linken Gruppen versuchten, diese Kämpfe zu stoppen. Wieder wurde Armee eingesetzt. Die KDP konnte durch ihren Nationalismus in Nagadeh großen Einfluß gewinnen, verlor diesen aber wieder durch ihre Weigerung, gegen die Armee zu kämpfen.

Nach Abschluß der Kämpfe mußten die Kurden den Ort verlassen und leben nun in Camps um die Stadt



Die barbarischen Erschießungen der kurdischen Freiheitskämpfer, die Bombardierung der kurdischen Städte, der Feldzug gegen alle nationalen Minderheiten, sowie die Verfolgung und Unterdrückung der linken Organisationen, sind die Stationen der islamischen Republik, die drastisch zeigte, daß sie in Wirklichkeit nichts anderes ist, als eine anders ‚gefärbte' Variante der Schah-Diktatur

herum oder mußten in andere kurdische Städte gehen. Die dritten Kämpfe fanden in Marivan statt. Islamische Garden des religiösen Führers Moftizadegh und von Grundbesitzern griffen eine Demonstration an, die von linken Gruppen und Bauernkomitees durchgeführt worden war. Schon früher war es in Kurdistan zu Auseinandersetzungen zwischen Grundbesitzern und Bauern bzw. Bauernkomitees gekommen. Die KDP wurde zum Schutz gegen die Grundbesitzer angerufen und Bastionen der Grundbesitzer wurden durch KDP und Linke gestürmt. Dabei stellte sich heraus, daß die Grundbesitzer durch Khomeini bewaffnet worden waren. Seit den Aktionen gegen die Grundbesitzer hat die Repression des Staates gegen die Kurden stark zugenommen.

In Merivan wurde wieder Armee eingesetzt, die die Stadt besetzte; die Bewohner flohen. Die kurdischen Organisationen und Massen haben von diesen Auseinandersetzungen nichts gelernt. Sie begreifen nicht, daß Khomeini ihnen keinerlei Rechte garantieren will. Nicht einmal die reformistische bzw. liberale KDP wird von ihnen abgelehnt. Sie versuchen zu verhandeln, gehen ständig nach Qom und Teheran – aber ergebnislos. Aber ich glaube, die Stimmung unter den Kurden gegen Khomeini, ist im Ansteigen begriffen.

Die Kämpfe sind hauptsächlich gegen die Linke gerichtet. Kurdistan ist ein quasi ‚befreites Land' geworden für Linke, Demokraten, für die Bevölkerung. Linke aus allen Teilen des Landes kamen nach Kurdistan. Und zwar auch Kurden aus dem Irak und aus der Türkei – um Unterstützung zu geben und um zu diskutieren. Auch werden andere kurdische Gebiete z.B. im Irak, vom iranischen Teil aus mit Nahrung und Medizin versorgt.

Khomeini und die Regierung können dies nicht akzeptieren und möchten diesen Freiraum loswerden In Paveh sollten Imam-Komitees errichtet werden. Die kurdische Bevölkerung war dagegen und Khomeini schickte seine Garden. Da die Kurden nicht organisiert waren, konnten sie leicht besiegt werden. Die Linken und die KDP-Kämpfer können leicht die Städte verlassen und in die Berge gehen. Nur die einfachen Leute bleiben in den Städten und sie werden von den Imam-Komitees bekämpft und hingerichtet. Mehr als 100 Menschen wurden schon hingerichtet, davon bestimmt 90% einfache Leute, keine Militanten. Wichtig ist, daß die Armee, die in den kurdischen Städten stationiert ist, nicht in die Kämpfe eingriff. Die Einheiten mußten aus anderen Gebieten herangezogen werden. Armeeoffiziere wurden in Sanandaj hingerichtet, weil sie sich weigerten, gegen die Kurden auszurücken.

Inzwischen gibt es eine militärische Front zwischen den kurdischen Organisationen. Vor einigen Tagen wurden Verhandlungen darüber geführt. Und es gibt nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Front.

Mahabad wird weiterhin das Zentrum der Kämpfe bleiben. Mahabad ist das politische Zentrum Kurdistans und die meisten Kämpfer kommen von dort. Alte, schwache Leute verlassen inzwischen die Stadt, um Massakern zu entgehen. Die Stadt **wird von jungen Leuten und Kämpfern bewacht. Die KDP sucht immer noch einen Kompromiß mit der Regierung und sendet Delegationen nach Teheran. Diese Delegationen sind erfolglos, aber die KDP versucht weiter, abzuwiegeln. Wenn sich die Linke Kurdistans auf eine Einheitsfront mit der KDP einläßt, muß sie sehr vorsichtig sein.**

Todesurteile gegen 12 Trotzkisten im Iran

Am 26. August wurden zwölf Genossen der ‚Sozialistischen Arbeiterpartei' in Ahwaz zum Tode verurteilt. Zwei weitere Genossinnen der SAP, Fatima Fallahi und Masha Hashemi, erhielten lebenslängliche Haftstrafen.

Die SAP war schon seit mehreren Monaten besonders in der arabischen Provinz Kuzestan, mit der Erdölstadt Ahwaz, heftigen Attacken der Khomeini-Komitees ausgesetzt. Mit Morddrohungen, Tätlichkeiten und Schlägertrupps hatten die islamitischen Lumpen versucht, die Genoss(inn)en der SAP einzuschüchtern und ihre Aktivitäten zu verhindern. Dabei konnten die SAP-Genossen im Laufe dieser Auseinandersetzungen einen ehemaligen SAVAK-Agenten in den Reihen des Khomeini-Komitees entlarven. Mittlerweile ist dies kein Einzelfall mehr. Tausende inhaftierte Schah-Anhänger wurden von Khomeini freigelassen, die Gefängnisse stattdessen mit Vertretern der nationalen Minderheiten und des Lagers der linken Opposition wieder aufgefüllt.

Es besteht nicht der geringste Grund anzunehmen, daß die Khomeini-Justiz von sich aus diese Urteile nicht vollstrecken wird. Schon der Verlauf der Verhandlungen zeigte die Entschlossenheit der Blutrichter. Die Verhandlungen in Ahwaz wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten. Die Angeklagten mußten den Prozeß ohne Verteidiger führen. Die bekannt gewordenen Anklagepunkte gegen die Genossinnen Fallahi und Hashemi beziehen sich u.a. auf „Beteiligung an anti-islamischen und volksfeindlichen Aktivitäten", „Agitation gegen die Zentralregierung", „Verantwortlichkeit für die explosive Situation in der Provinz Kuzestan" und „Verbreitung vergifteter Ideen und von Sex-Magazinen". Weiters wird diesen Genossinnen die Unterstützung des bewaffneten Kampfes des „antirevolutionären kurdischen Volkes" zur Last gelegt.

Es ist anzunehmen, daß sich die Anklagen gegen die zum Tode verurteilten Genossen nicht wesentlich davon unterschieden haben. Eine Öffentlichkeit dieser Verhandlungen war nur in bescheidenem Ausmaß gegeben. Die um sich greifenden Zeitungsverbote und die Zensur verhinderten eine weiterreichende Informierung der iranischen Bevölkerung.

In diesem Sinne sind auch die Möglichkeiten von Hilfs- und Unterstützungsaktionen für diese Genoss(inn)en im Iran selbst sehr beschränkt. Die internationale Solidarität ist daher für diese Genoss(inn)en von allergrößter Bedeutung. Daß diese internationale Solidarität bis heute (Mitte September) tatsächlich auf ein großes Echo in der internationalen Arbeiterbewegung stößt, dürfte wohl entscheidend gewesen sein für die bis dato nicht vollzogene Vollstreckung der Todesurteile.

In Paris protestierten am 31. August 3.000 Demonstranten gegen die Todesurteile. Die SP Frankreichs hat sich so wie die zweitstärkste französische Gewerkschaft CFDT gegen diese Todesurteile ausgesprochen.

In Spanien schlossen sich KP, SP, die baskische Nationalpartei, die Arbeiterkommissionen, die UGT und andere Gruppierungen den internationalen Protesten an. In Großbritannien haben fünf Labour-Abgeordnete einen Protestbrief gegen die Todesurteile unterzeichnet. In Italien haben die drei größten Gewerkschaften für die Verurteilten Genossen Stellung bezogen. In Kanada, Dänemark, Schweiz und Griechenland haben sich ebenfalls bedeutende Organisationen der Arbeiterbewegung mit den iranischen Genossen solidarisiert.

Diese umfangreiche Solidarität hat die islamische Führung in Unsicherheit versetzt. Zu groß ist gegenwärtig der internationale Druck, um sich über ihn hinwegsetzen zu können. Allerdings bedeutet das Zögern, die Urteile zu vollstrecken, sowie eine gewisse Unstimmigkeit in der islamischen Führung selbst keine Aufhebung der Todesurteile. Das Leben der iranischen Genossen bleibt auch heute nach wie vor äußerst gefährdet. Jedes Nachlassen des internationalen Drucks auf Khomeini kann die sofortige Exekution der Genossen nach sich ziehen. Die Verantwortung zur Rettung der Genossen liegt zu einem sehr großen Teil in den Händen der internationalen Arbeiterbewegung.

Ein erster Beginn zur Unterstützung der iranischen Genoss(inn)en wäre schon damit getan, Protesttelegramme an die iranische Botschaft hier in Wien oder noch besser an Khomeini zu schicken.

Nachbemerkung

Am Sonntag, dem 2. September, veröffentlichte das iranische Außenministerium ein Kommunique, in dem die Todesurteile über die 12 Genossen dementiert werden. Darin wird versichert, daß die „islamische Justiz sich noch nicht zu ihrem Fall geäußert hat". Dieser bemerkenswerte Rückzieher ist in den Plänen der islamischen Reaktion sicher nur eine taktische Notwendigkeit, um dem Druck der internationalen Solidarität auszuweichen. Keineswegs bedeutet die Stellungnahme des Außenministeriums eine Rettung der inhaftierten Genoss(inn)en. Zumal die Blutjustiz in ihrem Kommunique bereits ein zweites Verfahren gegen die Genoss(inn)en angekündigt hat. Zweifellos ist dieser Rückzieher Khomeinis jedoch eine Ermutigung und ein Ansporn, nicht in der Solidarität nachzulassen und die Proteste fortzusetzen.

Frage: Was meinst Du mit politischer Einheitsfront? Auf welchem Programm wollen sich die Gruppen (außer der KDP) einigen?

K.: Diese Association hat bereits eine Art Einheitsfront gegründet. Sie agieren als Organisation in Kurdistan und nennen sich 'Council of Unification of the Organisations of Kurdestan'.

Frage: Wie können Gruppen mit verschiedener politischer Ausrichtung z.B. Fedajin, Maoisten, eine gemeinsame Organisation gründen? Ein militärisches Bündnis, das ist klar und notwendig, aber eine Organisation?

K.: Die größte Organisation in dieser Front der Association ist eine Untergrundorganisation, die 'Revolutionary Organisation of Toilers of Kurdestan'. Sie stecken dahinter. Sie führen den bewaffneten Kampf und arbeiten hauptsächlich unter den Bauern. Sie haben in einigen Gebieten großen Einfluß und haben Bauernkomitees aufgebaut. Sie sind Maoisten. Von Anfang an haben sie die Zentralgewalt in Teheran bekämpft, gegen Khomeini und Bazargan agitiert, die den kurdischen Arbeitern und Bauern keinerlei Rechte garantieren würden.

In der KDP wiederum gibt es verschiedene Flügel. Der militärisch orientierte Flügel will gegen die Regierung kämpfen. Sie sind starke Nationalisten, nicht radikal oder links. Sie sprechen auch von der Unabhängigkeit Kurdistans. Es gibt also Differenzen zwischen dem politischen und militärischen Flügel der Partei. Der politische Flügel wird zwar von Khomeini gezwungen, radikal zu agieren, aber sie suchen ständig nach Kompromissen mit ihm.

Die Fedajin werden auch gegen die Regierung kämpfen. Darum gibt es diese militärische Einheitsfront zwischen diesen drei Gruppen.

Die Diskussion über eine vereinigte politische Front zwischen diesen Organisationen ist nicht abgeschlossen. Aber ich glaube, daß diese Organisationen eine Plattform verabschieden sollen, wie sie z.B. die PUK (Patriotische Union Kurdistan) im Irak hat. Grundlage könnte z.B. die Weiterführung der iranischen Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Kurden sein.

Frage: Welche Rolle spielt die Arbeiterklasse bei den Auseinandersetzungen im Iran?

F.: Alle politischen Gruppen haben versucht, ihre Organisationen und Gewerkschaften unter den Arbeitern der Ölindustrie aufzubauen. Die Produktion scheint im Moment unterbrochen bzw. behindert zu sein. Offiziell hieß es wegen des schlechten Wetters, aber ich glaube nicht, daß es stimmt. Ich glaube, die linken Arbeiter, organisiert durch Fedajin, Mudjahedin und Tudeh, haben versucht, einen Streik zu organisieren und die Anhänger von Khomeini und der islamischen Republik haben sich geweigert. Bisher waren es hauptsächlich arbeitslose Arbeiter, die mobilisert werden konnten. Aber die Arbeiter, die Arbeit haben, scheinen nicht in organisierter Form gegen das Regime zu sein. Die Arbeiter von Ayandegan z.B. haben gegen die Schließung protestiert, sie sind bei ihren Maschinen geblieben und haben eine Art Sitzstreik gemacht.

Doktoren und Schwestern protestierten gegen die Hinrichtung eines Arztes in Kurdistan. Aber es gibt keinen breiten und organisierten Protest gegen das Regime. Es sind vereinzelte Aktionen. Der Grund liegt darin, daß die Linke wenig Kontakt zur Arbeiterklasse hat. So sind es vor allem die Intellektuellen, die linken Organisationen und natürlich die Nationalitäten, die gegen das System kämpfen, es ist nicht die Arbeiterklasse.

Frage: Welche Erwartungen wurden von der Bevölkerung in die Revolution gesetzt und wie sieht es heute aus. Wie groß ist die Unterstützung, die Khomeini noch genießt?

F.: Die Politik des Schah hatte das Land in den letzten 2 Jahren in solche Schwierigkeiten gestürzt, daß er einfach gehen mußte, daß es zu einer Massenbewegung kommen mußte. Die hauptsächlichste Forderung war daher auch, daß der Schah gehen muß,wenn überhaupt eine erträgliche Lebenssituation erreicht werden sollte. Khomeini konnte das ausnutzen mit seinen Mullahs, die wie eine Partei waren und ihn an die Macht brachten. Am Anfang sprach er noch von einer Verfassungsgebenden Versammlung, da er nicht sicher sein konnte, wie stark sein Einfluß war. Was Khomeini machte, war reine Demagogie. Er versprach Arbeitsplätze, Wohnungen und es hat sich nichts geändert. Er versprach den Arbeitern etwas und versicherte gleichzeitig der Bourgeoisie die Erhaltung des Privateigentums. Die Forderungen der Massen sind bis heute nicht erfüllt worden. Deshalb sinkt die Unterstützung Khomeinis ständig. Dazu kommen noch ständige Konflikte mit der Regierung. Da sie nicht in der Lage sind, die Probleme des Landes zu lösen, schlagen sie gegen die Linke.

K:Die sozialen Forderungen der Massen sind durch Khomeini nicht erfüllt worden. Es gibt sehr hohe Arbeitslosigkeit, Inflation. Armee und Staatsbürokratie konnten nicht reorganisiert werden. Aber auch die Linke hatte der Bevölkerung wenig zu bieten. Sie hatten wenig Erfahrungen mit der Arbeiterklasse nach 25 Jahren schärfster Unterdrükkung,es gab keine Organisationen,sie wußten nicht einmal, wie man Gewerkschaften aufbaut.
Die Tudeh–Partei hingegen war z.B. in der Lage anläßlich von Massendemonstrationen von Arbeitslosen vor dem Sitz des Ministers für Arbeit in Teheran, diesem Minister die Zusage zu einer Arbeitslosenunterstützung abzufordern. Seit dieser Zeit erhalten alle in Komitees organisierten Arbeitslosen eine kleine Unterstützung. Fast alle Arbeitslosen haben sich daraufhin in den Komitees organisert und die Tudeh hat einen großen Einfluß darin gewonnen.

Zur organisierten Schwäche kam noch die ideologische Schwäche der Gruppen. Die Fedajin und die maoistischen Gruppen haben lediglich über stattfindende Kämpfe berichtet, aber sie haben keine Perspektive gewiesen.
Die Trotzkisten der HKS haben ihre Zeitung im europäischen Stil herausgebracht, abstrakte Formeln aufgeführt, die von Arbeitern und Bauern gar nicht verstanden wurden. Damit konnten sie keine Arbeiter erreichen.

So haben die Arbeiter ihre Streiks und Kämpfe selbst organisieren müssen. Daher gab es keine sozialistischen Forderungen, keine Vorstellungen von Sozialismus, die mit der iranischen Revolution verbunden waren. Wenn die linken Organisationen keine klaren Perspektiven haben, können sie diese auch nicht an die Arbeiter weitergeben. Berater von Khomeini, die ihre Ausbildung durch den CIA genossen haben, so z.B. der Außenminister, und etliche Berater, konnten die Schwäche der Linken einschätzen und gegen sie vorgehen. Außerdem gab es ansatzweise Diskussionen und Organisierung zwischen Linken und Arbeitern und Bauern. Auch das mußte unterbunden werden.

Frage: Was hält die Bevölkerung von den Hinrichtungen aus moralischen Gründen, z.B. von Prostituierten oder Homosexuellen?

F.: Zuhälter und Homosexuelle, das heißt bei uns Leute, die Jugendliche und Kinder entführen und sexuell mißbrauchen, sind in den Augen der Bevölkerung Auswüchse des Schah-Regimes und Khomeini läßt sie hinrichten, um dem Volk eine Veränderung in der Gesellschaft zu demonstrieren. Das ist eine taktische Maßnahme.

K.: Ich habe mit Fedajin–Unterstützern, also Linken, darüber gesprochen. Sie finden das richtig. Sie sagen, die Homosexuellen und die Prostituierten sind gegen die Gesellschaft und darum ist das mit den Hinrichtungen o.k.! Ich, und auch er lehnen die Hinrichtungen und diese Einstellung ab.

Frage:Die USA lieferten in den letzten Wochen Benzin an den Iran.Kann man diese Unterstützung der USA so bewerten,daß der Imperialismus gute Beziehungen zur Regierung bzw. zur Bazargan–Khomeini–Konstellation gehalten hat? D.h., daß dieses Regime von den USA zwar nicht gerade begrüßt wurde, daß es aber als gute Möglichkeit akzeptiert wurde, kapitalistische Verhältnisse im Iran aufrechtzuerhalten?









Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei – einer trotzkistischen Organisation – die von den reaktionären Khomeini-Milizen inhaftiert und zum Tode verurteilt wurden (die Frauen zu lebenslänglicher Haft). Vor allem ihr Eintreten für die Forderungen der kurdischen Nationalität war der Anlaß für die islamischen Banden, die Sozialistische Arbeiterpartei zu verfolgen.

F.: Diese Einschätzung würde ich bestätigen. Man kann noch hinzufügen, genau wie der Iran jetzt wieder verstärkt Benzin erhält, erhalten die USA jetzt wieder Rohöl. Das ist ein Zeichen dafür, daß die unterbrochenen Beziehungen wieder aufgenommen wurden. Die Fedajin haben Korrespondenz zwischen Bazargan und Armeeführern veröffentlicht, in der übereingekommen wurde, nicht alle Waffenverträge mit den USA zu lösen.

Regierung und Khomeini sind keine Marionetten des US–Imperialismus. Aber die USA hatten nicht viel zu tun,sie mußten nur abwarten.Die Regierung kann die Probleme nicht lösen und wird sich früher oder später an die USA um Hilfe wenden. Sie haben Verträge mit den USA. Sie haben die USA bereits gebeten, wieder Militärberater zu schicken, da sie die komplizierten Waffensysteme nicht bedienen können. Und sie wollen sie doch in Kurdistan und in anderen Gebieten anwenden. So können die USA wieder eindringen.

K.: Ich glaube nicht, daß der US–Imperialismus aus dem Land gedrängt wurde. Khomeini ist eine Marionette des US–Imperialismus. Durch die Intervention in Kurdistan und den dadurch möglicherweise provozierten Bürgerkrieg wird den USA eine Möglichkeit geboten, Truppen zur Sicherung der Ölquellen in den Iran zu schicken.

Frage: Hat durch die gezielten Repressionen in der letzten Zeit die Linke eine solche Niederlage erlitten, daß organiserte Politik nicht mehr möglich ist?

F.: Die Linke kann noch aktiv sein. Es ist keineswegs wie unter dem Schah-Regime. Aber es kommt natürlich auf die Taktik an und auf die Art, wie die Linke die Situation einschätzt.

Frage: Wir stimmen überein, daß die wichtigste Aufgabe im Iran heute ist, eine revolutionäre, eine Kommunistische Partei aufzubauen. Welche Gruppen der Linken könnten eine solche Entwicklung vorantreiben?

F.: Ich glaube keine pro-chinesische Gruppe oder die Tudeh-Partei. Ich glaube eine Kombination verschiedener Strömungen. Es gibt Spaltungen in verschiedenen Organisationen, bei den Fedajin, sogar in der HKS und es kommt auf die Umstände an. Heute kann man das nicht sagen.

Frage: Eine Partei kann man nicht durch guten Willen aufbauen, man muß Antworten geben auf die wichtigsten Probleme der Arbeiterklasse und der Bauern. Man muß Losungen gegen Arbeitslosigkeit, Inflation, zum Wohnungsbau aufstellen, die Arbeiter bewaffnen, Taktiken finden, um die Regierung und die Religiösen zu entlarven, man muß Kampfperspektiven angeben, man muß das Recht auf Lostrennung der Nationalitäten verteidigen usw.

F.: Ich glaube nicht, daß eine Gruppe genaue Vorstellungen hat, wie die Partei aufgebaut werden kann. Aber es gibt viele Diskussionen und Auseinandersetzungen im Moment in der Linken. Auf der einen Seite müssen die Differenzen innerhalb der Strömungen der Linken diskutiert werden, auf der anderen Seite die Forderungen der Massen beantwortet werden. D.h., es müssen Losungen, ein Programm aufgestellt werden. Das sind die Hauptaufgaben. Dann erst kommen die zweitrangigen Fragen wie Charakter von China und der SU. Aber man kann heute nicht sagen wer diese Aufgaben lösen wird. Die Hauptlosung der Fedajin ist: Vorwärts zum Parteiaufbau! Aber wie und warum, das wird nicht klar. Die Frage, warum eine Partei, um das System zu entlarven, um es einzuschätzen! Warum brauchen wir eine eigene Organisation, warum gehen wir nicht in andere Parteien, die Khomeini unterstützen.
Und dann, wie die Partei aufbauen, auch das ist nicht klar. Denn wenn sie aus der Arbeiterklasse entstehen soll, aus Organisationen wie Gewerkschaften und ähnlichem, aus den Kämpfen der Arbeiterklasse, dann ist es noch ein bißchen früh, zum Parteiaufbau aufzurufen, jetzt schon eine Partei zu formieren. Zuerst muß man die Arbeiterklasse um bestimmte Losungen sammeln, die zwar radikal sind, aber eher Tageslosungen sind, d.h. eher er-

Demonstration gegen die politische Unterdrückung im Iran

Angesichts der massiven Unterdrückung der Kurden durch das Khomeini-Regime demonstrierten rund 250 Menschen am 30. August vor der iranischen Botschaft in Wien. Die neuen Machthaber im Iran erwiesen sich als unfähig,selbst nur eines der zahllosen Probleme des Landes zu lösen. Statt Demokratie und Freiheit, statt Selbstbestimmungsrecht für die nationalen Minderheiten, Land für die Bauern, Aufbau der Wirtschaft gegen den Imperialismus zu bringen, tritt das neue Regime immer mehr in die Fußstapfen des Schahs.
Unmittelbarer Anlaß für die Demonstration war eine neue militärische Offensive gegen die kurdische Minderheit, begleitet von einer Repressionswelle in den Zentren der Revolution. Dieser fielen auch zwölf iranische Trotzkisten zum Opfer, sie wurden von den Khomeinimilizen verhaftet und zum Tode verurteilt. An der Demonstration zu der die AKSA (eine kurdische Studenten organisation) und die GRM aufgerufen hatte beteiligten sich neben uns verschiedene türkische Gruppen und der Iranische Studentenverband (kurz ISV), der die politische Linie der iranischen Fedajin vertritt.

Unerfreuliche Ereignisse

Leider kam es bei dem Marsch zur Botschaft auch zu unerfreulichen Ereignissen. Als wir Parolen gegen Khomeini ausgaben, stürzten sich einige Mitglieder des ISV auf uns und versuchten,uns das Megaphon zu entreissen. Eine Diskussion mit den Vertretern des ISV, warum es nicht möglich sein sollte, den Hauptvertreter der Reaktion im Iran beim Namen zu nennen, erwies sich sehr rasch als sinnlos. Emotional aufgebracht erklärten sie, daß man heute kein Wort gegen Khomeini sagen dürfe. Begründung: Hunderttausende Arbeiter und Bauern würden noch volles Vetrauen in diese Führerfigur haben, gegen ihn Stellung zu nehmen,würde bedeuten, sich von den Massen zu isolieren.
Im konkreten Fall erschien es uns besser, die Konfrontation nicht weiter zuzuspitzen. Bemerkenswert war das Verhalten der ISV-Genossen.Beim ISV – er sieht sich nach der Auflösung der CISNU als Dachverband aller im Ausland studierenden Iraner, und stets als Sprachrohr der Fedajin – handelt es sich um eine politische Strömung,die den Anforderungen der iranischen Revolution nicht gewachsen war. Die Kämpfer der Fedajin waren zweifellos mutige und entschlossene Gegner des Schah. Zahlreiche von ihnen wurden in den Kerkern hingemordet. Der Kampfbereitschaft entsprach jedoch leider nicht die politische Klarheit. Darüber, was nach der Schah-Diktatur kommen sollte, hatten die Genossen höchst unklare Vorstellungen, die irgendwo bei der „demokratischen Etappe der Revolution" angesiedelt waren. Erstaunlich ist heute nicht so sehr ihre Unfähigkeit, auf die geänderten politischen Bedingungen richtig reagieren zu können, sondern die Leidenschaft,mit der sie die Kritik an Khomeini zu unterbinden versuchen. Waren es nicht gerade die Khomeini-Milizen, die – mit Billigung des großen Meisters – das Hauptquartier der Fedajin in Teheran angriffen und zerstörten? (Die Fedajin wehrten sich allerdings nicht,um der pro-Khomeini ausgerichteten Presse und dem staatlichen Rundfunk keinen „Vorwand" zu liefern, die Fedajin als „Feinde der Revolution" abzustempeln.) Ist es nicht gerade Khomeini, der von allen islamischen Würdenträgern am schärfsten gegen die Kurden hetzt und für die brutalsten Militäreinsätze eintritt? Abgesehen von dem Umstand, daß bezweifelt werden muß, ob Khomeini heute tatsächlich die breitesten Massen noch hinter sich hat, gehören zweifellos die Kurden zu seinen erbitterten Feinden. Auf unsere Fragen, wie sich denn Solidarität mit den Kurden einerseits mit der Verteidigung Khomeinis gegen seine Kritiker andererseits verbinden läßt, wußten die Genossen des ISV keine Antwort.
Und dies war eine für sich sprechende, politische Antwort. Nämlich das Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit!

füllbar. Aus solchen Aktionen wird die Partei entstehen.Die ideologische Schwäche der Fedajin und ihre Schwierigkeiten bei der Organisation der Arbeiterklasse haben nach längeren Diskussionen drei Strömungen entstehen lassen. Die Hauptströmung tendiert dazu, in die Tudeh-Partei zu gehen.

Frage: Die HKS, VS-Sektion, hat verschiedene perspektivische Losungen aufgestellt. Übergangslosungen wie Arbeiterkontrolle, Arbeitszeitverkürzung, Arbeiter– und Bauernräte. Losungen wie Landreform etc. Warum hat die HKS nicht entscheidend in die Diskussion der Linken eingreifen können?

F.: Erstens sind sie nicht sehr bekannt.Zweitens waren große Teile der iranischen Linken früher an der SU orientiert, dann gingen sie in Richtung China. In diesem Prozess sind sie immer anti-trotzkistisch geblieben.
Dann sind manche ihrer Aktionen für die Linke unverständlich und suspekt, z.B. die Pressekonferenz anläßlich ihrer Gründung im Intercontinental.
Die Mitglieder kommen größtenteils aus dem Ausland. Sie haben die Kultur, das Verhalten ausländischer Trotzkisten mitgebracht.
Sie rufen die Leute zur sozialistischen Revolution auf, sie propagieren Landreform und Arbeiterkontrolle, eine Konstituante, aber das sind alles nur Worte.Damit kann man die Leute nicht gewinnen. Das muß man erklären, planen, es praktikabel erscheinen lassen inder nahen Zukunft. Ich glaube, das sind die hauptsächlichsten Gründe, warum die HKS nicht so sehr von der Linken unterstützt werden. Aber inzwischen hat sich das etwas geändert.

Jetzt bei diesem Prozess sind sie mehr unterstützt worden. Sogar die Fedajin haben ihre Verhaftung auf einer Veranstaltung bekanntgegeben und die Freilassung gefordert. Die Linke im Iran ist halt sehr zersplittert.

Frage: Welche andere Politik kann eine kleine Gruppe im Iran im Moment überhaupt machen, als allgemeine Perspektiven zu weisen und Losungen zur Behebung der Grundübel der imperialistischen Herrschaft zu entwickeln?

K.: Am Anfang haben die HKS nur sehr abstrakte Punkte in ihrer Zeitung aufgelistet, aber nach und nach ist ihre Zeitung besser und konkreter geworden, die letzten Nummern zur Wahl des Expertenrats, da haben sie eine gute Stellungnahme abgegeben zur Verfassung. Diese Zeitung konnte auch gut verkauft werden. Auch die Losungen zur Landfrage sind gut. Und wegen ihrer richtigen Stellungnahmen zur Frage der Nationalitäten sind sie ja auch verhaftet worden. Sie konnten sich stärken in letzter Zeit, weil sie sich besser in die Situation eingelebt haben. Es muß eine Diskussion zwischen den kleinen anti-stalinistischen Gruppen wie Left Unity, Communist Unity, United Workers Group und HKS stattfinden. Losungen müssen in dieser Diskussion entwickelt werden zur Frage der Arbeitslosigkeit, Landfrage, Nationalen Frage. Das sind die Chancen für den Parteiaufbau.

Kommentar zum Interview

Sicherlich geben die Positionen der beiden interviewten Genossen nicht in allen Punkten die Meinung der Organisation wieder, dennoch wollen wir uns im Kommentar auf eine Auseinandersetzung der Vorstellungen der Genossen vom Parteiaufbau beschränken.
Das Positive an diesem Interview ist sicher, daß es mit Genossen geführt wurde, die eine kritische Position zu den iranischen und kurdischen Organisationen beziehen, die erkennen, welche Gefahr die fehlende Klassenunabhängigkeit für die Linke und die Arbeiter des Iran bedeutet.
Aber die zukünftige Partei wird nicht, wie in den Vorstellungen der Genossen, allein aus Diskussioen innerhalb der Linken entstehen. Trotz aller Isolation in den letzten 25 Jahren diskutiert auch im Iran keine jungfräuliche Linke. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse über Siege und Niederlagen sind in die Theorie der Arbeiterbewegung eingeflossen. Sowohl positiv wie in die Thesen der ersten vier Weltkongresse der Komintern und in das Programm der 4. Internationale, als auch negatiav in die Theorien stalinistischen Ursprungs. Mag es dem Genossen auch als zweitrangige Frage erscheinen, wie der Charakter der SU und Chinas einzuschätzen ist, die reformistischen Theorien der Bürokraten in Moskau und Peking haben längst Einzug in die iranische Linke gehalten. Auseinandersetzungen über Etappentheorie, Islamische Republik, "Volkskrieg", Minimalforderungen, sind Ausdruck davon.
Weiterhin ist es sicher möglich und wahrscheinlich, daß ein harter Kern einer zukünftigen revolutionären Organisation über eine Diskussion innerhalb der Linken entstehen wird. Aufgabe dieser Organisation wird es sein, ein Programm zu entwickeln, das sowohl die Arbeiterklasse zum Sturz des Kapitalismus mobilisert als auch durch geeignete Losungen die Bauern und das städtische Kleinbürgertum als Bündnispartner zu finden weiß.
Die beiden Genossen kritisieren die HKS, weil sie den Arbeitern und Bauern abstrakte Formeln hinhält. Sicher, auch wir kritisieren das Herunterbeten von Pflichtlosungen. Aber die Kritik scheint in eine andere Richtung zu gehen. Nicht die mangelnde Konkretisierung der Übergangslosungen wird da kritisiert, sondern eher ein Konzept für eine Trennung von Minimal– und Maximalprogramm erarbeitet. Nachdem die Fedajin mit ihrem Programm: Aufbau der Partei der Arbeiter! sich so unfähig erwiesen haben, werden nun die Tageslosungen der Arbeiter in den Mittelpunkt gebracht. Selbstverständlich unterstützt eine revolutionäre Organisation die Kämpfe der Massen um Tageslosungen, aber ihre Aufgabe besteht im Weitertreiben dieser Kämpfe zum Sturz des kapitalistischen Systems.
In einer Situation wie im Iran, wo eines der brutalsten Regimes ganz wesentlich durch die Generalstreiks der Arbeiter gestürzt werden konnte, müßten gute Möglichkeiten bestehen, die Arbeiterkontrolle, Losungen gegen Arbeitslosigkeit und Inflation zu konkretisieren. Auch werden die Bauern der Frage der Landreform nicht gleichgültig gegenüberstehen. An der Fähigkeit,eine korrekte Taktik zu entwickeln, wird sich die Zukunft jeder Organisation entscheiden.
Fedajin und Mudjahedin, Tudeh-Partei und HKS haben in ihrem Verhalten zur Wahl des Expertenrats bewiesen, daß sie die Bedeutung der Mobilisierung der Arbeiterklasse unter klassenunabhängigen Forderungen und gegen die islamische Republik nicht erkannt haben.
Die entscheidende Frage im Iran ist und bleibt die Frage von Etappen der Revolution. Ein Großteil der Linken kann sich unmittelbar keine sozialistische Lösung vorstellen. Aber die Ereignisse während des Jahres 1979 haben bereits deutlich gemacht, daß das Kleinbürgertum unter Führung der äußerst schwachen nationalen Bourgeoisie nicht dazu in der Lage ist, eine bürgerlich-demokratische kapitalistische Entwicklung, unabhängig vom Imperialismus, durchzusetzen. Die Nationale Front in der Regierung hat sogar weitgehend vor den Vorstellungen des islamischen Klerus kapituliert, der natürlich nicht nur die Linke und die Arbeiterbewegung unterdrückt, sondern auch den Profiterwartungen der nationalen Bourgeoisie nicht gerecht werden konnte. Die Imam-Komitees waren eben bisher nicht in der Lage, die nötige Beruhigung in Industrie und Handel einkehren zu lassen. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die nationale Bourgeoisie sich vom „unzuverlässigen" Kleinbürgertum abwendet und ihr Heil wieder einmal in den Armen eines intervenierenden Imperialismus sucht.
Der Klerus muß ständig an Einfluß verlieren, da er nicht in der Lage ist, die Interessen der Bauern (nach Agrarumwälzung), die des städtischen Kleinbürgertums (nach einem stabilen inneren Markt) und die des Proletariats (nach menschenwürdiger Arbeit und Wohnung) zu befriedigen, ohne sich selbst Macht und Privilegien zu rauben. Der Verlust seiner Massenbasis und die beschränkten Einsatzmöglichkeiten der Armee geben die politische Basis für eine imperialistische Intervention ab, die heute schon offen in den bürgerlichen Gazetten diskutiert wird.



Seit Monaten sind linke und demokratische Kräfte, die Pressefreiheit und andere demokratische Freiheiten verteidigen, den Angriffen der lumpenproletarischen Banden der islamischen Republik ausgesetzt. Dutzende Zeitungen wurden bereits verboten, ihre Redakteure zum Teil inhaftiert. Die Lokale der linken Organisationen wurden angegriffen und teilweise geschlossen. Viele von jenen, die unter der Schah-Diktatur bereits gegen die Linke gearbeitet haben, haben sich heute die Fahne der islamischen Republik umgehängt und verrichten weiter ihr konterrevolutionäres Treiben

Bevor ein erneuter blutiger Preis für eine elementare Erfahrung der Arbeiterbewegung im imperialistischen Zeitalter bezahlt wird, nämlich die Erfahrung, daß in den kolonialen und halbkolonialen Ländern keine stabile demokratisch-kapitalistische Entwicklung möglich ist, muß in der heutigen iranischen Linken eine kommunistische Partei herausgebildet werden, die diese Erfahrung politisch umsetzt. In erster Linie bedeutet dies die umfassende und unabhängige Organisierung des Proletariats auf der Grundlage des Klassenkampfes der um ein System von Übergangslosungen geführt wird. Vor allem die eigene Kontrolle über verstaatlichte und private Betriebe muß zentral im Mittelpunkt stehen. Die Spaltung in Arbeitslose und Arbeiter muß derart überwunden werden, daß eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeit erfolgt. Alle Gewinne aus dem Erdölexport und den Banken muß das bewaffnete Proletariat konfiszieren, in seinen Händen zentralisieren (über Räteorgane), um die nötigen Mittel für einen großzügigen Plan zu besitzen, der vor allem das Wohnungselend beseitigt.

Eine entscheidende Frage bleibt die Gewinnung des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums, welches nicht unmittelbar an einer Arbeitermacht interessiert ist. Es ist aber an Landverteilung und Sicherung seiner Existenz interessiert, Aufgaben, die nur ein siegreicher proletarischer Staat lösen wird. Insofern muß eine KP im Iran auch Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution programmatisch verkörpern und gegen die nationale Bourgeoisie und reaktionären Klerus verteidigigen. Ansetzend an noch weit verbreiteten bürgerlich-demokratischen Illusionen der Massen muß die Einberufung – freie, geheime, gleiche Wahl – einer konstituierenden Versammlung gefordert werden, die die Agrarreform, umfassende politische Freiheiten, die Rechte der Nationalitäten bis zum Recht auf Abtrennung durchführt. Die Bourgeoisie und der Klerus können keine revolutionäre Konstituante dulden. Ihre Einberufung und gleichzeitige Auflösung wird zu den Aufgaben des siegreichen Proletariats gehören, welches in der Lage war, die kleinbürgerlichen Massen auf seine Seite zu ziehen. Die Diktatur der Arbeiterklasse wird über die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Aufgaben hinausgehen und die ökonomischen und politischen Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft legen. Diese Quintessenz der "Theorie der permanenten Revolution" muß eine KP im Iran verkörpern. Der Kern dieser Partei muß geschaffen werden, indem die Revolutionäre des Iran zu allen programmatischen Aspekten der proletarischen Revolution den Opportunismus und Reformismus vor allem in der Frage der gestärkten Tudeh-Partei schonungslos in Wort und Schrift bekämpfen und eine Umgruppierung der Linken im Iran einleiten. Die vordringlichste Aufgabe ist die Verteidigung der politischen Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung, der Aufbau einer militärischen Abwehrfront gegen den reaktionären Terror!

Wahlen in Bolivien

Der neue Präsident Boliviens heißt Walter Guevara Arce. Eine bisher politisch eher unbedeutende Persönlichkeit, die mit dem ‚starken alten Mann' Viktor Paz Estensoro und dessen bürgerlicher Partei MNR in einem Wahlbündnis stand.

Keine der beiden großen Wahlfronten UDP (Demokratische Volksunion) und ADRN (bürgerliches Bündnis) konnte bei den Wahlen vom 1. Juli die absolute Mehrheit der Stimmen bekommen. Als im Parlament, wo nun der Präsident ermittelt werden sollte, keine Einigung erzielt wurde, schloß man einen Kompromiß und wählte eine Übergangslösung.

Guevara hält den Präsidentenstuhl bis Mai 1980 warm, wo Neuwahlen stattfinden sollen. Ob er sich so lange auf seinen politisch schwachen Beinen wird halten können oder mit seiner Regierung einem neuerlichen Militärputsch (etwa von Seiten des Ex-Präsidenten Hugo Banzer, der sich bei den Präsidentschaftsabstimmungen im Parlament der Stimme enthalten hatte und schon im Laufe des Wahlkampfes mit seinen militanten faschistoiden Truppen des öfteren aufgetreten war) zum Opfer fällt, wird die nahe Zukunft zeigen.

Das Proletariat Boliviens ist fest organisiert und von ungetrübtem Kampfesgeist. Die Periode der Illegalität während der Diktatur Banzer (alle Arbeiterorganisationen waren verboten) konnte die Arbeiterbewegung zwar bremsen, jedoch nicht zum Erlöschen bringen. Die Wahlen in diesem Sommer, sowie die von 1978 waren politisch von geringer Bedeutung, da sie weder den tatsächlichen Bewußtseinsstand der Arbeiter und Bauern anzeigen, noch tiefgreifende politische Veränderungen eingeleitet haben.

Hugo Banzer – 7 Jahre Diktatur

Der Militärputsch Hugo Banzers vom 21. Aug. 1971 setzte dem revolutionären Aufschwung des Proletariats nur ein vorläufiges Ende. Sein bonapartistisches Regime hielt sich 7 Jahre lang – eine für dieses Land ungewöhnlich lange Herrschaftsperiode. Obwohl seine Politik auf die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung ausgerichtet war, gelang es ihm nicht, die Kampfbereitschaft der unterdrückten Massen zu brechen. Nachdem er die Gewerkschaften der Arbeiter aufgelöst und deren Führung verfolgt hatte, setzte er regimehörige Arbeitervertreter (Coordinatores laborales) ein und versuchte, mit diesen eine Art Gewerkschaftswahl durchzuführen. Dieser Plan scheiterte allerdings an der Ablehnung der Arbeiter in den Basiskomitees.

Anfang 1976 kam es zu einer erneuten Zuspitzung des Klassenkampfes. Die Kampfbereitschaft beschränkte sich allerdings auf Bergarbeiter und Studenten. Der Streik der Minenarbeiter um höhere Löhne dauerte 45 Tage. Höhepunkt dieses revolutionären Aufschwungs war der Bergarbeiterkongreß von Corocoro. Die prompte Antwort der Regierung darauf war ein Führungswechsel in der COMIBOL (verstaatlichte bolivianische Bergwerksgesellschaft). Gemeinsam mit Kissinger der eine Offensive gegen die Bergarbeiter mitfinanzieren wollte, wurde in Santa Cruz ein Angriffsplan beschlossen: Banzer verlängerte den Ausnahmezustand, befahl die Verhaftung der Bergwerkführer und die Zerschlagung des Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter (FSTMB). Darüber hinaus ordnete er eine militärische Invasion in den Bergwerksdistrikten an. Damit war jedoch die Dynamik des Streikes noch nicht gebrochen; er wurde auf Initiative der Basis fortgesetzt. Durch die Errichtung von Militärzonen und den Ausnahmezustand gelang es schließlich, einzelne Bergwerke zu isolieren. Falsche Informationen wurden in Umlauf gesetzt, Bergarbeiter deportiert, die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten, Wasser und Elektrizität abgedreht. Die von der Regierung angeregten Basiskomitees beendeten den Streik nach 30 Tagen und schlossen Abkommen mit der Regierung.

Trotz dieses Sieges des Militärregimes wurde das Seil, auf dem Banzer tanzte, zusehends brüchiger. Immer mehr Stimmen wurden gegen die massiven Verstöße des Regimes gegen die Menschenrechte laut, forderten die Amnestie für die politischen Gefangenen, freie Rückkehr der exilierten Bolivianer. Unter dem Druck der USA (entsprechend der ‚Menschenrechtspolitik') versprach Banzer, das Land zu ‚demokratisieren'. Bald zeigte sich, was darunter zu verstehen war. Die gewährte Teilamnestie bezog sich selbstredend nicht auf Gewerkschaftsführer. Ein neues Arbeitsgesetz wurde gemeinsam von den Unternehmern und den Coordinatores erstellt. Das Regime erkannte den Arbeitern das Recht auf Streik kurzerhand ab und sah vor, daß die Arbeitervertreter in Hinkunft von den Unternehmern nominiert werden sollten. Daraufhin entledigten sich COB (Gewerkschaftsdachverband) und FSTMB der unbeliebten Coordinatores laborales, und Banzer sah sich gezwungen, gewerkschaftliche Betätigung wieder zuzulassen.

Einige Frauen von exilierten oder inhaftierten Bergarbeitern aus La Paz sahen ihre Forderungen, die alle politischen Gefangenen und exilierten Bolivianer miteinschlossen, durch Banzers Teilamnestie nicht erfüllt. Sie begannen im Dezember 1977 gemeinsam mit ihren Kindern einen Hungerstreik, der sich ungewöhnlich rasch auf viele Teile des Landes ausweitete. Die Minenarbeiter und die katholische Kirche erklärten sich solidarisch. Als Studenten in La Paz den Streik durch eine Demonstration unterstützten, wurde die Universität geschlossen. Sogar innerhalb der Regierung gab es diesbezügliche Spannungen: Einige Mitglieder, die eine Generalamnestie befürworteten, mußten gehen. Um dieser Bewegung die Spitze zu brechen, versuchte Ban-

zer, eine Gegenbewegung zu initiieren und ordnete einen nationalen Streik an, was sich als glatter Mißerfolg erwies. Schließlich gab er den Forderungen nach Generalamnestie zumindest in Worten nach und erreichte damit den Abbruch des Hungerstreiks.

Durch seine destruktive Wirtschaftspolitik hat sich Hugo Banzer auch bei vielen Sektoren der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie diskrediтiert. Ende des Jahres 1974 begann in Bolivien ein scheinbarer wirtschaftlicher Boom. Die Erträge aus Zinn- und Erdölexporten (Bolivien lebt fast ausschließlich von Rohstoffen und Rohstoffprodukten) waren 4mal so hoch wie bei den vorhergehenden Regierungen. Aber derlei Daten über die konjunkturelle Phase, die schon 1977 wieder zu Ende war, lassen nicht den geringsten Rückschluß auf die wirkliche Entwicklung zu.

Die Regierung Banzer nahm verstärkt komerzielle Bankkredite mit hohen Zinsen und geriet dadurch in immer größer werdende ausländische Abhängigkeit. Diese Auslandsgelder wurden kurzsichtig investiert.

- Als im Zuge der weltweiten Ölkrise der Erdölpreis deutlich anstieg, wurde in Bolivien der Bau von Raffinerien und Pipelines gefördert. Obwohl klar war, daß die Ölreserven nur mehr begrenzt andauern können,verstärkte man den Export und nützte so die erhöhten Ölpreise aus. Bald stellte sich ein Versiegen der Ölquellen ein und derzeit muß Öl eingeführt werden, da für die Bevölkerung Boliviens Petroleum die Hauptenergiequelle darstellt.
- Gemeinsam mit Erdöl stellen Zinn und Erdgas 2/3 des Exportwertes dar. Die Zinnproduktion nimmt jährlich um 6% ab und das bei steigenden Kosten. Statt die teuren Kredite zur Erforschung neuer Reserven und der Instandhaltung des Maschinenparks zu verwenden, verschleuderte man sie zum Bau teurer Luxushotels. Um dennoch den Exportwert gleichzuhalten, wurde der Zinnpreis einfach hochgetrieben. Seit die USA eigene Zinnreserven auf dem Weltmarkt anbieten will, ist das bolivianische Zinn für die Industrieländer zu teuer; der Zinnpreis würde auf dem Weltmarkt sinken.
- Jene Gelder, die zur Erweiterung landwirtschaftlicher Kapazität vorgesehen waren, wurden derart verteilt, daß 3/4 der Kredite zur Vergrößerung der Großplantagen der Agrarbourgeoisie des Tieflandes zuflossen (jene Klasse, von der Banzer unterstützt wird), während die armen Bauern des Hochlandes leer ausgingen. Durch unkontrollierte Kredite ist die Inflationsrate von 10,8% (1977) auf 18% (1978) gestiegen.

Nicht zuletzt hat sich Banzer durch sein Herangehen an die Frage des Zugangs zum Meer unbeliebt gemacht. Bolivien hatte im Salpeterkrieg 1879 – 1883 seine Provinz Attacama, die den einzigen Zugang zum Meer darstellte, an Chile verloren – ein rohstoffreiches Gebiet von der Größe Süddeutschlands. Banzer plante mit Pinochet, daß Bolivien nun einen 5km breiten Korridor im Tausch gegen ein mineralreiches Gebiet erhalten sollte.

Pereda – Padilla

Bolivien erhält das verhältnismäßig höchste Kontingent an amerikanischer Militärhilfe. Um den immer wieder aufbrausenden Klassenkämpfen in diesem schwachen Glied der Kette die Spitze zu nehmen, befürworteten die USA die Einleitung eines 'Demokratisierungsprozeßes'. Die für 1980 vorgesehenen Wahlen wurden auf 1978 vorverlegt. Auch die internationalen Kreditinstitute (Internationaler Währungsfond, Interamerikanische Entwicklungsbank) plädierten auf Grund der stetig ansteigenden Auslandsverschuldung – 1971 ... 500 Mio. US-Dollar, 1978 ... 2800 Mio. US-Dollar – für Neuwahlen.

Banzer, der sich auch innerhalb der Armee einer breiten Opposition gegenübersah, kandidierte nicht selber, sondern bestimmte als seinen Nachfolger den Innenminister General Juan Pereda Asbun, dem enge Verbindungen zum Kokainhandel und Schmuggel nachgesagt werden, empfing massive materielle Unterstützung von Seiten bolivianischer, sowie internationaler Wirtschaftsspitzen. Als sich bei den Wahlen 1978 ein Sieg der Opposition abzeichnete, riß Pereda Asbun die Macht an sich. Als Schüler Banzers setzte er nun dessen verheerende Wirtschaftspolitik fort.

Der Fall ohne Grenzen: Die KPÖ zur Entwicklung im Iran

Als 1927 die reaktionären Truppen der Kuomintang in Shanghai einmarschierten und unter den Arbeitern ein Gemetzel anrichteten, erschien kurz darauf das Zentralorgan der französischen KP mit einem Aufmacher, der die „Kommune von Shanghai" begrüßte...

Die Erklärung dafür ist relativ einfach. Die Redakteure des Blattes, längst ausgewählt und von allen kritischen und linken Opponenten gesäubert, erhielten keinen genauen Bericht, sondern bekamen eben allein die Tatsache des Einmarsches vermittelt. Und da die Linie der Komintern, entsprechend der Etappentheorie, darin bestand, die Kuomintang (weil angeblich fortschrittlich und ein Bündnispartner der Arbeiter und armen Bauern) zu unterstützen, meinte die Redaktion des Blattes, allen Grund zum Jubeln zu haben...

An diesem 'Dilemma' der Stalinisten hat sich bis heute nichts geändert. Die Außenpolitik der Sowjetunion, allein von den Interessen der herrschenden bürokratischen Schicht und nicht von denen der sozialistischen Weltrevolution bestimmt, führt regelmäßig und unvermeidlich dazu, daß Regimes hochgejubelt werden ('antiimperialistisch und auf dem Weg zum Sozialismus'), die einige Tage oder Wochen nach den Jubelmeldungen der internationalen stalinistischen Presse sich durch den „friedlichen Weg zum Sozialismus" keineswegs daran gehindert sehen, Arbeiter, Bauern, nationale Minderheiten und Linke zu massakrieren! Was die Stalinisten natürlich nicht zu einer grundsätzlichen Aufarbeitung und Diskussion ihrer vorhergehenden Stellungnahmen treibt, sind doch alle Phrasen vom „friedlichen Weg" letztlich nichts anderes, als eine Umschreibung der außenpolitischen Interessen der sowjetischen Bürokratie.

Und denen muß halt schon ab und zu eine Reihe von Opfern gebracht werden. Noch dazu, wenn es die Damen und Herren Redakteure ohnehin nicht persönlich betrifft.

Der jüngste Beweis für die stalinistische Verkommenheit ist die Berichterstattung der 'Volksstimme' überdie letzte Entwicklung im Iran.

Am 2. August berichtet Eva Priester (von der nun schon oft zu lesen war, daß sie am Tage des deutschen Einmarsches in Österreich bittere Tränen in einem Prager Kaffeehaus vergossen hatte) über die neue iranische Verfassung.

Gleich in der Einleitung stellt sie klar, daß Khomeini nur „angeblich frauenfeindlich" sei, was unschwer zu begreifen ist, wenn man die Situation der Frauen in den Ländern des „realen Sozialismus" kennt, die Eva Priester sicherlich als Vorbild dient. Da allerdings kann Khomeini noch immer mithalten und sogar noch etwas zusetzen. Wenn die Verfasserin des Artikels in der 'Volksstimme' behauptet, daß die bürgerliche Presse gegen die Entwicklung im Iran hetzt, hat sie natürlich recht. Aber ihr einfacher Verstand begreift nicht, daß es keineswegs ein kommunistischer Standpunkt ist, einfach das Gegenteil vor dem zu sagen und zu glauben, was 'Kurier' und 'Kronen-Zeitung' täglich anbieten.

Der von den islamischen Reaktionären vorgelegte Entwurf der Verfassung ist für sie dermaßen positiv, daß sie glaubt behaupten zu müssen: „Wenn der Iran den Entwurf seiner Verfassung ohne wesentliche Änderungen annimmt, wird er eine der fortschrittlichsten Konstitutionen der Welt haben."

Nur einige Tage später (!) bringt die 'Volksstimme' einen Artikel, in dem diese kühne Aussage stark relativiert wird ('Iran: Was die Kommunisten in der Verfassung haben wollen'). Die Vorschläge der Tudeh-Partei betreffen grundsätzliche Fragen, wie die Rechte der Frauen, der nationalen Minderheiten, das Recht der Arbeiter auf Bildung von Gewerkschaften usw. Die 'Volksstimme' bemerkt am Schluß des Artikels: „Alle diese von den Kommunisten vorgeschlagenen Zusätze finden sich im gegenwärtigen Verfassungsentwurf der islamischen Republik des Iran nicht."...

Doch das KPÖ-Organ ging noch weiter.

Zu den Erschießungen von Homosexuellen fielen den Redakteuren einige 'Scherzchen' ein – „Warmer Krieg", „warme Million" usw., und in einer Antwort auf zwei am 4. August abgedruckten Leserbriefe (die diese Art der Berichterstattung ablehnten) fällt dem Redakteur E.P. nichts anderes ein, als die obskuren Anschuldigungen des Khomeini-Regimes gegen die Homosexuellen einfach zu übernehmen. Und haben im übrigen die staatlichen Stellen des Iran nicht energisch bestritten, „daß man je Menschen wegen Homosexualität erschossen oder gerichtlich verfolgte..."

Die völlig unkritische Berichterstattung über die Entwicklung im Iran, mehr noch, das Bejahen der reaktionären Maßnahmen der 'iranischen Republik' gegen die Linke und gegen um ihre Rechte kämpfenden Frauen, mußte natürlich etwas modifiziert werden, als sich die Repression auch gegen die Tudeh-Partei (die stets brav und treu für Khomeini war) zu richten begann.

Als die 'Volksstimme' dies merkte, sah sich Chefredakteur Hans Kalt gezwungen, einen Leitartikel zu verfassen („Solidarisch mit der Tudeh-Partei", 23.August).

Er sah in der Schließung des Büros der Tudeh-Partei einen „bedenklichen Schritt", warnte aber davor, die „Kompliziertheit der dortigen Situation" außer acht zu lassen. Für Kalt stellt die Repressionswelle keineswegs den Versuch des Khomeini-Regimes dar, den bürgerlichen Staat zu stabilisieren, die Massen zurückzudrängen, den Einfluß der Linken zu brechen und die nationalen Minderheiten wieder an die Kette zu binden. Klasseninteressen und der daraus folgende Klassenkampf stellen sich für Hans Kalt vielmehr als 'Verschwörung von Agenten' dar, die „Konflikte ausnützen" usw., wobei natürlich die extreme Linke zu diesen 'Verschwörern' gerechnet wird. Solange diese von der islamischen Republik unterdrückt wurde, störte dies die Stalinisten wenig. Aber jetzt auch die doch so treue Tudeh-Partei... Hans Kalt versteht die Welt nicht mehr.

Aber er wäre wohl kaum Chefredakteur der 'Volksstimme' geworden, wenn er nicht für solch komplizjerte Entwicklungen stets eine Erklärung parat hätte: „ Die Mehrheit der Menschen, die – durch ihre Lage gezwungen – den Kampf gegen den Imperialismus und seine verbrecherischen Helfer führte, durchschaut nicht die Zusammenhänge, ist befangen von Vorurteilen..."
Wie kommt Hans Kalt eigentlich dazu, seinen eigenen politischen Zustand auf die iranischen Massen zu übertragen?

- Was die Regierung Banzer mit den Erdölreserven gemacht hatte, plante er nun mit Erdgas: Um als Exportland auf dem Weltmarkt zu bleiben, wollte er mehr Erdgas als bisher verkaufen und verschleuderte diesen Rohstoff zu weit billigerem Preis als etwa Mexiko.
- Die Bergarbeiter streikten um höhere Löhne. Um diese erhöhten Löhne im Staatshaushalt abzufangen, sollte der Peso abgewertet werden (künstliche Inflation). Die Diskussion darüber bewirkte, daß die finanzkräftige Bourgeoisie unmittelbar Dollarkäufe tätigte, um sie nach der Abwertung wieder zu verkaufen. Da in 5 Tagen 1/3 der gesamten Devisenreserven aufgekauft wurde , konnte die Regierung ihr Inflationskonzept doch nicht durchführen.

Ein Überbrückungskredit des Internationalen Währungsfonds von 100 Mio US-Dollar sollte vor dem unmittelbaren Bankrott retten. Allerdings wurden Bedingungen gestellt:

- inländischen Konsum drosseln und Export steigern (Devisen sollten helfen, das Zahlungsdefizit auszugleichen.)
- Löhne einfrieren
- Brenn- und Treibstoffpreise erhöhen
- Abwertung des Peso
- teure Projekte aufschieben,

Pereda zeigte sich gewillt, dieses Programm durchzuziehen und entsandte Armeeeinheiten in die Krisenherde, die Bergbaugebiete.

Als Antwort darauf erfolgte am 24. Nov. 1978 ein unblutiger Militärputsch unter General Padilla. Die neue nationalistisch geprägte Regierung hüllte sich in ein demokratisches Mäntelchen, versprach Neuwahlen für den 1. Juli 1979 und den Abzug der Armee aus den Minendistrikten. Prompt erfolgte die Unterstützung seines Regimes durch die UDP (linkes Wahlbündnis) und den COB (Gewerkschaftsdachverband). Doch das Versprechen über den Abzug der Truppen wurde bald zurückgenommen. Und drei Tage nach dem Putsch kehrte Banzer (er hatte sich seit der Regierung Pereda im Ausland aufgehalten) nach Bolivien zurück und sprach offen gegen allgemeine Wahlen.

Auch das Padilla-Regime beutete bedenkenlos die rückläufigen Rohstoffreserven aus:

- Der Energieminister hielt bereits stornierte Erdgasabkommen mit Brasilien weiter aufrecht und forderte für den Bau einer Erdgasleitung von Santa Cruz nach Corumbå (600 km) Kredite bei internationalen Finanzinstitutionen an.
- Erdgasverkäufe an Argentinien wurden ab 1. Aug. 1979 von 150 Mio. Kubikfaß pro Tag auf 220 Mio. Kubikfaß pro Tag erhöht.

Die Forderungen nach Lohnerhöhungen wurden abgelehnt, obwohl in den letzten Jahren die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu den Löhnen um ein Vielfaches gestiegen waren.

Wie sich die Bilder gleichen: Wahlen 1978 und 1979

Die so lange angekündigten Wahlen vom 9. Juli 1978 haben dem bolivianischen Volk überhaupt keine Veränderungen gebracht. Obwohl die FUDP (Front der Demokratischen Volksunion) weite Teile des Proletariats und Kleinbürgertums hinter sich sammeln konnte, war ein Sieg der Rechten von vornherein zu erwarten.

Schon die Wahlgesetze sind für die Bourgeoisie zurecht gezimmert

- Die Regierung ernennt dieWahlkommission,die über die Zulassung von Parteien entscheidet. So gab es unzählige winzige Abspaltungen (sogenannte ‚Taxi-Parteien' – alle ihre Mitglieder haben in einem Taxi Platz) mit ähnlich lautenden Namen, was eine Verwirrung bei den Wählern bewirkte.
- Es werden ebensoviele Wahlzettel (in verschiedenen Farben) wie kandidierende Parteien ausgegeben – so fällt es kaum auf, wenn Wahlzettel unterschlagen werden.
- Die Partei mit der einfachen Mehrheit der Stimmen erhält 66% der Senatssitze und 80% der Sitze im Repräsentantenhaus. Die zweitplazierte Partei erhält den Rest.
- Sollte keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit bekommen, so wird der Präsident vom Parlament gewählt.



Mit schöner Regelmäßigkeit werden in Bolivien Schwindelwahlen durchgeführt, die alle nur die Aufgabe haben, die Diktatur der verroteten US-Marionetten ‚demokratisch' abzusichern

Schon während des Wahlkampfes zeichnete sich eine deutliche Beeinflußung durch Einschüchterungsaktionen von Seiten der Rechten ab. So wurden Indios, die in ihrem Dorf den Kandidaten der FUDT proklamiert hatten, gezüchtigt.

Ein Dekret der Regierung besagte, daß am Wahltag nur Fahrzeuge der Regierung auf den Strassen fahren durften. Man brachte also die Wähler zu den Wahllokalen und das gab die Möglichkeit, noch auf dem Weg zu den Urnen, zu beeinflußen.

Das Wahlergebnis sagt überhaupt nichts aus – es war ganz offensichtlich manipuliert worden.

- Wenn man die prozentuellen Stimmenanteile der einzelnen kandidierenden Parteien zusammenzählte, kam man auf über 102%.
- Es stellte sich heraus, daß 356 neue Wahllokale eröffnet worden waren, von denen die Opposition nichts wußte und so nicht mit Stimmzetteln beschicken konnte.
- Die Wahlurnen wurden von Offizieren abgeholt und mit Booten transportiert. Tagelang schwammen noch die orangefarbenen Wahlzettel der FUDP auf dem Titicacasee.
- In Potosi wurden wegen ‚Übertragungsirrtümern' die Ergebnisse der FUDP um 15% gesenkt, die der Pereda-Partei um 200% aufgestockt.

Da Pereda nach offiziellen Ergebnissen nur die relative Mehrheit erlangen konnte (der eigentliche Sieger der Wahlen war die FUDP), sollte das Parlament den Präsidenten bestimmen. Hier hätte jedoch die Opposition gegen Banzer und seinen Kronprinzen die Mehrheit gehabt.

Der Kandidat der FUDP (Siles Zuazo) trat in den Hungerstreik und forderte Annullierung des gefälschten Wahlausganges, Abhaltung von Neuwahlen und den Rücktritt der Militärregierung Banzer. Als der COB zu seiner Unterstützung für den 21. Juli 1978 zum Generalstreik aufrief, erklärte die nationale Wahlkommission die Wahlen für ungültig und verlangte Neuwahlen innerhalb von drei Monaten.

Und nun leistete sich der Banzer-Günstling Pereda ein Kabinett-Stück, mit dem selbst die Bourgeoisie nicht gerechnet hatte. Pereda ließ sich von Banzer überzeugen, daß es der günstigste Weg sei, selbst um Neuwahlen zu bitten (worauf Zuazo seinen Hungerstreik abbrach). Nachdem er also eine Revision der von ihm manipulierten und gewonnenen Wahl forderte, scharte er noch am Tag seiner Unterredung mit Banzer Truppen um sich und putschte gegen das Regime Hugo Banzer.

Die nun am 1. Juli 1979 erfolgten Neuwahlen sollten ein ‚sauberes Ergebnis' bringen. Um neuerliche Wahlmanipulationen auszuschalten, wurden einige Änderungen bzgl. der Bestimmungen für den Wahlvorgang durchgeführt:

- Statt der Wahlzettel für einzelne Parteien wurden nun Einheitsstimmzettel eingeführt, die alle 35 kandidierenden Parteien anführten.
- Nur Personen mit Personalausweis dürfen wählen.
- Um die Entstehung von Phantom-Parteien für Wahlmanöver zu erschweren, sollten alle Parteien anteilmäßig an den Wahlkosten beteiligt werden.
- Die Truppen sollten aus den Bergarbeitergebieten abgezogen werden (wurde von Padilla dementiert).

Ebenso wie bei den Wahlen 1978 gab es massive Versuche, den Wahlkampf der UDP (früher FUDP) zu behindern. Für 20. Mai 1979 war eine UDP-Kundgebung in Santa Cruz angesetzt. Jedoch eine Institution der agro-industriellen Bourgeoisie, das Comitè Civico verlautete, der UDP-Kandidat Zuazo dürfe Santa Cruz nicht betreten. Der Innenminister versprach jedoch, diese Wahlkundgebung zu sichern. Dennoch bat er Zuazo, auf die Veranstaltung zu verzichten, was dieser ablehnte. So besetzten Militante der Rechten am frühen Morgen des 20. Mai den Flugplatz von Santa Cruz (unter Beteiligung von Mitgliedern der Ex-Regierung Banzer) und belegten die Landebahn mit Benzinfässern. Die Polizei trat unbewaffnet auf, besah sich alles und verschwand alsbald wieder. Als UDP-Anhänger gegen die Besetzung des Flughafens protestierten, kam es zu einer Schießerei (ein Toter, einige Verletzte). Präsident Padilla bat um Ruhe und Ordnung.

Zuazo (UDP) gewann die Wahlen mit 53.000 Stimmen Vorsprung gegenüber Victor Paz Esdensoro (ADRN = bürgerliche Wahlfront). Aber schon am nächsten Tag folgte die kalte Dusche. 168.000 Stimmen (10% der abgegebenen Stimmen) wurden ungültig erklärt, sie waren falsch ausgefüllt worden. So ergab das offizielle (also manipulierte) Ergebnis nur mehr einen Vorsprung Zuazos um 1.512 Stimmen. Und wiederum trat Zuazo in den Hungerstreik (um Anerkennung des ursprünglichen Wahlergebnisses). Der darauffolgende Generalstreikaufruf wurde weitgehend befolgt.

Kandidierende Parteien und Wahlbündnisse

Bei den Wahlen 1978 waren unzählige Parteien zugelassen. Viele dieser Gruppierungen waren aus wahltaktischen Gründen gebildet worden. Die meisten wurden von Banzer-Anhängern repräsentiert. Um die Verwirrung noch etwas zu steigern, trugen sich die 10 Präsidentschaftskandidaten der 12 Wahlbündnisse erst 4 Wochen vor dem Wahltag in die offiziellen Listen ein. Die Rechte hatte 7 Kandidaten. Davon wurden 3 zurückgezogen, um gemeinsam mit Pereda gegen die FUDP zu stehen.
Für die heurigen Wahlen hatte der Präsident Padilla versprochen, nicht in die Wahlvorbereitung einzugreifen und keinen eigenen Kandidaten zu stellen. Die Rechte war somit im Juli 1979 in 3 Lager gespalten:

ADN (Nationalistische Demokratische Allianz)
Ihr Kandidat war Hugo Banzer, der bei den Wahlen im Vorjahr nicht hatte kandidieren können. Hier fanden sich u.a. alle die Gruppen, die Ex-Diktator Pereda unterstützen. Die Allianz ver-

trat die Interessen jener Bourgeoisiesektoren, die eng mit dem internationalen Kapital verbunden sind (Bergbau, Handelsgesellschaften) und der agro-industriellen Bourgeoisie im Osten Boliviens. Die ADN wird abgesehen von Teilen der Bourgeoisie unterstützt von faschistoiden Teilen der Armee Schwarzmarkthändlern, Wohnungsspekulaten etc. Banzers paramilitärische Kräfte werden hauptsächlich von Kokainproduzenten und -Händlern finanziert.

APIN (Volksallianz der nationalen Integration) Ihr Kandidat, General Bernal, hatte bei den Wahlen 1978 für die Christdemokraten kandidiert und im Jänner eine eigene Bewegung (MAC= = Movimento agrario campesino) gegründet. Die APIN vertritt ähnliche Interessen wie Banzer.

Die stärkste Front im rechten Lager ist die ADRN mit ihrem Kandidaten Victor Paz Esdensoro (vom historischen Flügel der MNR). Die MNR ist eine ‚Vielklassenpartei', deren ursprüngliches Ziel es war, eine nationale Bourgeoisie zu schaffen und die Zinnbarone und Großgrundbesitzer ihrer Vormachtstellung zu berauben. Nach einem erfolglosen Putsch 1949 errang die MNR unter Victor Paz und Siles Zuazo bei den Wahlen 1951 die Mehrheit, die allerdings von der Oligarchie nicht anerkannt wurde. Im Zuge der Revolution von 1952 wurde die Militärregierung abgesetzt, Victor Paz Präsident und Zuazo sein Vize. Die MNR versprach eine Landreform, Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle über die Bergwerke. Als sie aber in den Bergwerken unter dem Druck der USA Rationalisierungen einführen wollen, spaltete sich Zuazo ab und gründete die MNRI. Der neue Vizepräsident bei den Wahlen 1964 war der US-treue General Barrientos, der prompt Victor Paz stürzte und damit eine Serie von Militärdiktaturen einleitete. Victor Paz flüchtete ins Ausland und kehrte erst 1978 wieder, um bei den Wahlen zu kandidieren. Er erhielt mit seinem historischen Flügel der MNR 11% der Stimmen (nach offiziellen gefälschten Ergebnissen). 1979 bildete er das Bündnis ADRN, das von den USA unterstützt wird. Außer der MNR finden sich hier die PRA (Authentische Revolutionäre Partei) unter Walter Guevara Arce, einer rechten Abspaltung der MNR.
PDC (Christdemokraten) unter dem Vizepräsidentschaftskandidaten Luis Ossio. Diese Partei repräsentiert die Interessen der Bergbauindustrie, des städtischen industriellen Bürgertums, der Handelsbourgeoisie und besser gestellten Sektoren des Kleinbürgertums. Sie erhält Gelder aus der BRD und Venezuela.

PCB/ML (stalinistisch, Linie Hua Guofeng) war tragende Kraft im Linksbündnis FRI. Sie unterstützt dieses rechte Wahlbündnis, weil die moskauorientierte PCB der UDP angehört. Abgesehen davon liegt die USA-Nähe der MNR ganz auf dem außenpolitischen Kurs Chinas.
Unterstützt wird dieser massive rechte Wahlblock von jenen Teilen des Kleinbürgertums, die die Machtübernahme der UDP fürchten, von jenen rückständigen Teilen der Landarbeiter, die in Victor Paz noch immer den Mann sehen, der ihnen vor 25 Jahren die Landreform gebracht hat und von einem großen Teil der nationalen Bourgeoisie.
Die linken Parteien fanden sich zu einem bedeutenden Anteil in einem, am 13. April 1978 gegründeten oppositionellen Wahlbündnis, der FUDP (Front der Demokratischen Volksunion). Die beiden mächtigsten Pole dieser Wahlfront waren MNRI (unter dem bürgerlichen Siles Zuazo, der 1978 und 1979 Präsidentschaftskandidat war), eine Abspaltung der MNR und der MIR = Movimiento IzquierdaRevolucionario (die Anhängerschaft dieser nunmehr reformistischen Partei hat sich beinahe zur Gänze gewandelt. Sie rekrutiert sich vor allem aus kleinbürgerlicher Intelligenz und wurde vor allem nach der illegalen Periode im Banzer-Regime schnell mit Geldern von sozialdemokratischer Seite aufgepäppelt).
Weitere wichtige Organisationen in der FUDP waren: PS (1970 gegründete Sozialistische Partei) PCB (finanziell von Moskau abhängig) Bewegung Tupac Katar (MRTK/ eine Bauernorganisation – siehe weiter unten).
Vor den heurigen Wahlen gab es innerhalb der UDP (früher FUDP)einige Umschichtungen. Der Halbbruder Zuazos, Siles Salinas, wurde nach Streitigkeiten um die Führungsrolle ausgeschlossen und beteiligte sich mit seiner Organisation (OID) nicht als Präsidentschaftskandidat.
Teile der MRTK waren mit der Nominierung eines Vertreters der MIR als Vizepräsidentschaftskandidat nicht einverstanden und verließen das Wahlbündnis. Die Bewegung Tupaj Katari stützt sich auf Landarbeiter und arme Bauern, die in Bolivien bereits eine revolutionäre Tradition haben.
Eine ihr nahestehende Gruppierung (MITK = Indio Bewegung Tupaj Katari) wurde 1974/75 im Untergrund gegründet und vertritt die Interessen aller Indios – 70% der Bevölkerung – also auch jener, die keine armen Bauern sind. Sie versteht sich als nicht-marxistisch und fordert

- Agrarrevolution
- Sozialisierung der Großfabriken
- entschädigungslose Nationalisierung der Bodenschätze
- Aufhebung aller Formen rassischer Diskriminierung.

Bei den Wahlen trat sie getrennt von der MRTK, also außerhalb des UDP-Bündnisses auf.
Die PS1 (Sozialistische Partei) lehnt das Klassenbündnis in der UDP ab und kandidiert alleine. Sie hat vor allem in den Departments La Paz, Orure und Cochabamba Bedeutung und stützt sich auf einen Teil des Proletariats und der Landarbeiter, die die UDP ablehnen.
Ebenso außerhalb der UDP stehen neben der trotzkistischen POR diverse linke kleinere Gruppierungen. Leider fehlen uns Informationen, inwieweit die trotzkistische Organisation POR/Lora, die politisch abseits des ‚Vereinigten Sekretariats' steht, in den Wahlkampf eingegriffen hat. Es wird zu unseren nächsten Aufgaben gehören, Kontakte mit Genossen dieser Gruppe zu suchen und deren taktische Schritte in der vergangenen Periode zu analysieren (siehe auch ‚Spartacus' 40, 41/42).

Wahlergebnis

'Sieger' der Wahlen vom 1.Juli 1979 war die UDP-37,3%, gefolgt von den beiden stärksten Wahlfronten, der ADRN (Victor Paz Estensoro) – 29,3% und der rechtsradikalen ADN (Hugo Banzer) – 17,9%.
Darüberhinaus erhielten nach offiziellen Teilergebnissen
PS1 (M. Quirago S.) – 7,9%
APIN (R. Bernal E.) – 4,3%
MITKA (L. Tapea Qu.) – 1,6%
VO (J. Catoira) – 0,9% der Stimmen.
Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, sollte der Präsident vom Parlament gewählt werden. Hier war von vornherein mit einem Sieg der rechten Parteien zu rechnen, da diese aufgrund des Systems der Sitzvergabe gegenüber der UDP wesentlich begünstigt sind. So hatten die MNR, ADN und APIN gemeinsam eine Mehrheit von Abgeordneten, die den Prozentsatz der für sie abgegebenen Stimmen bei weitem übersteigt.
Die Nominierung Estensoros als Präsident schien gesichert.

Aber es kam anders.
Hugo Banzer und seine Partei enthielten sich bei den Abstimmungen meist ihrer Stimmen, Estensoro konnte die absolute Mehrheit im Parlament nicht erreichen. Aber er warnte: Sollte Zuazo (UDP) trotz allem zum Präsidenten gewählt werden, könne mit einem Staatsstreich der Rechten gerechnet werden. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiß: Der MNR-nahe Guevara Arce, eine eher blasse Gestalt auf der politischen Bühne Boliviens, trat am 8.August seine Amtsperiode als erster ziviler Präsident nach 15 Jahren Militärherrschaft an. Voraussichtliche Dauer seiner Regierung: nicht ganz ein Jahr. Am ersten Sonntag im Mai 1980 soll das Volk wieder zu den Wahlurnen gehen.
Mit dem Wahlkampf kann bereits begonnen werden...



Nicaragua nach Somoza

Die grausame Diktatur Somozas ist nicht mehr. Der letzte große revolutionäre Ansturm der nicaraguanischen Massen hat die Mörder-Clique innerhalb weniger Tage hinweggefegt.

Die politische und materielle Unterstützung – hauptsächlich durch die USA – hat Somoza und seinen Helfern nichts genützt. Gegenwärtig macht sich die bürgerliche Opposition bereit, ‚ihre Demokratie' durchzusetzen. Sie, welche hauptsächlich mit Phrasen gegen Somoza kämpfte und das Schwergewicht der Auseinandersetzungen den Massen überließ, beginnt nun mit einer Umverteilung der Somoza-Güter.

Das Pentagon, welches jahrzehntelang die Kreaturen in Managua gegen den Ansturm der Massen verteidigte, hat sich schon beizeiten den Einfluß auf dieser Seite gesichert und unternimmt nun alles, um die ‚rote Gefahr' abzuwenden.

Die neue Regierung übernimmt die Aufgabe, eine ‚stabile bürgerliche Demokratie' aufzubauen, vor deren Karren sie die Arbeiter und Bauern des Landes spannen will. Doch die gegenwärtige Ruhe um die Ereignisse in Nicaragua darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein derartiger Prozeß nicht ohne den Widerstand der Massen vor sich gehen wird. Und die Massen haben das letzte Wort noch nicht gesprochen!

Der Sturz Somozas

Das Ende der jahrzehntelangen Diktatur der Somozas war ab Juni 79 nur noch eine Frage von einigen Tagen. Der formelle „Rücktritt" Somozas wurde absehbar, nachdem die FSLN unmittelbar vor der Hauptstadt Managua stand und sämtliche anderen Städte sowie das gesamte Hinterland fest in ihrer Hand waren.

Parallel mit den militärischen Erfolgen der FSLN lief die internationale Isolierung Somozas. Der Trend der USA, sich von ihrem Vasallen abzuwenden, zeichnete sich durch die immer öfter stattfindenden Geheimverhandlungen mit der bürgerlichen Opposition in Nicaragua, sowie den schließlich doch erfolgten Waffenstop, schon längere Zeit ab. Die letzten seiner ehemaligen ‚Freunde', denen die ganze politische Situation ebenfalls bald zu heiß wurde, waren Israel und Argentinien. Sie stellten Mitte Juli ihre Waffenhilfe ein.

Am 17. Juli standen die Sandinisten 20km vor Managua und kontrollierten bereits sämtliche Zufahrtsstraßen. Das war dann der Augenblick, wo Somoza das gesamte Offizierskorps der Nationalgarde entließ, um diesen Verbrechern die Möglichkeit zur rechtzeitigen Flucht zu geben. Er selbst setzte sich nach Florida ab. Ihm politisches Asyl zu gewähren, war und ist momentan das einzige, was die „Schutzmacht" USA für ihn tun will; zu peinlich ist der einstige Günstling inzwischen für sie geworden.

Als allerletzten Ausweg, die Somoza-Diktatur direkt aufrechtzuerhalten, versuchten allerdings die USA, den ehemaligen Parlamentspräsidenten und Mitglied der Liberalen Partei Somozas, Urcuyo, als Zwischenpräsidenten fungieren zu lassen. Urcuyo sollte nach den Plänen der US-Regierung die Macht nach einiger Zeit einer „gemäßigten" Regierung übergeben. Dieser Plan ging aus zwei Gründen nicht auf:

Zum einen war es für die Massen Nicaraguas uner-

träglich, einen Schwager Somozas und Günstling der USA an der Macht zu sehen, zum anderen hatte Urcuyo keineswegs die Absicht, die Macht wieder abzugeben. Er wollte bis 1981, dem Ende der Legislaturperiode, im Amt bleiben.

Dochdem Druck der USA, die von der durch und durch unpopulären Figur Urcuyo schon nach einigen Stunden genug hatten, mußte er weichen. Die Auflösung der Nationalgarde, welche ja die einzige Stütze Urcuyos darstellte und deren Zerfallserscheinungen sich schon im Endstadium befanden, wie der Vormarsch der FSLN, der unbeirrbar weiterging, taten ein übriges. So konnte sich Urcuyo ganze 36 Stunden als „Übergangspräsident" fühlen, dann mußte er seine Rolle als Marionette der Marionette aufgeben und seinem Herrn Somoza ins Exil folgen. Ein paar Stunden später fiel als letzte Bastion der Nationalgarde auch Managua in die Hände der Sandinistas. Der Kampf war zu Ende.

Die Auswirkungen des Bürgerkrieges

Das Ausmaß der durch die militärischen Auseinandersetzungen entstandenen Schäden ist kaum zu beschreiben.

Das Somoza-Regime hat mehr als 40.000 Tote (2% der Gesamtbevölkerung) auf dem Gewissen; 100.000 Menschen (5% der Bevölkerung) wurden verwundet; 100.000 flüchteten ins Ausland. Es gibt keinen Menschen in Nicaragua, der nicht auf irgendeine negative Art mit dem Bürgerkrieg konfrontiert wurde.

Die materiellen Schäden werden für weitaus grösser geschätzt, als nach dem Erdbeben von 1972. (Damals entstanden Schäden um rund 800.000 Millionen Dollar, ca. 10.000 Tote waren zu beklagen.) Der größte Schaden entstand hauptsächlich an zivilen Objekten. Ganze proletarische Stadtviertel wurden dem Erdboden gleichgemacht. Der blutige Terror der Diktatur richtete sich fast ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung. Ohne Ausnahme wurden hauptsächlich Jugendliche ermordet, gefoltert, eingekerkert und verschleppt.

Die Perspektive des Regimes hatte sich in den letzten Monaten allein auf den militärischen Kampf verengt, welcher in seiner Ausschließlichkeit zum Scheitern verurteilt war. In einem letzten Aufbäumen gegen die drohende Niederlage wurden wahllos Menschen grauenhaft niedergemetzelt. Selbst vom politischen Standpunkt Somozas aus gesehen absolut sinnlos, weil sich dadurch seine Herrschaft nicht retten ließ.

Die Wunden, welche dem nicaraguanischen Volk von der Somoza-Bestie geschlagen wurden, werden noch lange brauchen, um zu verheilen.

Die neue Regierung

Die Ende Juni in Costa Rica gegründete „Provisorische Regierung" kam unmittelbar nach dem Sturz Somozas und Urcuyos nach Managua und konstituierte sich mittlerweile auch als „rechtmäßige Regierung Nicaraguas". Diese Regierung stellt keineswegs ein direktes Spiegelbild des tatsächlichen Kräfteverhältnisses dar. In ihr sind die bürgerlichen Kräfte des Landes auffallend überrepräsentiert.

An der Spitze der Regierung steht die fünfköpfige Junta, bestehend aus der Konservativen Violetta Barrios de Chamorro, der Witwe des im Januar 1978 ermordeten Joaquim Chamorro; Alfonso Robelo, Privatunternehmer und Repräsentant der FAO (breite bürgerliche Oppositionsfront); Sergio Ramirez Mercado, Schriftsteller, Mitglied der „Gruppe der 12" und Sozialdemokrat; Moises Hassan Morales, Mitglied der MPU (Bewegung Vereintes Volk) sowie Daniel Ortega, Leitungsmitglied der FSLN und Führer der Tercerista-Fraktion in der FSLN. Außenminister ist Pater Miguel D'Escoto; Innenminister ist Thomas Borge, Mitglied der FSLN und Führer der Fraktion GPP (Guerra Popular Prolungada, verlängerter Volkskrieg); Kulturminister wurde der Dichter Ernesto Cardenal. Das Finanz- (!) und das Industrieministerium (!) fielen an Vertreter der Bourgeoisie.

Diese Postenaufteilung steht symbolisch für die momentane politische Situation in Nicaragua. Das Finanz- und Industriewesen regelt die Bourgeoisie, Innenminister wird ein „gemäßigter" Sandinist.

Der Plan der USA und Vertretern der bürgerlichen Opposition, eine mögliche Erweiterung der Regierung um drei weitere Mitglieder – offene Kapitalvertreter – vorzunehmen, mußte aufgegeben werden. Jaime Chamorro, der Bruder des ermordeten Zeitungsverlegers, Julio Guitierrez, ehemaliger Somoza-Botschafter in Japan und Mariano Fiallos, der Rektor der Universität Managuas, waren im Gespräch. Dies würde jedoch zu einem noch größeren Überhang zugunsten der Bourgeoisie in der Regierung führen. Und dazu ist die Zeit im Moment noch ungünstig.

Keine der Parolen der Regierung geht über das bürgerliche Begriffsvermögen hinaus.

Ihr „Programm" sieht die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie nach Ablauf einer Übergangsphase vor. Nach dem Motto: „Blockfrei, unabhängig, demokratisch", schwebt einem Teil der Regierung ein Staatsgebilde nach dem Muster der BRD vor. Weiters stellt sich für die Bourgeoisie die Frage nach direkter militärischer Präsenz. Da sämtliche bewaffnete Einheiten Nicaraguas der FSLN unterstehen, sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, eigene militärische Organe zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde die Parole des Aufbaues einer nationalen Armee ausgegeben. Versprengte Reste der somozistischen Nationalgarde („welche sich keine Übergriffe gegen die Aufständischen erlaubten") sollen gesammelt werden und gemeinsam mit „verläßlichen" Milizen der Sandinistas den Kern dieser nationalen Armee bilden.

Die Forderung nach einer Agrarreform wird immer mehr verwässert und von Anfang an halbherzig interpretiert: „Nur Somoza-Güter sollen entschädigungslos enteignet werden". So wurde diese Losung immer mehr eingeschränkt und schließlich auch dahingehend relativiert, daß einzelne Güter und Plantagen so groß seien, daß „wir neue, kleine Somozas schaffen würden", (Jaime Wheelock, Minister für Bodenreform, nach ‚Süddeutsche Zeitung' vom 8. 8. 79) wenn sie unter Einzelbauern aufgeteilt würden.

„Was wir in Nicaragua brauchen, ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Wir werden nicht die kubanische Revolution nachahmen, wo der Boden in Kollektive aufgeteilt wurde, noch die bolivianische Erfahrung, wo jeder Bauer ein so kleines Stück Boden erhielt, daß es ihm schließlich schlechter ging als zuvor." (derselbe Jaime Wheelock)

Mit einem derartig dürftigen Linsengericht will

Die großartigen Kämpfe der nicaraguanischen Massen haben die Somoza-Diktatur hinweggefegt. Aber noch haben die Massen ihre Herrschaft nicht errichten können. Die Führung der Sandinistas betreiben eine Politik der Klassenkollaboration und versuchen eine ‚demokratische Etappe' durchzusetzen. Der Aufbau einer unabhängigen revolutionären Führung, die die Revolution weitertreibt zur Demokratie der Massen, d.h. zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, ist heute die Aufgabe der Stunde.





die Bourgeoisie die Massen abspeisen.

Sie hält Plädoyers für den „Nationalen Wiederaufbau" und meint doch nur, daß sie so schnell wie nur irgend möglich ihre Profitmaxime erreicht.

Sie spricht von Agrarreform und will doch nur die Somoza-Güter unter sich aufteilen.

Sie spricht vom Aufbau einer nationalen Armee und baut doch nur an einem neuen Unterdrükkungsapparat, mit dem sie die nicaraguanischen Arbeiter und Bauern erneut ins Joch zwingen will.

Und schließlich spricht sie von einem neuen „demokratischen" Staat und meint doch nur einen „Somozismus ohne Somoza".

Doch die Angst vor den Gewehr bei Fuß stehenden Massen ist groß. Gerade deren revolutionäre Unberechenbarkeit stellen den größten Risikofaktor für die nicaraguanischen Kapitalisten dar.

Die Weigerung sofortige freie Wahlen durchzuführen, welche natürlich nicht direkt ausgesprochen wird, zeigt nur zu deutlich, wie die Bourgeoisie das zur Zeit wahrscheinliche Ergebnis solcher Wahlen einschätzt und wie schwach sie im Moment noch ist, um sich ein derartiges Zu-



geständnis erlauben zu können. Mit dem Hinweis auf die Zerstörungen im Lande und der Forderung nach dem unverzüglich anzugehenden Wiederaufbau, sollen die Massen von der Machtübernahmeund der Errichtung ihrer Gesellschaftsordnung abgehalten werden.

Die Rolle der USA

Das Interesse der USA an Nicaragua ist fast ausschließlich beherrscht von seiner geopolitischen Lage als mögliche Route für einen Kanal mit weltwirtschaftlicher und militärischer, aber auch binnenwirtschaftlicher Bedeutung. Selbst nachdem sich die USA die Kanalzone durch Panama sichern konnten, blieb das Interesse an Nicaragua bestehen. Nun galt es die Kontrolle über das Land aufrechtzuerhal'en, um zu verhindern, daß eine andere Weltmacht diesen alternativen Seeweg unter Kontrolle bekam.

Lange Zeit übten die USA die militärische Kontrolle über Nicaragua selbst aus. Erst ab 1933 besorgte dies der Somoza-Clan mit Hilfe seiner Nationalgarde, welche von den USA ausgebildet und ausgerüstet wurde.

Diese Kontrolle seitens der USA dehnte sich aus den gleichen Gründen wie bei Nicaragua auf alle anderen Länder der mittelamerikanischen Zone aus. Jede soziale Bewegung in diesem Raum wird daher sofort als Bedrohung der Privilegien der USA erkannt und – wenn möglich – sofort vernichtet. 1954 wurde aus diesen Gründen die Regierung Arbenz (Guatemala) gestürzt. Als Basislager diente dem CIA, genauso wie 1961 bei dem Invasionsversuch in der Schweinebucht Kubas, Nicaragua.

Die permanente Unterdrückung aller sozialen Bewegungen – und sei es auch nur der schüchternste Reformversuch – führtein den meisten dieser Länder immer wieder zur Verschärfung der sozialenAufstände, welche wiederum mit noch schärferem Terror seitens der Diktaturen beantwortet wurde.

In den sechziger Jahren wurde der „Zentralamerikanische Verteidigungsrat" (CONCEDA) geschaffen, welcher ein gegenseitiges Schutzbündnis der zentralamerikanischen Diktaturen gegen Aufstände darstellte. In diesem Kreis nahm Somoza – als dienstältester Diktator – eine Spitzenstellung ein. Als Lohn für diese subregionale Gendarmen- und Henkerrolle duldeten die USA die rücksichtslose, abseits aller rationalen Marktbeziehungen stehende, Raffgier der Somozas.

„Somoza ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn". (Th. Roosevelt) Niemals ließen die USA auch nur die geringste demokratische Regung aufkommen. Denn jedes kleinste Zugeständnis politischer Art hatte sofort einen Aufschwung der Massenaktivitäten zur Folge. In einem derartigen Klima der politischen Unterdrückung war auch kein Platz für die Entwicklung einer bourgeoisen Opposition, welche erst in den letzten Monaten entstehen konnte.

So haben die USA mitgeholfen, die Entstehung bürgerlicher Alternativen zu verhindern, Alternativen, nach denen sie gerade heute so krampfhaft suchen.

Trotz dieser Umstände ist eine direkte militärische Intervention der USA, wie 1965 in Santo Domingo, eher unwahrscheinlich. Einerseits hat der Amtsantritt der Carter-Administration viele neue Akzente in der Lateinamerika-Politik des Pentagon gesetzt, die zwar inhaltlich gleich blieben, aber doch zu einer Veränderung des Stils und der Verfahren führten. Seit Carters Amtsantritt schwimmt Washington auf der 'Menschenrechtswelle'. Dieses neue Image dient lediglich als Oberflächenkosmetik und ändert keineswegs Grundlegendes an der Herangehensweise gegenüber diktatorischen Regimes. So wird von Zeit zu Zeit in den verschiedenen Diktaturen die Menschenrechtspraxis eingemahnt, freilich ohne irgendwelche Konsequenzen.

Andererseits haben die US-Politiker zweifellos aus dem Kuba-Debakel von 1961 gelernt und versuchen nun Einiges, um die Wiederholung eines derartigen Fehlgriffs und der politischen Konsequenz zu vermeiden.

Im Falle Nicaraguas wurde zwar Somoza lange gehalten; nebenbei jedoch sicherten sich die USA soviel Einflußnahmen wie nur möglich. Von derbürgerlichenOpposition bis hin zu Kontakten innerhalb der FSLN. Als Hebel für eine derartige Einmischung in die politische Entwicklung Nicaraguas dient den USA der internationale Lakaienstab der „Sozialistischen Internationale", sowie jene Strömungen innerhalb der oppositionellen Bewegung, die der einheimischen Bourgeoisie in die Hände arbeiten.

Ohne Zweifel rechnendie Carter-Clique und die internationale Bourgeoisie in verstärktem Ausmaß mit der Hilfe der reformistischen Parteien wie PSN (KP Nicaraguas); aber auch die FSLN wird zunehmend in das Kalkül der bürgerlichen Systemstabilisierung miteinbezogen.

KP und SP – Keine Alternative

Die Entwicklung nach dem Sturz der Somoza-Bande zeigt eindeutig auf, daß es gegenwärtig keine politische Gruppierung gibt welche ein wirklich revolutionäres Programm ihr eigen nennt und den Bedürfnissen und Hoffnungen der Massen eine revolutionäre Perspektive weisen kann (allerdings gibt es eine Gruppe, die dem 'Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale' angehört, über deren Einfluß aber an dieser Stelle nichts ausgesagt werden kann). Gerade jetzt, nach dem Sturz Somozas und der dadurch entstandenen Machtlücke, wäre eine derartige Partei von allergrößter Wichtigkeit. Der Mobilisierungsgrad der Massen hat ein unvorstellbar hohes Niveau erreicht. Es gibt praktisch keinen Proletarier oder Bauern, der nicht auf irgendeine Weise in die Kämpfe integriert war. Die Komitees erhalten nach wie vor größten Zulauf. Die nicaraguanischen Massen sind bereit, ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, antikapitalistische und antiimperialistische Maßnahmen zu setzen und den Weg in Richtung Sozialismus zu marschieren.

Tradition verpflichtet offenbar

An den Kämpfen in Nicaragua beteiligte sich auch eine aus 60 Genossen bestehende Brigade „Simon Bolivar", die aus Mitgliedern der kolumbianischen PST (einer Organisation, die dem 'Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale' nahesteht) bestand.

Dieser großartige Akt der praktischen internationalen Solidarität wurde Mitte August auf scheinbar unerklärliche Weise gestört, denn die Genossen wurden aus Nicaragua ausgewiesen. Wie den über diesen Vorfall spärlich vorhandenen Meldungen zu entnehmen ist, hatte sich die Gruppe geweigert, die politische Führung der FSLN anzuerkennen. Die Aussage des Landwirtschaftsministers Jaime Wheelock gegen „Trotzkisten und alle, die die Entwicklung des Regimes in Nicaragua beschleunigen wollen" zeigt auch genau in die Richtung, daß die Genossen der PST auf die volle und sofortigeMachtübernahme des Proletariats und der armen Bauern drängten und damit natürlich in einen Konflikt mit der Etappen-Theorie der FSLN kamen – die Weigerung, sich der politischen Führung der FSLN unterzuordnen, also eine völlig richtige Maßnahme war!

Der 'was tun' vom 6.September entnehmen wir eine Erklärung des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale', die wahrlich frech und ungeheuerlich ist. Mandel und Genossen nehmen nämlich eindeutig Stellung... für die FSLN (erklären sich natürlich auch bereit, mit den kolumbianischen Genossen zu diskutieren...)

Man meint, einen Satz aus der reformistischen Giftküche zu lesen, wenn es in dieser Erklärung etwa heißt: „Der Versuch einer Gruppe ausländischer Genossen, sich an die Stelle der im revolutionären Kampf gegen Somoza entstandenen Führung zu setzen, hat nichts zu tun mit der Position der IV. Internationale und der trotzkistischen Weltbewegung."

Wie bitte? Revolutionäre müssen die im Kampf entstandene Führung anerkennen, selbst wenn deren politische Perspektiven Ausdruck der tiefen Illusionen der Massen sind, Ausdruck des Fehlens einer revolutionären Tradition?
Hätten sich Revolutionäre in Vietnam der FNL politisch unterordnen müssen, in China der Partei Maos und in Kuba der Castro-Bewegung?

Die Praxis der „trotzkistischen Weltbewegung" (größenwahnsinnig bezeichnet sich das 'Vereinigte Sekretariat' selbst so) läßt befürchten, daß die Führung dieser Organisation diese Fragen bejahend beantwortet. Hatte sie sich doch de facto in Indochina, China und Kuba der „entstandenen Führung" politisch untergeordnet, indem sie ihr die Aufgabe des Wegbereiters der Permanenten Revolution zuwies, und offensichtlich nicht klüger geworden ist.

Es ist eine Sache, den großartigen Kampf der Massen zu unterstützen, die alle Opfer auf sich nehmen, um eine menschenwürdige Existenz zu erreichen. Es ist aber eine völlig andere Sache, sich politisch Führungen unterzuordnen, deren Politik in keiner Weise geeignet ist, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen!
Im Gegenteil! Wir glauben, daß es gerade die Solidarität mit den Massen erfordert, politisch unabhängig von den „entstandenen Führungen" zu agieren.
Aber das 'Vereinigte Sekretariat' hat eben eine bestimmte Tradition. Und die verpflichtet!

Die *PSN mit ihrem* starken Einfluß in der CGT (Zentralgewerkschaft) und im unorganisierten Proletariat war selbst während der Kämpfe eifrig bemüht, ihre Anhänger aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten und den Rahmen des Bündnisses mit der bürgerlichen Opposition nicht zu verlassen. Erst nach und nach sah sie sich gezwungen ihre Ablehnung des bewaffneten Kampfes zu revidieren, zu einem Zeitpunkt allerdings, wo die Sandinisten verstärkt Zulauf erhielten und die PSN fürchten mußte, Teile ihrer Anhängerschaft an sie zu verlieren. Trotzdem bietet sich die PSN auch weiterhin als Ordnungsfaktor für die Bourgeoisie an. Sie hält auch weiterhin an ihrem Bündnis mit den Kapitalisten in der FPN (Nationale Patriotische Front) fest.

Als direkter Büttel des US-Imperialismus fungiert – wie schon erwähnt – die internationale Sozialdemokratie. Besonders das westdeutsche „Modell" soll nach ihren Wünschen (und denen der USA) auf Nicaragua übertragen werden. Von Soarez (SP-Portugal) bis zu den direkten Kontakten der SPD (Üllmann) in die FSLN hinein: sie alle werben für „demokratische, blockfreie und unabhängige" Ausbeutung und Unterdrükkung der nicaraguanischen Massen.

Die FSLN – politisch in der Sackgasse

Die FSLN stellt heute ohne Frage den stärksten politischen und (vor allem) militärischen Pol innerhalb der antisomozistischen Front dar. Die militärischen Aktionen gegen die Somoza-Banden wurden fast zur Gänze von ihr getragen.

Schon während des Bürgerkrieges erhielt die FSLN permanenten Zulauf an Kämpfern; praktisch die gesamte unterdrückte Bevölkerung Nicaraguas symphatisierte mit ihr und unterstützte ihre Aktionen. Durch den schließlichen Sieg über die Somoza-Clique konnte die FSLN einen weiteren Prestigegewinn bei den revolutionären Massen verbuchen.

Doch gerade in der jetzigen Phase, wo die Bourgeoisie zu schwach ist, um – ihren Wünschen entsprechend – die Macht zu übernehmen, wo also ein absolutes Machtvakuum besteht, zeigt sich die programmatische und somit politische Unfähigkeit der FSLN, den Massen die einzig richtige Perspektive, den Marsch in Richtung direkter, alleiniger Machtausübung zu weisen.

Die programmatischen Aussagen der FSLN und ihre praktischen Konsequenzen (Bündnispolitik mit bürgerlichen Kräften) grenzen schon an Verrat an der Sache der Arbeiter und Bauern im Lande.

So vertritt sie (entsprechend der bürgerlichen Forderung nach nationalem Wiederaufbau) eine Zwei-Phasen-Theorie.

„Nach dem Sturz der Diktatur soll eine Phase kommen, die wir national-demokratisch nennen. Darunter verstehen wir, daß eine Regierung von der FPN gestellt wird, die wir unterstützen. Das Maßnahmenpaket, daß die FPN vorschlägt, deckt sich weitgehend mit unseren Vorstellungen." (Interview mit Sandinisten-Sprecher Enrique Schmitt, aus: ‚Bresche' vom 9. 7. 79)

Dieses Maßnahmenpaket beinhaltet u. a., wie schon weiter oben erwähnt, die bürgerlich interpretierten Forderungen nach nationalem Wiederaufbau und Aufstellung von Armee- und Polizeieinheiten. („Wir wollen eine Polizei, wie sie überall auf der Welt existiert", Thomas Borge, Innenminister der „Übergangsregierung")

In einer weiteren sehr wichtigen und unter Umständen entscheidenden Frage unterwirft sich die FSLN ebenfalls den Interessen der Nationalbourgeoisie.

Die Forderung nach sofortigen freien und geheimen Wahlen stellt einen wesentlichen Punkt in der momentanen politischen Situation des Landes dar. Die Verwirklichung dieser – an sich bürgerlich/demokratischen Forderung – würde den realen Machtbedürfnissen und Vorstellungen der Massen einen großen Schritt entgegenkommen. Kombiniert mit der Forderung nach Herabsetzung des Wahlalters – eine extrem wichtige Forderung, da das Gros der Revolutionäre Jugendliche sind – würde sofort das tatsächliche Kräfteverhältnis aufgezeigt werden. Das Proletariat und die Bauern würden noch mehr ermutigt werden die Macht zu übernehmen um endlich den eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Politische Gruppierungen in Nicaragua

Union Democratico de Liberacion (UDEL, Demokratische Freiheitsunion)
Dynamischer Teil der Bourgeoisie, schloß sich 1974 auf Initiative von Pedro Joaquin Chamorro zusammen und trat für den Boykott der Präsidentschaftswahlen 1974 ein.
Anerbot sich den USA als bürgerliche Alternative zu Somoza, rief nach der Ermordung Chamorros im Februar 1978 den Generalstreik aus. UDEL wollte eine Ablösung der Somozas, ohne allerdings die notwendigen sozialen Reformen zum Programm erhoben zu haben.

Movimiento Democratico Nicaraguense (MDN, Bewegung Demokratisches Nicaragua)
Zusammenschluß rechtsbürgerlicher Industrieller unter Alfonso Robelo, blieb als einzige Gruppierung der FAO und befürwortet heute eine Lösung mit der Armee. Im März 1979 verschiedentlich Gerüchte um Staatsstreich mit Unterstützung der USA.

Frente Amplio de Oposicion (FAO, Breite Oppositionsfront)
Zusammenschluß rechtsbürgerlicher Industrieller Opposition im Frühling 78. Umfaßte die Mitglieder der UDEL, die MDN, „Die Zwölf" und weitere Gruppierungen. Radikaleres Programm als die UDEL, Demokratisierung des politischen Lebens, Garantie der Menschenrechte, die Verwendung der Güter Somozas blieb ausgeklammert, keine wirtschaftlichen Reformen.

„Los Doce" (12, die Zwölf)
Gruppierung von Intellektuellen, Priestern, Anwälten, Unternehmern, die im Oktober 77 Somoza zum Rücktritt aufforderten und sich als Übergangsregierung zur Verfügung stellten. Mußten exilieren und kehrten im Juli 1978 vom Volk umjubelt nach Nicaragua zurück, enge Beziehungen zur 3. Fraktion der Sandinisten, traten nach dem Scheitern der Verhandlungen FAO-Somoza aus der breiten Oppositionsfront aus und gingen wieder ins Exil. Treibende Kraft zur Bildung der Nationalen Patriotischen Front.

Movimiento Pueblo Unido (MPU, Bewegung Vereintes Volk)
Entstand im Frühling 1978 und umfaßt rund 20 fortschrittliche Jugend-, Frauen- und Studentenorganisationen, Gewerkschaften und Linksparteien. Ihr Programm beinhaltet die Enteignung der Güter Somozas, die Verstaatlichung der Großindustrien und der wichtigsten Verkehrsträger, Agrarreform, nationale Armee.

Frente Patriotico Nacional (FPN; Nationale Patriotische Front)
Ende Januar 1979 gegründet. Mitglieder sind die MPU, PSC, PLI, Los Doce, CTN, die Radiojournalisten etc. Die MPU besitzt in der FPN immer soviele Stimmen wie die anderen Mitglieder zusammen.
Ihr Programm sieht nationale Unabhängigkeit, wirksame Demokratie, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt vor. Insbesondere Bildung einer patriotisch orientierten Armee, Enteignung der Somoza-Familie, Agrarreform, Verstaatlichungen, neue Arbeitsgesetze, Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse, obligatorischer und kostenloser Schulunterricht.

Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSNL, Sandinistische Befreiungsbewegung)
1960 gegründete Befreiungsbewegung, militärischer Gegner der Nationalgarde, ideologische Differenzen zwischen 1975 und 1977.

GPP (Guerra Popular Prolungada, verlängerter Volkskrieg) wollen die Nationalgarde in die Berge locken und auf ihrem Gebiet mürbe machen, traditionelle Guerillataktik.

TP (Tendencia Proletaria, Proletarier) wollen mit der Bevölkerung zusammenarbeiten, Organisation der Massen in den Städten.

TT (Terceristas - Tendencia Insureccional, 3. Fraktion, Aufständische) war verantwortlich für die Angriffe gegen Somoza im Oktober 1977 und August 1978, militärisch aktivste Gruppe der Sandinisten.
Das Programm der Sandinisten gleicht jenem der MPU und FPN und sieht u.a. vor, den Besitz der Somozas zurückzugewinnen, eine Agrarreform durchzuführen und die Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt zu verbessern.

aus: „Correos de Nicaragua", Informationsblatt des Nicaragua-Solidaritätskomitees

Statt eine derartige Stoßrichtung anzugeben, überlassen die Sandinisten der bürgerlichen Übergangsregierung die Entscheidung über diese immens wichtigen Punkte.

„Diese Übergangsregierung wird auch – man kann noch nicht sagen wann – freie Wahlen durchführen, in denen unsere Organisation gemeinsam mit dem MPU (Bewegung Vereintes Volk) auftreten wird. Und wir sind auch sicher, wer diese Wahlen gewinnen wird. Deshalb wollen ja die bürgerlichen Kräfte keine freien Wahlen." (Enrique Schmitt, ebenda)

Diese Einschätzung geht völlig an der Realität vorbei.

Die Bourgeoisie will *jetzt* keine freien Wahlen (und die FSLN unterstützt sie in diesen Bestrebungen). Aber es ist durchaus denkbar, daß in einer Phase wo sich die Bourgeoisie politisch und militärisch gestärkt hat – nicht ohne vorher das Proletariat und die Bauern als politisch relevanten Faktor (egal wie) auszuschalten – Wahlen, als nachträgliche „demokratische" Legalisierung ihrer Machtausübung einberuft.

Gegen jedwede Bündnispolitik mit der Nationalbourgeoisie!

Die Bündnisse der FSLN, der PSN und anderer Organisationen der Ausgebeuteten, sind ein gefährlicher Hemmschuh für die weitere Entwicklung in Richtung einer sozialistischen Alternative. Gerade die Unterordnung unter das Bürgertum kann der Revolution schon morgen den Kopf kosten.



Nach den Angriffen der Tory-Regierung auf die Arbeiterklasse:

England an einer Wende?

Die Labour-Regierung Callaghans war trotz ihrer erprobten engen Verflechtung mit der Gewerkschaftsbürokratie nicht in der Lage gewesen, dem Druck der Arbeiterklasse konsequent Widerstand zu leisten und die geplante 5%-Lohnleitlinie so wie die geplanten Austeritätsmaßnahmen mit allen Mitteln durchzusetzen. Dazu hätte es offener Angriffe auf die Rechte der Gewerkschaften bedurft, wie sie zur Zeit von Seiten der Tory-Regierung massiv vorgebracht werden und von Labour gerade wegen jener engen Beziehung zu den und Abhängigkeit von den Gewerkschaften nicht durchführbar waren.

Die vorgelegten Arbeitspapiere Thatchers zur „Reform" des Gewerkschaftsrechtes beinhalten eine klare Offensive auf das bisher unangetastete Recht der Arbeiter, auch jene Betriebe zu bestreiken, die an einem Tarifkonflikt unbeteiligt sind. Die sogenannten ‚flying pickets', eine bedeutende Waffe der Arbeiter, einen Streik auch gewinnen zu können, sollen ungesetzlich werden. Die ‚closed-shop'-Regelung, die bisher eine Zwangsmitgliedschaft in der Gewerkschaft – außer im Falle religlöser Einwände – gesetzlich abdeckte, soll fallen, d.h. es soll in Zukunft jeder Grund für eine Beitrittsverweigerung volle Geltung bekommen. Auch das Recht der Gewerkschaften, Mitglieder aufzunehmen oder auszuschließen,soll verschwinden,und im Konfliktfall werden bürgerliche Gerichte Entscheidungen fällen können.

Massenversammlungen am Arbeitsplatz, die über Tarifkonflikte abstimmen, werden – so wollen es die Torys – in Zukunft durch eine Briefwahl ersetzt, wobei die Regierung ‚großzügig' das Geld für solche Abstimmungen zur Verfügung stellen will.

Ausgestattet mit diesen und einer Reihe anderer Gesetze wird es, nach dem Willen der Konservativen, ein leichtes sein, unprofitable Betriebe zu schließen, selbst wenn dadurch hunderttausende arbeitslos werden. Diese Gesundschrumpfung soll der englischen Wirtschaft die notwendigen privatinitiativen Impulse geben, die notwendig seien, um einen neuen industriellen Zyklus einzuleiten.

DER STURZ DES MAYNARD KEYNES:

Das erste Tory-Budget, das am 10.Juni öffentlich präsentiert wurde, war ein Budget für die Reichen und das gehobene Kleinbürgertum.
Die Kürzung der Einkommenssteuer, das Wahlzuckerl der Konservativen, brachte den Managern großer Firmen bis zu 300 Pfund Sterling Erhöhung ihrer Bezüge pro Woche.Richter,hohe Beamte und Offiziere bekommen 100 Pfund Sterling zusätzlich zu den vor kurzem erfolgten Gehaltserhöhungen.
Während alle anderen öffentlichen Ausgaben gekürzt werden, bekamen die Streitkräfte zusätzliche 100 Millionen Pfund Sterling zugesprochen. Für die Arbeiter und kleinen Angestellten wird die 15% Mehrwertsteuer-Erhöhung die Senkung der Einkommenssteuer voll aufsaugen. Die hinzukommende Erhöhung des Zinsfußes und der Brennstoffpreise wird eine neue Welle von Preiserhöhungen auslösen, die bei den unteren Einkommensstufen durch nichts abgedeckt wird.
Die Schließung von Schulen, Kindergärten, Spitälern und Altersheimen, die Erhöhung von Rezeptgebühren und den Preisen für Medikamente sowie die Senkung von Alterspensionen werden vor allem die Ärmsten treffen, die völlig von den Wohlfahrtseinrichtungen des Staates abhängig sind.
Wie gesagt, ein Budget für die Reichen, das nach Aussagen des Finanzministers eine Arbeitslosenziffer von 2 Millionen bei einer Inflationsrate von 20% erzeugen wird.
Ein Schulbeispiel für den neuen Trend der Wirtschaftsexperten, die von der traditionellen, keynesianischen Praxis abgehen wollen, deren Kernaussage es war, mehr Staatsausgaben zu machen, als der Staat tatsächlich an Geld einnimmt, um bis dahin passive Ressourcen zu aktivieren, die dann ihrerseits der Wirtschaft neue Impulse geben würden, wodurch dem Staat jene Gelder zugeführt würden,die er für das Abzahlen der Schulden benötigt; damit verbunden war notwendigerweise eine relativ rasche Vermehrung der Geldzufuhr, da die Deckung der Staatsschulden die normale nationale Geldzirkulation nicht behindern durfte. Daraus resultierte, nach Meinung amerikanischer Wirtschaftsforscher, eine Konsumstimmung, die die Bereitschaft, langfristige Geldanlagen zu tätigen, behinderte. Die Nachfrage ist hoch geblieben, während die Kapazitäten der amerikanischen Wirtschaft,den Anforderungen der Nachfrage nachzukommen,immer geringer wurden.
Zu viel Geld stand zu wenigen Gütern gegenüber – also ein klassischer Fall von Inflation. Die Lösungsversuche, die heute zur Linderung dieser Inflation vorgebracht werden, erinnern an die uralte „Selbstgenesung des Marktes", die durch zuviel Staatsintervention verhindert würde. Man spricht von langfristigen Steueranreizen, da zu hohe Steuern nach Meinung namhafter Ökonomen nicht unbedingt mehr Staatseinnahmen einbrächten,da hohe Steuern jedermann entmutigen mehr zu arbeiten oder mehr zu investieren, wenn der Staat letztendlich die zusätzlichen Einkünfte total abschöpft. Somit soll die neue Steuerpolitik längere Arbeitszeiten und größere Investitionen – national gesehen also mehr Einkünfte für den Staat – bringen.
Die Kürzung der Staatsausgaben,speziell der Sozialleistungen, das Einfrieren der Löhne und das Reprivatisieren großer Teile der Verstaatlichten Industrie werden, so planen es die konservativen Ökonomen, mehr Geld für private profitträchtige und arbeitsintensive Betriebe freimachen.
Erst in diesem Zusammenhang wird verständlich, warum Thatchers Regierung plant, ein Drittel der nationalisierten British North Sea Oil Company zu reprivatisieren, Staatsaktien der British-Airways zum Verkauf anzubieten und jene Betriebe, die nicht von selbst aus den roten Zahlen kommen können, nicht mehr wie bisher zu subventionieren, sondern dem Bankrott preiszugeben, ohne Rücksicht auf den Verlust von Arbeitsplätzen.
So groß die Illusionen in den neuen stählernen Besen, der zur Zeit über England fegt, selbst bei privilegierten Schichten der Arbeiterklasse sein mögen, die internationale Rezession wird und kann nicht durch irgendwelche nationalen Korrekturen aufgehoben werden:
Was die Löhne betrifft, so hat sich der Fall der Profitrate in allen Ländern, egal wie schwach oder stark die Arbeiterbewegung war, d.h. unabhängig davon,ob sich der Grad der Ausbeutung verschärft oder verringert hat, voll durchgesetzt. Gerade die USA, wo sich die Reallöhne seit 10 Jahren nicht verändert haben, ist dafür ein treffendes Beispiel. Auch die Kürzung der Staatsausgaben muß nicht, wie man leicht verstehen wird, in größere Profite münden, da die verringerte Nachfrage an Gütern eine Welle von Konsumverringerung auslösen muß, die die Wirtschaft von anderer Seite aus dem labilen Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bringen wird. Die Zinsfußerhöhung,die der Inflation den Kampf ansagen soll, da auf diese Weise der Konsum verringert werden kann, wird andererseits verhindern, daß Kapitalisten in zunehmendem Maße ihr Geld in der produktiven Industrie anlegen, wenn hohe Zinsen sie dazu verleiten,ihr Geld in der Bank vermehren zu lassen. Diejenigen aber,die bereit sind,ihr Kapital in der Industrie anzulegen, jedoch nicht über genug Bargeld verfügen, werden durch die hohen Zinsregelungen nur erschwert Kredite aufnehmen können.
Das Dilemma, auf der einen Seite verhindern zu wollen, daß die Inflation die nationale Währung ruiniert, auf der anderen Seite aber Industrieinvestitionen fördern zu wollen, bleibt in demselben Maße unlösbar wie das Problem, die Inflation (entstanden durch erhöhte Staatsausgaben) durch Deflation zu lösen, die ein Sinken von Nachfrage und Arbeitslosigkeit, d.h. Stagnieren der Wirtschaft,bedeutet.



Die wahren Ursachen der kapitalistischen Krise werden durch keine der erwähnten Maßnahmen in irgendeiner Weise berührt, selbst wenn durch Intervention des Staates es besser gelingen mag,die Konjunkturkrisen nicht so tief und anhaltend wie in den Dreissiger-Jahren wirken zu lassen.
Gerade diese Wirtschaftskosmetik verhindert den ‚reinigenden' Effekt der Zwischenkrisen, sodaß die aufgestauten ökonomischen Widersprüche zu einem späteren Zeitpunkt umso katastrophaler durchbrechen müssen.
Der übertriebene Optimismus bürgerlicher Wirtschaftsexperten in den 50iger und 60iger Jahren macht nun einem Katzenjammer Platz, der der deprimierenden Selbsterkenntnis entstammt, daß man über die Wirtschaftsentwicklung im Grunde sehr wenig aussagen kann und sie vor allem nicht langfristig staatlich lenken kann. „Der Markt muß

seine Gesetze selbst bestimmen", „Die Währungen müßen floaten können,bis sie ihren wahren Marktwert erreicht haben[7]– das sind die Forderungen bestimmender US-Experten, die zurückgekehrt sind zu einer modifzierten Theorie des laisser-faire.



Die linke Labour-Fraktion (links Tony Benn) verstand es bis jetzt immer, die Hoffnungen und Wünsche der Arbeiterklasse an die Labour-Party zu binden und damit zu verhindern, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse ßber diese Partei hinausgingen und revolutionäre Dimensionen erreichten. Callaghan und Benn sind nur zwei Seiten des Reformismus, dennoch ist es die Aufgabe der Revolutionäre, vor allem die linken in der Labour-Party mit den Erwartungen der Arbeiterklasse zu betreiben und zu erreichen, daß sich die britischen Arbeiter über die Perspektivlosigkeit der linken Labour-Fraktion im Klaren werden

WO'S NICHT VIEL KOSTET,WIRD DIE LABOUR-LINKE RADIKAL

Die Mehrheit der Engländer hat im Mai 79 der Politik der Labour-Regierung eine klare Absage erteilt. Die Mehrheit der Arbeiterklasse jedoch kam dem Ruf „Labour gegen Tory, das ist Klasse gegen Klasse!" nach und wählte, wenn auch nicht überschwenglich, Labour.

5 Jahre Callaghan (von vielen als „besserer Heath oder Thatcher" verhöhnt) haben nicht ausgereicht, um relevante Teile des englischen Proletariats davon abzuhalten, Labour noch einmal ihre Unterstützung zu geben. Dabei war fraglos ausschlaggebend, daß Callaghan und seine rechte Fraktion zwar von vielen als „Verräter" an den Interessen der Arbeiterklasse durchaus begriffen, die Labour-Linke aber (um Tony Benn und die Zeitung ‚Tribune') als hoffnungsvolle Alternative verstanden wurde. Diese hatte sich auch unmittelbar nach der Wahlniederlage lauthals zu Wort gemeldet; nach einem Entscheid im Parteivorstand, in den Benn mit steigender Mehrheit gewählt wird, soll der Jahreskonferenz 1979 der Beschluß vorgelegt werden, daß der Parteiführer in Zukunft nicht von der Parlamentsfraktion, sondern von der Jahreskonferenz gewählt wird. Auch soll in Zukunft das jeweilige Wahlmanifest nicht von der Parlamentsfraktion mit Konsualtation des Vorstandes ausgearbeitet werden,sondern vom Vorstand, der die Fraktion konsultiert (vom 1. bis 5. Oktober wird darüber auf der Jahreskonferenz in Brighton abgestimmt werden).

So laut sich diese Opposition auch gebärden mag, die letzte Regierung war von der Labour-Linken bei der Durchsetzung ihrer antiproletarischen Politik voll unterstützt worden,und diese wird auch in Brighton nicht befürchten müssen, von der Gewerkschaftsbürokratie gezwungen zu werden, volle Führungsverantwortung zu übernehmen.

Die linke Labour-Fraktion versuchte nach den Wahlen, Callaghan und seiner Parlamentsfraktion die Verantwortung für die reaktionäre Entwicklung in England anzulasten und die Illusion zu verstärken,.daß eine Mehrheit für die Labour-Linke einen Tory-Sieg hätte verhindern können. Gerade hierin liegt eine gefährliche Stärke der englischen Sozialdemokratie, die traditionell immer auf eine linke Fraktion zurückgreifen konnte, die sich ihrerseits im gewerkschaftlichen Bereich mehr und mehr auf die zahlenmäßig kleine, gewerkschaftlich aber sehr einflußreiche KP stützen kann.

Eine unabhängige Shop-Steward-Bewegung gibt es heute in England nicht, die Gewerkschaftsbewegung ist nach wie vor unter der totalen Hegemonie der Reformisten. Der solidarische, äusserst militante Gewerkschaftskampf hat zwar die letzten zwei Regierungen stürzen, hingegen keine Voraussetzungen schaffen können, das Klassenverhältnis in Großbritannien zugunsten des Proletariats zu verändern. Jede Regierung konnte klaglos dort fortfahren, wo die vorherige gescheitert war, ohne dem Proletariat wesentliche Zugeständnisse machen zu müssen. Der Sturz der Labour-Regierung, eine Folge der massiven Streikbewegung seit dem Anfang des Jahres 79, hatte trotz der hohen Militanz keine Stärkung der Arbeiterklasse gebracht. Es wurde eine Tory-Periode eingeleitet, die in ihrer antigewerkschaftlichen Politik auf die volle Unterstützung der Callaghan-Fraktion rechnen kann. Noch im Juni dieses Jahres riefen Callaghan und Denis Healey die Arbeiter dazu auf, keine Streikaktionen gegen die Tory-Regierung zu unternehmen, da dies angeblich einen Verstoß gegen das Mandat der Wählermehrheit, also gegen die ‚Demokratie' bedeuten würde. Healey dazu: „Nichts würde der Thatcher-Regierung lieber sein, als einen Beweis dafür zu bekommen, wie richtig ihre Maßnahmen gegen die Gewerkschaften seien." Im Klartext heißt dies, daß die Arbeiter ihre demokratischen Rechte, z.B. zu streiken und Posten zu stellen, nicht in Anspruch nehmen sollen, um nicht Gefahr zu laufen, diese Rechte, die ihnen gesetzlich zugesichert sind, zu verlieren. Einmal gewählt, muß man nach Callaghans Logik jede Maßnahme, auch die der Freiheitsberaubung ruhig hinnehmen, weil dies der ‚Wählerwille' so bestimmt, weil dies demokratisch ist...

Was von der Labour-Führung befürchtet wird, ist ein zunehmender Druck von der Basis auf die Gewerkschaftsbürokratie, der vermittelt auch auf die Labour-Party wirken muß, die in der Opposition nicht mit derselben Widerstandskraft der Gewerkschaftsbürokratie rechnen kann, wie zu Regierungszeiten. Das Argument, nicht zu hohe Forderungen an die Regierung zu stellen, damit die Tories nicht an die Macht kämen, sticht heute nicht mehr.

Labour in Opposition bedeutet Erosion in ihren Führungsreihen, verstärkte Fraktionierung der linken und der rechten Kräfte, vermehrter Druck auf die Labour-Linke, die sich als Alternative profilieren muß, um der Labour-Rechten entsprechende Rückendeckung geben zu können.

MEHR DEMOKRATIE IN DIE LABOUR-PARTY!

Darum geht es auch in der viel beachteten Demokratiediskussion innerhalb der Labour-Party, in der entschieden werden soll, ob die Partei wie bisher ein stabiles Instrument der bürgerlichen Herrschaft bleiben wird,oder ob sie mehr als bisher dem direkten Druck der Arbeiterklasse ausgesetzt werden soll. Benn und Heffer sehen im Abbau von zu viel Macht in den Händen des Premiers und der Parlamentsfraktion die Rettung der Partei, die ihrer Meinung nach zu wenig von der Basis aus bestimmt wird (In der Labour-Party gibt es nicht die Trennung von Fraktionsführung, Parteivorsitz und Regierungsführung – der Fraktionschef wird von der Parlamentsfraktion in sein Amt gewählt und wird damit zugleich Führer der Partei und im Falle eines Wahlsieges Premier). Aus diesem Grund fordert Benn die Wahl des Kabinetts nicht wie bisher durch den Premier, sondern durch die Abgeordneten. Ausserdem macht er sich stark für das Recht der Abgeordneten, Einblick in alle Regierungsakte zu bekommen, alle Labour-Abgeordneten sollen, so fordert es Benn, nach zwei bzw. drei Jahren vom Parteivorstand des Wahlkreises entweder bestätigt werden oder ihre Kandidatur bei den nächsten Wahlen verlieren. So wird der Wille der Basis direkter in die Partei einwirken können. In der Frage der Wahl des Parteiführers schlägt Benn einen Kompromiß vor, nämlich ein gewähltes Wahlkolleg, in dem die Gewerkschaften, Wahlkreise und Abgeordneten das gleiche politische Gewicht haben.

Wird den Basisaktivisten mehr Macht eingeräumt und die Macht des Kabinetts beschnitten, kann sicherlich eine weit größere Anzahl aktiver Arbeiter in die Partei integriert werden, die dem vielfach lahmen Parteileben neue Impulse geben könnten. Eine lebendigere Labour-Party, so kalkuliert Benn, ist auch eine stärkere Labour-Party, die sich im Kampf gegen die Tories wieder profilieren wird können.

MILITANZ, „DIE HÄTTE VERMIEDEN WERDEN KÖNNEN..."

Die Furcht der Callaghan-Fraktion, daß eine Öffnung der Partei gegenüber der ‚rank and file'-Bewegung (Basisbewegung) mehr als bisher den Gewerkschafts- und Parteiapparat unter Druck setzen wird und eine zukünftige Labour-Regierung nicht mehr wie bisher ihre offen bourgeoise Politik durchführen wird können, ohne dabei die Einheit der Partei zu gefährden, ist sicherlich realistisch. Sie versucht daher, ihre rechte Politik mit dem Argument abzudecken, daß ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder diesmal konservativ gewählt hat, angeblich ein deutlicher Beweis dafür, daß ein Teil der Labour-Wähler den rechten Kurs, also Callaghans Politik, befürworte.

Die unerwartet frühe und laute Reaktion der Gewerkschaftsführung auf die von der Tory-Regierung angekündigten antigewerkschaftlichen Maßnahmen (der im August stattgefundene Gewerkschaftskongreß in Blackpool formulierte geplante Gegenmaßnahmen) spiegelt eben diesen stärker werdenden Druck der ‚rank and file'-Bewegung wider, die der Tory-Regierung und ihren Gewerkschaftsgesetzen den totalen Kampf angesagt haben. Metallarbeiter streikten etwa für 20 Pence die Woche, ein Schund,für den man normalerweise die Arbeit nicht niederlegen würde, um den Tories den Kampf anzusagen. Hinter der Empörung gegen die Angriffe Thatchers verbirgt sich bei den Gewerkschaftsbürokraten jedoch die Furcht, daß die nun hochkommende Militanz die gewerkschaftlichen Grenzen überschreiten kann und außer Kontrolle gerät. Die Bürokratie geht sogar so weit, offen zu sagen, daß die Tory-Politik „eine Militanz erzeugt, die hätte vermieden werden können..." (TUC-Präsident Tom Jackson) Man gibt den Tories zu verstehen, daß es besser

Demonstrationen für den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland

Zehn Jahre lang patrouillieren britische Truppen auf den Straßen Nordirlands. Seit 1972 steht es unter direkter Verwaltung Londons. Trotz brutalster Verfolgung gelang es der britischen Armee jedoch nicht, die bürgerliche Ruhe und Ausbeuterordnung wiederherzustellen. Der Widerstand in großen Teilen der Bevölkerung ist ungebrochen. Die IRA hat sich militärisch reorganisiert und hat heute annähernd die gleiche Kampfstärke wiedererlangt, wie vor 10 Jahren.

Die Aufrechterhaltung des Regimes in Nordirland kommt der britischen Bourgeoisie teuer zu stehen. Laut ‚Neue Züricher Zeitung' vom 6.9.1979 muß die Londoner Zentralregierung „jährlich rund 850 Millionen Pfund Sterling an Wirtschaftshilfe und Militärkosten in die Provinz (Ulster) hineinstecken". Rein wirtschaftlich gesehen ist die Aufrechterhaltung des Status quo für die britische Bourgeoisie nicht mehr rentabel, entscheidend für ihre Truppenpräsenz sind heute politische Gesichtspunkte. Kritische Stimmen mehren sich im bürgerlichen Lager, sowohl in Großbritannien, als auch in den USA.

In dieser Situation riefen die Jungen Liberalen, unterstützt von einigen Lords, Parlamentsabgeordneten, Schriftstellern und der KP-Jugend zu einer Irlanddemonstration für den 12.8.1979 auf. Zentraler Satz war: „Wir fordern die britische Regierung auf, sich zu einer Politik des Abzuges zu verpflichten". Begründet wurde die Aufforderung mit den hohen Kosten und mit der Aussichtslosigkeit des Unternehmens. „Zehn Jahre – es ist Zeit zu gehen!"

Dieser Aufruf kritisierte in keinster Weise den imperialistischen Charakter der Politik der britischen Regierungen und stellte das Recht der Truppenpräsenz nie in Frage. Er forderte schlicht eine zweckmäßigere imperialistische Politik. Der Zusammenhang zwischen militärischer Unterdrückung und wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit wurde bewußt nicht erwähnt. Die KP-Jugend forderte in einem Flugblatt fürs erste den Rückzug der Truppen in ihre Kasernen und endete mit der Aufforderung, zu helfen, die Demokratie in Nordirland wiederherzustellen, sodaß sich dann Großbritannien total zurückziehen könne. Das allerdings stellt keinen Bruch mit der imperialistischen Logik dar.

Während von der extremen Linken nur die Socialist Workers Party und die IMG (Sektion des Vereinigten Sekretariats der IV.Internationale) den Aufruf der Liberalen unterschrieben, stellten andere Gruppen fest, daß man diese Demonstration nicht den Liberalen überlassen dürfe. Sie forderten auf, einen eigenen Block zu bilden mit der zentralen Losung: „Sofortiger Abzug der Truppen und Selbstbestimmung".

Zu der Demonstration kamen dann ca. 5.000 Teilnehmer, sie war die größte Irlanddemonstration seit 1972. Es bildeten sich 2 Blöcke. Vorne gingen ca. 1.000 Liberale und KP-Jugendliche, dann folgten einige Reihen Polizei, und mit großem Abstand folgte dann ein Block von ca. 4.000, der für sofortigen Abzug und Selbstbestimmung eintrat. In diesem Block marschierten hinter der ‚Sinn Fein' alle Organisationen der extremen Linken, gekennzeichnet durch Organisationstransparente. Auch SWP und IMG waren nun dabei.

Nur die sich ebenfalls auf den Trotzkismus berufende Revolutionary Communist Tendency beteiligte sich nicht an dieser Demonstration. Ihre Hauptkritik war, daß die Mobilisierung für die Demonstration auf einer „imperialistischen Grundlage" erfolgt sei.

Belfast

Am selben Wochenende marschierten 5-10.000 Personen in Belfast zur Unterstützung der IRA. An dieser Demonstration nahmen auch bewaffnete IRA-Kämpfer teil. Die britische Armee zog es angesichts dieser massiven Militanz vor, nicht einzugreifen.

gewesen wäre, es der Gewerkschaftsführung zu überlassen, die Picket-Lines zu kontrollieren, so wie es bisher geschehen ist.

DAS „KLEINERE ÜBEL"

Die ungebrochene Fähigkeit der Labour-Party, eine linke Fraktion nach vor schieben zu können, wenn der Unmut der Massen gegen die Labour-Politik anwächst (und das steht keineswegs im Widerspruch zu der noch relativ ungebrochenen Unterstützung der Arbeiter bei den letzten Wahlen), eine Linke, die verbal-radikal aufzutreten versteht und gemeinsam mit der linken Gewerkschaftsbürokratie einen hohen Grad an militantem Trade-Unionismus toleriert, war und ist einer der Hauptgründe für die anhaltende Hegemonie des englischen Reformismus.

Obwohl es falsch wäre anzunehmen, daß die englische Arbeiterklasse lediglich in die Labour-Linke Illusionen hegt (man kann heute sicherlich sagen, daß es sich um ein Verständnis des ‚kleineren Übels' handelt, das sich auf die *ganze* Partei bezieht), muß man doch klar hervorheben, daß die immer wieder zur Schau gestellte Kritik von Seiten der linken Gewerkschaftsbürokratie und der ‚Tribunites' diesen Gedanken des kleineren Übels bestärken helfen. Keine andere sozialdemokratische Partei der Welt kann auf eine derart ungebrochene Unterstützung von Seiten des Proletariats hinweisen; keine andere SP kann sich aber auch dermaßen offen und liberal gegenüber linksradikalen Gruppierungen innerhalb der eigenen Partei benehmen (manche Ortsgruppen von Labour sind völlig von linksradikalen Mitgliedern dominiert).

Die Einschätzung, daß Labour in Opposition in der Arbeiterklasse wieder an Terrain gewinnen wird, und die Erkenntnis, daß die letzte Labour-Regierung in einem Dilemma war, weil sie weder Reformvorschläge für das Proletariat machen, noch erfolgreich ein Programm für die Bourgeoisie erstellen konnte, das in seinen Grundzügen auch durchfechtbar war, und daher im Falle eines neuerlichen Wahlsieges unter für das Proletariat weit besseren Bedingungen als heute gestürzt werden hätte können – diese Einschätzung hat die meisten englischen linken Gruppierungen dazu bewogen, sich für eine kritische Wahlunterstützung für Labour auszusprechen.

„CALLAGHAN MAG SCHLECHT SEIN, ABER THATCHER WIRD VIEL SCHLIMMER WERDEN..."

Die ‚Socialist Workers Party' (mit dem Organ ‚Socialist Worker') ist die größte der linken Organisationen außerhalb der Labour-Party. Sie nimmt zwar allgemein eine äußerst feindselige Haltung gegenüber Labour und dem Parlament überhaupt ein, schwenkte aber vor den Wahlen auf die Position des kleineren Übels ein: „Callaghan may be bad, but Thatcher will be much worse." („Callaghan mag schlecht sein, aber Thatcher wird weit schlechter sein."), ohne eine wirklich klare Kritik an Labour und vor allem an der Labour-Linken zu üben, denn man verstand sich als *strong supporter* (fester Unterstützer) für Labour.

Ihre Orientierung ist auf die militanten Gewerkschafter ausgerichtet, die sie stets zu größerer Militanz anspornt, indem das ferne Ziel des Sozialismus vielversprechend vorgehalten wird. In der täglichen Praxis, im Kampf gegen Reformismus, Nationalchauvinismus und Rassismus verstand es die SWP bisher nicht, die Kämpfe des Proletariats, wenn auch nur punktuell, über den reinen Trade-Unionismus hinauszuführen. Die Vermittlung und Erfahrbarkeit dessen, was sozialistische Produktionsweise, was die Machtfrage für die Klasse bedeutet, wird kaum als Problem erkannt, da die Fetischisierung des militanten Betriebskampfes die Organisation zur Überzeugung brachte, daß Militanz schließlich ein revolutionäres Klassenbewußtsein erzeugen müsse. Der ernsthafte Anspruch auf unabhängige politische Führung ist verdrängt, das Konzept der Übergangslosungen prinzipiell abgelehnt worden.

„EURE FORDERUNGEN SIND RICHTIG, TROTZDEM WÄHLEN WIR LABOUR..."

Die britische Sektion des ‚Vereinigten Sekretariates der IV.Internationale' kandidierte in einigen Wahlkreisen auf einer eigenen Wahlbündnisliste (‚Socialist Unity'). Dort, wo sie nicht kandidierte gab sie die Empfehlung aus, Labour zu wählen. Die äußerst unbefriedigenden Wahlergebnisse – in fast allen Wahlkreisen kam die Liste nicht an die 1%-Grenze heran – erklärte ‚Socialist Challenge' (Zeitung des Bündnisses) wie folgt: „Wir wußten, daß viele, die mit unserem Programm übereinstimmten, trotzdem Labour wählen würden. Das beunruhigte uns nicht. Shop-Stewards in Birmingham und Manchester, die unseren Wahlwerbern immer wieder sagten: Ja ich bin einverstanden mit dem, was ihr fordert, aber ich muß Labour wählen, um die Tories nicht an die Regierung kommen zu lassen, konnten für eine Politik gewonnen werden, für die sie in den Gewerkschaften kämpfen werden ..." Selbst wenn die Hoffnungen der britischen VS-Sektion (IMG) bezüglich der Stimmabgabe für ihre Liste nicht sehr hoch waren, so waren die Ergebnisse niederschmetternd, vor allem in Southall (London), wo es am 23. April 1979 eine Massenkonfrontation zwischen schwarzen Jugendlichen und der Polizei gab. 5000 Polizisten beschützten damals 58 Faschisten, die eine provokative Kundgebung im Zentrum von Southall veranstalteten. Der Widerstand der Bevölkerung gegen diese Provokation wurde von der Polizei mit einer Welle von Verhaftungen und brachialer Repression beantwortet. Es gab hunderte Verletzte und einen Toten. Man hätte erwarten können, daß dieses Ereignis die farbigen Wähler davon hätte überzeugen müssen, daß ihr Labour-Kandidat, der offen die rassistische Politik der Labour-Regierung unterstützte, kein Mann war, der ihre Interessen unterstützen würde und daher nicht ins Parlament entsandt werden sollte. In jenem Wahlkreis bekam der Kandidat der ‚Socialist Unity' (selbst ein Farbiger) bloß 477 Stimmen ...

Selbst also dort, wo die bürgerliche Politik der Labour-Regierung am härtesten traf, war die Illusion in den Reformismus ungebrochen geblieben.

„WIR WOLLEN VOR LABOUR WARNEN, NICHT DENUNZIEREN..."

Die ‚Socialist Campaign for a Labour Victory', ein Wahlbündnis zwischen Unterstützern der Zeitung ‚workers action', den ‚chartists' (einer linken Gruppierung innerhalb der Labour-Party) und linken Labour-Kandidaten, versuchte genau an dieser aussichtslosen Situation für linke Kandidaten, heute außerhalb der Labour-Party Stimmen zu gewinnen, anzusetzen. Sie setzte sich zum Ziel, diejenigen Elemente anzusprechen, die zwar für revolutionäre Forderungen zugänglich sind, aber trotzdem Labour wählen. Unterstützt durch die Popularität linker Labour-Kandidaten erreichte die revolutionäre Propaganda der SCLV – nach Meinung ihrer Unterstützer – große Kreise der Labour-Basis. Die Linksradikalen in dieser Wahlliste schufen sich so gute Kontakt- und Einflußmöglichkeiten. Sie sehen ihre Aufgabe darin, innerhalb der Labour-Party eine linke Fraktion aufzubauen, die jene Elemente sammeln soll, die dazu bereit sind, die linken Labour-Kandidaten tatsächlich auf die Probe zu stellen, d.h. sie zu zwingen, für jene Forderungen, die sie in der Plattform der SCLV unterstützt haben, zu kämpfen.

Einer der linken Labour-Kandidaten der SCLV, Ted Knight, sollte gleich nach den Wahlen beweisen, auf welcher Seite der Barrikade er steht. Er hatte sich bereit gezeigt, die Politik der Cuts, die der Gemeinde von der Regierung auferlegt wurde, ohne Widerstand durchzuführen. Es

bleibt abzuwarten, wie konsequent die Linksradikalen der SCLV die reformistischen Winkelzüge der Labour-Abgeordneten aufzeigen und schonungslos bekämpfen werden, auch wenn dadurch die SCLV, die nach den Wahlen weiterbesteht, zerfallen würde.

WER DIE LABOUR-RECHTE BESIEGEN WILL, MUSS VORERST DIE LABOUR-LINKE BESIEGEN

‚Workers Socialist League' (eine 1975 von der WRP abgespaltene Organisation) gab ebenfalls die Empfehlung aus, Labour kritisch zu unterstützen. „*Arbeiter, die gegen Callaghans Politik für ein sozialistisches Programm kämpfen wollen, die Jobs, Wohlfahrtseinrichtungen und Löhne verteidigen wollen, müssen Labour wählen und den Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung aufnehmen, um die Callaghan-Führung zu stürzen und eine sozialistische Alternative zu schaffen.*" (aus ihrem Wahlmanifest)

Die besten Bedingungen, die bestehende Labour-Führung zu entlarven, bestehen nach Meinung der WSL dann, wenn die Tories knapp vor einer Niederlage stehen und die Arbeiterklasse sich in einer Periode der Mobilisierung für ihre unabhängigen Interessen befindet. Deshalb dürften die Tories auf keinen Fall an die Regierung. Forderungen, die von den Arbeitern erhoben werden, können im Fall einer Labour-Mehrheitsregierung an die Labour-Linke gerichtet werden, die vom Sozialismus spricht und sich als Alternative zur rechten Führung ausgibt. Die linke Labour-Fraktion muß gezwungen werden, den praktischen Kampf gegen den rechten Labour-Flügel aufzunehmen und ein Programm für „wahrhaft sozialistische Politik" aufzustellen. Die Ablehnung jener linken Abgeordneten, den Kampf um die Kernfragen des Proletariats zu führen, wird nach Meinung der WSL. den politisch fortgeschrittenen Arbeitern vor Augen führen, daß die linken Worte Benns und seines Umkreises nichts weiter als Verschleierungen sind, in Wirklichkeit nichts als eine Flankendekkung für die rechte Fraktion. Sollte der linke Flügel der Labour-Party wider allen Erwartungen den Kampf gegen den rechten Flügel ernsthaft angehen, dann müssen, so die ‚workers press' (Zentralorgan der WSL), die Revolutionäre gemeinsam mit den Arbeitern diesen Kampf voll unterstützen.

KEINE UNKRITISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR LINKE SCHWÄTZER!

Auch ‚Workers Power' (eine trotzkistische Organisation, die sich 1976 von der ‚International Communist League' abgespalten hat) vertrat die Position der kritischen Wahlunterstützung für Labour, ohne sich aber einem der linken Wahlbündnisse anzuschließen. „*Obwohl die Politik, die von den Tories vorgeschlagen wird, natürlich schlimmer ist als die der letzten Labour-Regierung, kann die Labour-Regierung nicht als ein vorübergehender Schutz gegen die Konservativen betrachtet werden. Wir rufen zu einer Stimmabgabe für Labour auf, weil Labour an der Regierung von ihren Anhängern zur Verantwortung gezogen werden kann.*

Die Labour- und TUC-Führer werden eine verräterische 5. Kolonne für die Kapitalisten in unseren Reihen sein: Sie müssen durch eine neue Führung, eine neue Partei ersetzt werden, die in der Lage ist, den Kampf um die Macht anzuführen. Wir sagen den Arbeitern, daß **sie** *Labour im Kampf testen sollen und zwingen müssen, ihre Tagesinteressen zu verteidigen.*" Die Kritik, die ‚Workers Power' an der SCLV vorbringt, bezieht sich hauptsächlich auf den Charakter des Wahlbündnisses, das ein Zwischending zwischen Organisation und Aktionseinheit darstelle. „*Einheit mit Labour-Leuten wie Ted Knight und Ernie Roberts ist legitim für Revolutionäre, wenn sie auf der Grundlage einer gemeinsamen Aktion, wie begrenzt diese auch immer sein mag, zustande kommt. Aber wir sehen, daß die Unterstützer der ‚workers action' diesen linken Schwätzern immer mehr unkritische Unterstützung, Arbeitskraft und linke Flankendeckung geben. Für Leute wie Ted Knight ist die SCLV nichts als ein Steigbügel zu den Höhen des House of Commons.*"





Der Freiheitskampf der Minderheit in Nordirland gegen die britischen Besatzungstruppen erfordert die uneingeschränkte Solidarität vor allem der britischen Arbeiterklasse. Es ist vor allem ihre Aufgabe, die Partei der nordirischen Minderheit zu ergreifen und gegen den Chauvinismus in England zu kämpfen. In dem Maße, in dem sie dieser Aufgabe gerecht wird – und gegen das Folterlager Long Kesh kämpft – wird der Kampf in Nordirland mehr und mehr Klassenkämpferische Aspekte bekommen. Vor allem die linken Organisationen in England haben die Aufgabe dafür zu kämpfen, daß der Kampf der nordirischen Befreiungskämpfer zum Kampf der englischen Arbeiterklasse wird

DIE ANTI-NAZI-LEAGUE

Für die faschistische ‚National Front' bedeuteten die Wahlen 1979, bei denen sie sich mit 300 Kandidaten zur Wahl gestellt hatten, eine klare Niederlage. Ihr Versuch, Versammlungen und Kundgebungen abzuhalten so wie einen Demonstrationsmarsch in Leicester, wo ein großer Teil der Bevölkerung aus Farbigen zusammengesetzt ist, löste bei Tausenden von Antifaschisten offene Empörung aus, besonders unter der Jugend und der Arbeiterklasse. Sowohl in Southall wie in Leicester war der Ansturm gegen die faschistische Provokation so stark, daß die Anti-Nazi-League (vor allem getragen von der SWP und der IMG), die bisher gemeinsam mit Konservativen, Liberalen, der Kirche und einer Reihe berühmter Persönlichkeiten versucht hatte, die antifaschistische Bewegung friedlich auf die kommenden Wahlen auszurichten, d.h. die Faschisten bei den Wahlen zu schlagen, gezwungen war, dieser neuen Militanzwelle und dem unerwarteten Linksruck der Bewegung nachzugeben.
In London, wo der große antifaschistische Karneval, der von der ANL organisiert war, zum Hindernis für eine ausreichende Mobilisierung bedrängter Farbiger in Eastend von London wurde, war die Parole „keine Plattform den Faschisten" von der ANL noch abgelehnt worden. Jede militante Auseinandersetzung mit den Faschisten sollte verhindert werden. In Southall und Leicester hingegen mußte die ANL, von den Demonstranten mitgerissen, diese Losung in den Mittelpunkt stellen und ihre Allianz mit „bekannten Persönlichkeiten" beenden. Leicester war ein Beweis dafür, daß die ANL nicht mehr als ein treibender Faktor bei der Mobilisierung antifaschistischer Demonstrationen verstanden werden konnte. Der Stimmenverlust für die ‚National Front' ging (im Gegensatz zu den Darstellungen der ANL) nicht auf ihr Konto, sondern vielmehr auf das Konto der militanten Antifaschisten, und zum anderen war er ein ‚Verdienst' der Konservativen.

Der Rechtsruck der Konservativen in Fragen der Einwanderung aus Commonwealth-Ländern hatte sicherlich einen Teil der Wählerschaft, die früher ihre Stimme für die ‚National Front' abgegeben hatten, bewogen, konservativ zu wählen. Die Tories versprachen, eine „Nationality Bill" vorzulegen, ein Gesetz, das dem Staat mehr Rechte einräumen soll, gegen illegale Immigranten vorzugehen, mit anderen Worten, ein Gesetz, das dem Staat eine verschärfte Einschüchterungs- und Unterdrückungspolitik gegenüber den Farbigen ermöglichen soll.
Es wäre falsch anzunehmen, daß die Anzahl der Wählerstimmen für die ‚National Front' von großer Bedeutung ist. Viel mehr sind es die Märsche und Treffen, wo sie ihre Kraft demonstrieren wollen, und dagegen bedarf es keiner Karnevals und friedlicher Demonstrationen, sondern der Konfrontation auf der Straße, die allein verhindern kann, daß die ‚National Front' marschiert. Im verstärkteren Maße als die Labour-Regierung dies konnte, wird es der Tory-Regierung unter Umständen gelingen, die verschärften Bürden für die Arbeiterklasse in einem zugespitzten rassistischen Klima klassenspalterisch auszunützen. Die Vorarbeit dazu ist von der Callaghan-Regierung vortrefflich geleistet worden, die sich stark gemacht hatte in der Verabschiedung rassistischer Gesetze. Zurückgebliebene Schichten des Proletariats werden verstärkt in ihrer aussichtslosen Situation der Arbeitslosigkeit zu rechtsradikalen Antworten Zuflucht nehmen. Weder die Labour-Party noch die Gewerkschaftsbewegung haben bisher irgendwelche Schritte unternommen, dieser Stimmung mit klaren politischen Schritten den Kampf anzusagen. Die Politik der Arbeitsplatzerhaltung, ohne die Profitlogik in Frage zu stellen, ist ja gerade der Brutplatz für jene rassistischen Verirrungen von ins Lumpenproletariat absinkenden Arbeitslosen.
Erst wenn es gelingt, Verteidigungskomitees gegen die Faschisten zu errichten, die auf die Gewerkschaften gestützt sind, erst wenn es gelingt, in den Gewerkschaften den vom Reformismus geschürten Rassismus politisch zu bekämpfen, wird die ‚National Front' im wahrsten Sinne des Wortes „keine Plattform" haben.

EINE NEOKOLONIALE LÖSUNG FÜR NORDIRLAND?

Auch in der Irlandfrage manifestierte sich der verheerende Opportunismus der beiden größten linken Organisationen Englands – der SWP und der IMG –, die die im August 1979 von den Jungliberalen organisierte Demonstration zur Irlandfrage (siehe Kasten) kritiklos unterstützten. Diese stellte selbstverständlich keinen antiimperialistischen Schritt gegen die Regierung dar; es handelte sich vielmehr um den Vorstoß einer bourgeoisen Fraktion, die eine anders geartete imperialistische Lösung in Ulster wünscht als es die Tories praktizieren.
Die ökonomische Belastung, die durch die britische Armeepräsenz in Nordirland verursacht wird, findet nicht ungeteilte Unterstützung bei den Bürgerlichen auch deshalb, weil das Beispiel Südirland, das dem englischen Kapital voll geöffnet blieb, aber keinen britischen Repressionsapparat erforderlich macht, vielen als Vorbild dient. Diese neokoloniale Lösung scheint den Liberalen, die die englischen Truppen schrittweise aus Ulster abziehen wollen, vorzuschweben

Die Frage, warum die Tories nicht daran denken, die Truppen aus Nordirland abzuziehen, steht weniger im Zusammenhang mit direkten ökonomischen Vorteilen der englischen Bourgeoisie in Ulster. Eine Niederlage der Unionists, des historischen Partners der Konservativen in Nordirland, würde für die englische Bourgeoisie auch eine Schwächung in England bedeuten. Die äußerst gefährlichen Auswirkungen eines massiven Aufflackern des Bürgerkriegs, im Falle eines Truppenabzuges, wären unabsehbar. Die Zuspitzung des Klassenkampfes in Ulster würde die Klassenkampfsituation in ganz Großbritannien verschärfen und für die Bourgeoisie eine größere Belastung bedeuten als die Truppen in Nordirland, ganz abgesehen von der Eigendynamik einer solchen Zuspitzung, die die bürgerliche Klassenherrschaft als solche in Frage stellen könnte.

Der für das englische Kapital profitträchtigste Teil ist der Süden, der unter den heutigen Bedingungen nur unter einer Voraussetzung ‚friedlich' bleiben kann, wenn der Unabhängigkeitskampf der Nordiren den Süden nicht in den Kampf miteinbezieht. Somit sind die Besatzungstruppen im Norden de facto Beschützer der englischen Investitionen im Süden.

Die Politik der Liberalen zu dieser brisanten Frage zu unterstützen mit der Begründung, daß auch sie den Abzug der Truppen fordern, wenn auch nicht sofort, sondern schrittweise, macht wohl das Ausmaß des Zynismus und Opportunismus klar, das jene Linken dem Irlandproblem entgegenbringen. Seit Jahren gab es keine Aktivitäten zu dieser Frage, obwohl der Kampf der IRA ungebrochen weiterging; man scheute sich offenbar, hier aktiv zu werden, weil die Arbeiterklasse dieses Thema nicht aufgriff, ja sogar feindlich der IRA und dem bewafffneten Kampf gegenüberstand.

DIE LABOUR-PARTY – DAS NADELÖHR ZUR ARBEITERKLASSE?

Die Callaghan-Regierung hinterließ eine Arbeiterklasse, die trotz ihrer Militanz und Streikkraft (im Jänner 1979 verloren die Kapitalisten Englands 2,585.000 Tage durch Streiks, fast so viele wie im gesamten Jahr 1976) geschwächt und leicht verwundbar ist. Die Labour-Regierung wurde von einer Arbeiterklasse gestürzt, die in vielen Bereichen Spaltungstendenzen aufweist. Im Kampf gegen die 5%-Lohnleitlinie Callaghans griffen eine Reihe von Gewerkschaften zu Kampfmethoden, die auf Separatabkommen zwischen einzelnen Fachgewerkschaften und dem Firmen-Management hinausliefen, so wie dies bei British-Leyland praktiziert wurde.

Genau hier wird die Tory-Regierung ansetzen können, wenn sie den Facharbeitern durch Lohnsteuersenkungen eine spürbare Verbesserung ihres Lebensstandards verspricht, während den Ärmsten und weniger qualifizierten die gesamte Last der Cuts (eingeschränkte Krankenversicherung, Pensionskürzungen usw.) aufgebürdet wird.

Die massiven Angriffe der Labour-Regierung auf die Löhne und die Wohlfahrtseinrichtungen haben die Arbeiterklasse nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch geschwächt den Tories übergeben und damit natürlich die Streikkraft empfindlich getroffen. Zusammenstöße zwischen Tories und Gewerkschaften sind zu erwarten (die engineers und shipbuilders haben schon den Anfang gemacht....siehe Kasten), doch läßt nichts darauf schließen, daß das ‚Laster' der englischen Arbeiterklasse, der totale Trade-Unionismus, in diesen Auseinandersetzungen überwunden wird.

Die Gewerkschaftslinke wird nicht, das kann man mit Sicherheit sagen, um die Führung in der Labour Party kämpfen oder die linke Fraktion der Labour Party in den Parteivorsitz hieven. Das bestimmende Moment muß die rechte Fraktion bleiben, um der Labour Party überhaupt eine einheitliche Ausrichtung zu geben, die von den jeweiligen Zick Zacks der Linken, die einmal mehr und einmal weniger auf den Druck der Basis reagieren muß, relativ unabhängig ist. „Die Rechten haben die Tradition hinter sich, Erfahrung und Routine, und vor allem die bürgerliche Gesellschaft als Ganzes, die ihnen fertige Lösungen zuschiebt" (Trotzki).

In dem Verständnis, daß heute revolutionäre Politik immer über die Labour Party führt, daß der zentrale Angelpunkt jeder Politik der Kampf gegen den Reformismus sein muß, in dem Verständnis, daß die Einheitsfronttaktik sie zwingt, sich den Arbeitern in der Labour-Party und in den von der Labour-Party dominierten Gewerkschaften zuzuwenden, haben fast alle Gruppen der englischen Linken Entrismus in die Labour-Party gemacht. Die alte klassische Taktik, die Trotzki den Revolutionären vor allem in Frankreich aber auch in den USA und England empfahl, bedeutete einen kurzen, zugespitzten Kampf um die linken Strömungen der reformistischen Partei, der schließlich mit dem Ausschluß oder Austritt aus dieser Partei endete.

Der „neue" Entrismus, der als mehr oder weniger langfristig verstanden wird und zum Ziel hat, eine Fraktion der Labour-Party aufzubauen, ist zwar an und für sich noch nichts ‚Sündhaftes', birgt aber genau die Gefahr in sich, die langfristige gemeinsame Politik mit Reformisten immer in sich birgt, nämlich die Bereitschaft, Zugeständnisse zu machen, ein bißchen länger auszuharren, um einen ‚geeigneten' Moment für den großen Kampf abzuwarten. Der Glaube, mehr Vertrauen unter den Parteimitgliedern gewinnen zu müssen, um dann mehr Leute aus der Partei herausführen zu können, hat schon viele im Sog des Reformismus verschwinden lassen.

Keine der betroffenen Gruppierungen wird natürlich aussprechen, daß sie opportunistische Anpassungsmanöver plant und durchführen will, es sind die kleinen Alltagszugeständnisse, die nicht gleich groß auffallen und von denen man meint, daß sie jederzeit wieder unter Kontrolle gebracht werden können, die die Kader einer linken Organisation im Geiste der ‚schlauen' Entlarvungspolitik gegenüber den Reformisten schulen, statt in der offenen Auseinandersetzung, die zum Ausschluß aus der Labour Party führen muß. Keine der linken Strömungen in England kann heute von sich sagen, daß sie genügend in der Arbeiterklasse verankert ist, um die Perspektive der Generalmobilisierung (Generalstreik) gegen die Torypolitik vorbereiten zu können und den spontanen Kampfeswillen, der noch vorhanden ist, in organisierte Bahnen zu lenken, um die Hegemonie der Gewerkschaften und der Labour-Party zu brechen.

Keine der linken Organisationen hat in der Labour-Party die Verankerung, die notwendig wäre, um massenwirksam Benn und den linken Flügel als das darzustellen, was sie sind, nämlich ein ‚Aushängeschild' für unruhige Zeiten.

Trotzdem wird sich um diese Achsen der Kampf um die kämpferischen und bewußtesten Arbeiter drehen, der den bestehenden linken Gruppierungen durchaus die Möglichkeit gibt, sich in den kommenden Klassenkonflikten qualitativ zu stärken.

Am Beispiel der Metallarbeiter

Die erste größere Klassenauseinandersetzung unter der Tory-Regierung könnte sich im Zuge der Kämpfe um den Kollektivvertrag für 2 Millionen Metallarbeiter (Engineers) ergeben. Der Vertrag ist am 1.April 1979, also noch unter der Labourregierung, ausgelaufen. Vier Monate Verhandlungen brachten keine annehmbaren Ergebnisse. Während in den ersten vier Monaten dieses Jahres 6 Millionen Arbeitstage gestreikt wurde, gab es in der Periode danach eine Unzahl von kleinen Kämpfen, ohne den Umfang, der vor der Wahl zu verzeichnen war, auch nur annähernd zu

erreichen. Der Ausgang dieser ersten nationalen Lohnrunde seit Antritt der Tory-Regierung wird für die weitere Entwicklung der Klassenauseinandersetzung von großer Bedeutung sein.

Die Forderungen

Der gewerkschaftliche Dachverband der Metallarbeiter Confed stellte folgende Forderungen:

* Erhöhung des Mindestlohnes von Pfund Sterling 60 auf Pfund Sterling 80 für qualifizierte bzw. auf Pfund Sterling 60 für unqualifizierte Arbeiter
* Arbeitszeitverkürzung ursprünglich auf 35 Stunden je Woche, später um 1 Stunde je Woche, bis 1982 Einführung der 35 Stundenwoche
* Inkrafttreten des neuen Vertrages für alle Engineers, ohne Rücksicht auf lokale Abkommen, per 1. April 1979.

In Großbritannien finden nach den nationalen Abschlüssen lokale Lohnverhandlungen statt. Der Organisationsgrad und die Kampfkraft der Belegschaft eines Betriebes haben dann entscheidenden Einfluß auf die Zugeständnisse, die über die nationalen Vereinbarungen hinaus erzielt werden können. Insgesamt waren die lokalen Kämpfe in letzter Zeit immer weniger erfolgreich, so daß heute laut Schätzungen rund 80% aller gelernten und ungelernten Arbeiter auf das nationale Minimum abgesunken sein sollen. Da aber in dieser Berufssparte weiterhin große Lohnunterschiede bestehen und beachtliche Teile der Engineers – zumeist die kämpferischsten – die jetzt von der Gewerkschaftsbürokratie aufgestellten Lohnforderungen schon vorher erreicht hatten, kritisierten viele Gruppen der Linken die spalterische Wirkung dieser Forderungen. Da aber der nationale Mindest lohn die Grundlage für die Überstunden-, Urlaubs- und Krankengeldzahlungen darstellen, haben selbst diese ungenügenden Forderungen für alle Arbeiter dieser Berufssparte ihre Bedeutung.
Das letzte Angebot des Unternehmerverbandes der 6.500 metallverarbeitenden Firmen war 68 Pfund Sterling und kein Zugeständnis bei der Arbeitszeit.
Die Spitze der Confed wollte dieses Angebot ursprünglich annehmen, mußte es aber unter dem Druck der Basis ablehnen und das erste Mal seit 1968 nationale Kampfmaßnahmen beschliessen, um ihr Forderungsprogramm durchzusetzen. Die Bürokratie wollte sich zuerst mit drei eintägigen Streiks für jeweils Montag (6., 13. und 20.August) begnügen, mußte dann aber unter Druck ab 3. September für jede Woche Streiks, jeweils am Montag und Dienstag, beschließen. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch einen Überstundenbann ab 30.7.
Diese an sich kämpferisch wirkenden Maßnahmen erweisen sich aber bei näherer Betrachtung als Strategie, einzig geeignet, den Kampf vom Anfang an in die Niederlage zu führen.
Denn der erste Streiktag fiel noch in die Urlaubszeit, ganze Ortsgruppen der Gewerkschaft, wie z.B. in Glasgow, mußten den ersten Streiktag absagen. Da schon etliche große Metallfirmen, angeblich 60 bis 100, die Mindestforderungen mehr oder weniger weit erfüllt hatten, bekamen die Arbeiter dieser Firmen von der Gewerkschaft einen Dispens, d.h. die bestorganisiertesten Belegschaften waren vom Anfang an vom Streik ausgenommen.
Diese Entscheidung der Gewerkschaftsbürokratie bedeutete sowohl eine unmittelbare Schwächung der Streikfront, als auch die Gefahr, daß mehr und mehr Betriebe nach (teilweiser) Erfüllung der Forderungen die Arbeit wieder aufnehmen würden und die schwächsten Betriebe, mit dem größten Lohnrückstand, wieder einmal isoliert und auf der Strecke bleiben würden.
Außerdem sind eintägige Streiks, und noch mehr zweitägige, mehr als problematisch. Den empfindlichen Lohnverlusten für die Arbeiter, vor allem bei langanhaltenden Streiks, steht eine nur geringe Wirkung auf die Unternehmer gegenüber, besonders dann, wenn die Firmen unter Auftragsmangel leiden.
Auch der Überstundenbann schafft seine Probleme. Da infolge der geringen Aufträge in den meistens Betrieben nur in einigen wenigen Abteilungen Überstunden geleistet werden, um Disproportionen auszugleichen oder um Reparaturen oder Wartungsarbeiten kurzfristig durchführen zu können, führt der Überstundenbann zu Disproportionen in der Produktion. Abhängige Fertigungsbereiche müssen die Arbeit über die Streiktage hinaus einstellen, die betroffenen Arbeiter verlieren für diese Zeit zusätzlich Lohn. Dies führt zu Unstimmigkeiten und oft zu Spaltungen der Belegschaft. Nur ein unbefristeter Vollstreik würde die Unternehmer ernstlich unter Druck setzen und die Lasten auf die streikenden Arbeiter gleichmässiger verteilen.
Um dem Kampf noch zusätzlich die Spitze zu nehmen, wurden in entscheidenden Industriezentren vor dem Streik keine Versammlungen abgehalten. Auf Weisung der örtlichen Gewerkschaftsexekutive wurden die Belegschaften nur durch Anschläge am schwarzen Brett, gelegentlich durch Flugblätter über die Verhandlungen und zuletzt über den Streikbeschluß informiert. So zum Beispiel in Birmingham, dem größten Industriezentrum Großbritanniens, wo 1972 die kämpferische Solidarität mit den Bergarbeitern zu einem Vollstreik der ganzen Region führte und damit der endgültige Sieg der Bergarbeiter und die Niederlage der Tory-Regierung eingeleitet wurde.
Alle diese ungünstigen Bedingungen wurden noch durch eine massive Stimmungsmache in den Massenmedien verstärkt. Unter diesen Bedingungen war es unwahrscheinlich, daß sich dieser Kampf überhaupt ausweiten könne.

Die Kampfentwicklung

Doch trotz aller Widrigkeiten weitete sich der Streik aus und wurde laut Zeitungsberichten am 2. und 3. Tag fast lückenlos befolgt. Alle 2 Millionen Engineers traten in die eintägigen Streiks.
Am Montag den 20.8. fanden in vielen wichtigen Industriezentren zusätzlich zum Streik Demonstrationen und Versammlungen statt.
Um die Stimmung der britischen Arbeiter verständlicher zu machen, wollen wir etwas breiter die Veranstaltung im Industriezentrum Birmingham beschreiben.

Birmingham

Am Vormittag war eine Demonstration angesetzt, an der sich Delegationen der bestreikten Betriebe beteiligten. Die Zahl von ca. 1.500 Teilnehmern war eher bescheiden und offensichtlich eine Folge der mangelnden Vorbereitung durch die örtlichen Gewerkschaftsorgane. Alleine im British-Leylandwerk in Birmingham streikten an diesem Tag 18.000 Frauen und Männer. Nur geringe Teile des Zuges, wie z.B. eine kleine Delegation aus dem Leyland--Werk in Oxford, waren militant und riefen Forderungen nach einem Voll streik für höhere Löhne und kürzerer Arbeitszeit. Andererseits wurden auch Plakate der KPGB mitgetragen, mit der Forderung: Großbritannien benötigt Handwerker, belohnt die handwerklichen Fähigkeiten!
Nach dieser Demonstration war eine Versammlung geplant. Vor der Halle erwartete den Zug eine Gegendemonstration von 20 Frauen aus den Lucas-Werken, die gegen diesen Streik Stellung nahmen. Bezeichnenderweise widmete die lokale Presse diesem Frauenkomitee mehr Aufmerksamkeit als den zehntausenden Streikenden am selben Ort, unter ihnen tausende Arbeiterinnen aus den gleichen Lukas-Werken.

In der anschließenden Versammlung von ca. 1.000 Delegierten gelang es zuerst dem Vorsitzenden, den Großteil der Anwesenden in seinen Bann zu ziehen. Er betonte, wie verantwortungsbewußt und demokratisch die Gewerkschaften vorgegangen seien und stellte branchenborniert fest, daß die Zahl der Engineers im Abnehmen sei, weil die Arbeitsbedingungen nicht genügend attraktiv sind. Am Ende dieser Begrüßungsansprache stand die überwältigende Mehrheit der Anwesenden auf und spendete ihm stehend einen langandauernden stürmischen Beifall. Nach weiteren Ansprachen von führenden Gewerkschaftsbürokraten wurde dann Teilnehmern der Versammlung die Möglichkeit eingeräumt, ihre Meinung zum bisherigen Verlauf des Streikes und zur verlesenen Resolution der Birminghamer Ortsgruppe der Confed zu sagen. Trotz wiederholter Intervention des Präsidiums erklärte die große Mehrheit der Redner, meist Shop Stewards und Convenors (= Obmann der Shop Stewards eines Werkes) ihre Unzufrieden heit mit den Kampfmitteln und der Organisation des Streiks, und beschwerte sich über mangelnde Information der Shop Stewards und der Belegschaften.
Nur der Convenor vom Leyland-Werk in Birmingham, ein Mitglied der KP, brachte es fertig, ohne ein Wort der Kritik der Gewerkschaftsführung das uneingeschränkte Vertrauen auszusprechen und ihr, verbrämt mit markigen und kämpferischen Sprüchen, die volle Unterstützung zuzusichern, was immer sie auch entscheiden möge.
Auch er bekam, als einer der ersten Redner, stärkeren Beifall. Die Kritikpunkte der weiteren Redner faßte dann Allen Thornett, Shop Steward von Leyland-Oxford, in einem Abänderungsantrag zur Resolution zusammen, in dem er nicht nur "die äußersten Mittel", sondern ausdrücklich einen sofortigen unbefristeten Vollstreik von der Gewerkschaftsexekutive forderte. Ihm wurde aber kurzerhand das Rederecht beschnitten, übrigens in äußerst "freundschaftlicher" Form, und das Antragsrecht verwehrt, da er nicht zur Birminghamer Region gehörte. Als dann ein Shop Steward aus Birmingham seinen Antrag übernahm, wurde der Antrag vom Präsidium aus formalen Gründen abgelehnt und auf den Instanzenweg verwiesen. Dies löste in der Halle beachtlichen Protest aus, und die Anwesenden stellten lautstark die Frage, wer wohl die Streikmittel bestimme, die Versammlung oder das Präsidium?
Nach einem kurzen Tumult wurde dann die von Präsidium vorgelegte Resolution zur Abstimmung vorgelegt, und mangels einer Alternative fast einstimmig angenommen. Eine Ablehnung der Resolution hätte die Bürokratie als generelle Ablehnung weiterer Kampfmaßnahmen ausgelegt.

In Leeds kam es ebenfalls zu einer Versammlung, auf der ein sofortiger Vollstreik einstimmig angenommen wurde, in Hull wurde ein Vollstreik nur ganz knapp abgelehnt.
Der Ablauf der Versammlung in Birmingham zeigt sowohl die starke traditionelle Bindung an die reformistische Bürokratie, gleichzeitig aber die große Kampfbereitschaft der gleichen Arbeiter, auch gegen den Willen der Bürokraten.
Für Revolutionäre muß die Aufgabe v.a. darin bestehen, gemeinsame Schritte im Kampf mit diesen Arbeitern zu gehen, sie aber im Kampf davon überzeugen, daß die von den Reformisten vorgeschlagenen Kampfschritte vollkommen ungenügend sind, die unmittelbarsten Interessen zu erkämpfen. Um aber die Arbeiter davon überzeugen zu können, ist es notwendig, daß sich die Revolutionäre aktiv und führend am direkten Kampf beteiligen.

Die Engineers stehen mit ihrem Kampf nicht alleine

Zur gleichen Zeit, da sich die Kämpfe der Metallarbeiter auszuweiten begannen, kündigte die britische Regierung eine unmittelbare Reduzierung um 6.000, im weiteren Verlauf um insgesamt 10.000 Werftarbeiter an. Fünf Betriebe im Norden sollen vollständig stillgelegt werden, zum Teil in Gebieten, wo es jetzt schon eine hohe Arbeitslosenrate gibt. Obwohl in den 2 Jahren seit der "Verstaatlichung" des Handelsschiffsbaues die Zahl der Beschäftigten von 38.000 auf 28.000 gesenkt wurde, hatte die Gewerkschaftsbürokratie dagegen keine Kampfmaßnahmen zugelassen. Nun erwägen die Werftarbeiter ebenfalls Streikaktionen.
Aber auch in der Stahlindustrie gibt es Kämpfe gegen Stillegungen und Entlassungen, die große Resonanz haben. Sollten die 5.000 Stahlarbeiter in Corby entlassen und das Werk stillgelegt werden, stiege die lokale Arbeitslosigkeit auf 30%!
Seit acht Wochen streiken die Talbot-Arbeiter in Coventry, einer Automobilfabrik der ehemaligen Chrysler-Werke, gegen eine Lohnerhöhung von nur 5,5%.
Nun droht die Unternehmensleitung des Multi Peugeot-Citroen-Talbot, hinter VW und vor General Motors der zweitgrößte Automobilkonzern der Welt, mit Stillegungen.

Nachtrag

Seit der Abfassung des Berichtes sind zwei Wochen vergangen. In der Zwischenzeit fand der Kongreß des TUC (Dachverband der britischen Gewerkschaften) statt, der laut "Neue Züricher Zeitung", außer den erwarteten Ausfällen gegen die Tory-Regierung, recht farblos verlief. Auf diesem Kongreß kam ein linker Antrag zur Abstimmung, der eine harte Haltung gegen die Tory-Regierung in Wirtschaftsfragen und die Abhaltung von Massendemonstrationen forderte (aber offensichtlich keine Streiks oder gar einen Generalstreik). Dieser Antrag wurde mit einer hauchdünnen Mehrheit abgelehnt. Damit dürfte es der TUC-Führung gelungen sein, breitere Aktionen gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung fürs erste abzublocken. Diese Ablehnung schließt aber den Kampf von Einzelgewerkschaften für die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder nicht aus.

Vor dem Prozeß gegen die Zehn!

Vor allem in Polen und der CSSR hat die Opposition gegen das bürokratische Regime in den letzten Monaten an Intensität und Umfang deutlich zugenommen. Die Reaktion der Regimes auf die oppositionellen Aktivitäten ist entsprechend der unterschiedlichen gesellschaftlichen Situation nicht gleichlaufend, wenn man einmal davon absieht, daß Diskriminierung am Arbeitsplatz, Berufsverbot und Bedrohung zur ‚normalen' Reaktion der bürokratischen Regimes gehören.

Der spektakuläre Papst-Auftritt in Polen, mit seinen offenen antikommunistischen (nicht antistalinistischen) Aspekten, demonstrierte, daß die polnische Bürokratie heute nicht in der Lage ist, die Opposition zum Schweigen zu bringen. Einige Tausend Demonstranten zum Jahrestag des deutschen Angriffes auf Polen, welche die „Freiheit" für das Land forderten, die Arbeit des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung KOR", die Bildung von „freien Gewerkschaftsgruppen", welche Zeitungen herausgeben und offen vertreiben, zeigen die konkreten Unterschiede zur Situation in der CSSR an. Unterschiede, die ihre Grundlage natürlich darin haben, daß 11 Jahre nach dem Ende des „Prager Frühlings" die tiefgehenden Wunden des Einmarsches keineswegs ‚geheilt' sind.

Die Reaktion der bürokratischen Regimes auf die oppositionellen Aktivitäten muß aber auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der weltweiten ökonomischen Krise auf die Staaten des „realen Sozialismus" gesehen werden.

Der seit langem schwerste Schlag gegen die Opposition in der CSSR war die im Mai dieses Jahres erfolgte Inhaftierung von zehn Aktivisten des „Komitees zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten". Dieses im Rahmen der „Charta 77" arbeitende Komitee wurde im April 1978 gegründet und hat in etwa hundert Fällen die Verletzung von gesetzlich garantierten Rechten von politischen Gefangenen aufgezeigt. In der programmatischen Erklärung des Komitees heißt es unter anderem: „Im Geiste der Charta 77 und im Einklang mit ihrer Bemühung, Arbeitsgruppen zu verschiedenen Teilproblemen zu unterstützen, haben wir uns entschlossen, ein Komitee zu gründen mit dem Ziel der Überprüfung der Fälle von Personen, die wegen ihrer Überzeugung verfolgt oder inhaftiert oder Opfer von Polizei- und Justizwillkür geworden sind. Wir werden die Behörden und die Öffentlichkeit mit diesen Fällen bekannt machen und wollen mit jedem zusammenarbeiten, der Interesse bekundet. Wir bitten deshalb alle Bürger, uns auf solche Fälle aufmerksam zu machen. Wir glauben, daß die Tätigkeit des Komitees dazu beiträgt zu verhindern, daß Menschen verfolgt und inhaftiert werden."

Unter den zehn Inhaftierten befinden sich zwei Sprecher der „Charta 77", Dienstbier und Benda, der Dramatiker Havel, sowie der 1971 in einem „Trotzkisten-Prozeß" verurteilte Petr Uhl. Die staatliche Anklage wirft den politischen Oppositionellen Handlungen vor, „die das Vertrauen der tschechoslowakischen Büger in die Staatsorgane untergraben." Der entsprechende Paragraph sieht eine Höchststrafe von fünf Jahren vor. Petr Uhl würde ursprünglich darüberhinaus noch der „Schweren Subversion" angeklagt (Höchststrafe zehn Jahre), weil er mehrere Mitteilungen des Komitees der ausländischen Presse übergeben hatte. Dieser Punkt der Anklage wurde aber fallengelassen.

Dieser massive Schlag gegen die Opposition erfolgte ohne Zweifel mit dem Ziel, nicht nur eine weitere Verbreitung der oppositionellen Inhalte zu unterbinden, sondern auch eine Demoralisierung bei den Unterzeichnern der „Charta 77" hervorzurufen.

Die Inhaftierung der zehn stellt wohl an Umfang einen vorläufigen Höhepunkt in den staatlichen Angriffen auf die lose strukturierte und politisch in sich nicht geschlossene Opposition dar, steht aber durchaus in einer Kontinuität die seit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen nicht abreißt. Wenn man von den hunderttausenden ausgeschlossenen KP-Mitgliedern absieht, von denen die Mehrzahl demoralisiert sind und von einer politischen Aktivität Abstand nehmen, bleiben tausende Menschen in der CSSR, die wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt wurden und werden und dem Berufsverbot unterworfen sind (das bis auf ihre Kinder ausgeweitet wird). Ironischerweise (eine tragische Ironie allerdings) gibt es neben dem Kerker für ein Regime, welches sich selbst „realer Sozialismus" nennt und seine Legitimation von den „Interessen der Arbeiterklasse" ableitet, offensichtlich keine grössere Strafe als die körperliche Arbeit. Die stalinistische Bürokratie versucht sich der tausenden Angehörigen von Intelligenz, Kunst, Wissenschaft, der ehemaligen Parteikader, aus deren Reihen der „Prager Frühling" seinen Anfang nahm (was unter anderem auch seine Schwäche ausmachte), vor allem durch eine ‚Versetzung' zur materiellen Arbeit zu entledigen. In dieser zynischen Maßnahme steckt allerdings auch die – bis heute noch zutreffende – Wahrheit, daß die tschechoslowakische Arbeiterklasse nach dem Erwachen des Jahres 1968 und dem noch monatelang nach dem August andauernden Widerstand gegen die „Normalisierung", in den letzten Jahren dem Regime kaum Widerstand entgegensetzte.

Die Maßnahmen der Bürokratie müssen entsprechend der Linie Bilaks verstanden werden, nach der die führenden Vertreter des „Prager Frühlings" geschont werden und vor allem die „mittlere Garnitur um die sich niemand kümmern wird" geschlagen werden soll.

Von den zehn Inhaftierten abgesehen, sei in diesem Zusammenhang noch auf den zu Jahresbeginn verurteilten früheren Sprecher der „Charta 77" Sabata hingewiesen, sowie auf den Überfall auf die Charta-Sprecherin Tominova und auf den Ausschluß des Anwaltes Damisz (eines Verteidigers von Charta-Mitgliedern), aus der Anwaltskammer. Die Arbeit des Staatsapparates gegen die Opposition ist keineswegs originell, sondern stahl in würdiger Tradition und im Zusammenhang mit der heutigen Praxis bürgerlicher Polizei-

staaten und Diktaturen. Das Angebot zur Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen fehlt ebensowenig wie der Versuch, durch gezielte Meldungen Differenzen in die Reihen der Opposition zu tragen (so wurde Petr Uhl in den Zusammenhang mit dem „Terrorismus" gestellt), massiven Einschüchterungen folgen Überfälle von ‚Unbekannten'.

Der Prozeß gegen die Zehn

Offensichtlich plante das bürokratische Regime den Prozeß um den 21.August durchzuführen, gewissermaßen als eine Demonstration der eigenen Stärke und der Isoliertheit der Opposition.

Von diesem Vorhaben ist der CSSR-Staatsapparat aber wohl aus einigen Gründen abgekommen.

Zum ersten seien die massiven Proteste aus den kapitalistischen Staaten erwähnt, die von der internationalen Sozialdemokratie ebenso wie von den ‚euro-kommunistischen Bruderparteien' abgegeben wurden. Wenn in diesen Protesten etwa von einer „Gefährdung der Entspannung" gesprochen wird dürfte die Vermutung naheliegend sein, daß auch die sowjetische Bürokratie entsprechende Weisungen an Prag gab. Zum zweiten aber ist der wesentliche Faktor festzuhalten, daß die Auswirkungen der weltweiten ökonomischen Krise immer drastischer auch im Bereich des RGW durchschlagen und in der CSSR (sowie den anderen Mitgliedsstaaten des RGW) zu massiven Preiserhöhungen geführt haben. Das Regime sah sich gezwungen anzukündigen, daß eine Reihe von „Verantwortlichen" für die desolate ökonomische Situation abgesetzt werden. In diesem Zusammenhang war es absolut nicht mehr ohne Gefahr für die Bürokratie, gerade um den 21.August mit dem Schauprozeß gegen die zehn eine Demonstration der Stärke durchzuführen.

Zum dritten schließlich sei noch auf die relativ enge Beziehung zwischen der polnischen und der tschechoslowakischen Opposition hingewiesen und auf die, in diesem Zusammenhang für sich sprechende Tatsache, daß einer der ‚Zünder' für die ungarische Revolution 1956 eine Solidaritätsdemontration für die polnische Opposition war...

Es wäre natürlich mehr als vermessen anzunehmen, daß sich das tschechoslowakische Normalisierungs-Regime heute in einer defensiven Position gegenüber der Opposition befindet. Kann die „Charta 77" sicherlich auf die breite Sympathie innerhalb des Landes zählen, die aktive Unterstützung ist zur Zeit gering.

Wer herrscht in Polen?

Oberflächlich betrachtet mag diese Fragestellung angesichts des Papst-Spektakels vor einigen Monaten angebracht gewesen sein. Und in der Tat ist die polnische Kirche – selbst wenn dies natürlich nichts an der unmittelbaren Machtausübung der Bürokratie ändert – eine gesellschaftliche Kraft, deren Reaktion auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen, die Bürokratie vor entsprechenden Maßnahmen berücksichtigen muß. Nicht die sogenannte „Arbeiterpartei" des Landes, sondern der Reaktionär aus dem Vatikan war es immerhin, der hunderttausende zur Begeisterung brachte und es waren nicht gerade fortschrittliche Ideale, die er vermittelte.

Gewissermaßen unter dem Schutzschild der Offensive des Klerikalismus, dem die tiefgehende Rückständigkeit (durch den Stalinsimus zementiert) der Gesellschaft es überhaupt gestattet, eine dermaßen dominierende Rolle zu spielen, konnte auch eine politische Opposition stärker hervortreten und arbeiten, die allerdings auch oft religiös beeinflußt ist (was an sich für Marxisten noch kein Grund sein kann, dieser Opposition die Solidarität zu verweigern).

Wenn überhaupt heute von einer defensiven Position einer stalinistischen Bürokratie gesprochen

werden kann, dann wohl am ehesten zutreffend in Polen. Die Bürokratie des Landes ist gezwungen, den Balanceakt des ‚friedlichen Auskommens' mit der Kirche und der nicht unmittelbar kirchlichen Opposition durchzuführen.
Für die CSSR gilt, daß die Narben des August 1968 noch auf dem Körper der Gesellschaft brennen. Hunderttausende, die aktiv den „Prager Frühling" getragen haben, leben in einem Staat, dessen die unmittelbare Macht ausübende Schicht den Makel der Statthalter trägt. Die Möglichkeit für das Husak-Regime hart gegen die „Charta 77' vorzugehen (also vor allem gegen Intellektuelle, Journalisten, Künstler, Wissenschaftler, ehemalige Parteikader) ergibt sich bis heute aus deren ziemlich weitgehender Isolierung von der Arbeiterklasse des Landes. Auch in Polen brennen die Narben der Arbeiterkämpfe des Jahres 1976 noch, aber gerade weil große Teile des Proletariats 1970 und 1976 gegen die bürokratische Herrschaft kämpften und keineswegs eine tiefgehende Niederlage erlitten ist es dem Gierek-Regime nicht möglich, umfassend und mit der Konsequenz Husaks gegen die Opposition vorzugehen. Die Inhaftierung von zehn führenden Oppositionellen in Polen würde zweifelsohne schlagartige Reaktionen aus den Reihen des Proletariats hervorrufen. Genau dieser gesellschaftliche Zustand erklärt die ‚Liberalität' des polnischen Regimes. Aber damit soll einzig ein relativer Unterschied in den Kampfbedingungen der polnischen und tschechoslowakischen Opposition verdeutlicht werden, denn die polnische Opposition ist ebenfalls Verfolgungen und staatlicher Willkür ausgesetzt.
Neben den verschiedenen oppositionellen Gruppen die auf allen gesellschaftlichen Ebenen aktiv sind sei vor allem das Bestehen von „freien Gewerkschaftsgruppen" erwähnt, die offen auftreten und Zeitungen herausgeben (die Zeitung des KSS/KOR etwa wird mit einer Auflage von 10.000 12.000 vertrieben).
„Die Gründungsgruppe der freien Gewerkschaft in Gdansk ist neben der Gruppe in Katowice die zweite dieser Bewegung in Polen und besteht seit dem 1.Mai 1978. Zum Kern in Gdansk gehören sieben Personen,die auch als Redaktionskollektiv für ihre Zeitung, den ‚Robotnik Wybrzesa' (‚Der Küstenarbeiter') verantwortlich sind...Einige der Kolleginnen und Kollegen sind bereits von Schlägertrupps mißhandelt oder im Betrieb und bei den Nachbarn als kapitalistische Spitzel diffamiert worden. Eine Kollegin wartet auf ihren Prozeß, Versetzungen in ihren Betrieben sind auf der Tagesordnung, ein Kollege ist entlassen worden, wurde aber in einem anderen Betrieb wieder eingestellt. Seit Dezember 1978 sind ‚nur' zwei Kollegen verhaftet worden, jedoch nach 48 Stunden wieder entlassen. Die Polizei ist in den letzten Monaten dazu übergegangen, die Gruppenmitglieder zu observieren ohne dabei handgreiflich zu werden (...)

Eng verbunden mit den persönlichen Erfahrungen des Ausgeliefertseins gegenüber der Partei, der Ohnmacht gegenüber Betriebsfunktionären der Arbeiterselbstverwaltung, haben die Mitglieder der Gründungsgruppe allgemeine Forderungen aufgestellt. Sie setzen sich für die Beibehaltung der Wirtschaftsordnung ein, wollen aber die legalen und humanitären Interessen der Bevölkerung wahrnehmen. Helfen und Schützen ohne Rücksicht auf politische Anschauungen und Qualifikationen sind vorrangige Ziele der Kollegen. Sie wollen den Lesern des ‚Robotnik Wybrzesa' keine Meinung aufdrängen und verzichten aus diesem Grund auf die Aufstellung von weitreichenden politischen Forderungen. Sie nehmen an, indem sie das Meinungsmonopol der staatlichen Presse durchbrechen, über Repression berichten, Schwierigkeiten des Staates darstellen, Nachrichten über demokratische Initiativen und Aktionen verbreiten, daß sich in der Zukunft immer größere Teile der Bevölkerung für einen menschlichen Sozialismus engagieren. Von hohem Stellenwert und von besonderer Bedeutung sei dabei auch die Unterstützung und die Solidarität von linken westlichen Gruppen und Organisationen." (zitiert aus ‚INFO des Sozialistischen Osteuropakomitees', Nr.36)

Selbstverständnis der Opposition und Diskussion innerhalb der „Charta 77"

So selbstverständlich unsere Solidarität mit jenen oppositionellen politischen Kräften in den „Arbeiterstaaten" die für eine freie und ungehinderte Diskussion und politische Betätigung eintreten auch ist,so selbstverständlich ist für uns aber auch eine Auseinandersetzung mit den Inhalten dieser oppositionellen Kräfte. Unsere Zustimmung oder Ablehnungvon oppositionellen Ideen und Zielen muß unabhängig von den Stellungnahmen der stalinistischen Bürokratie erfolgen, die allein durch ihre Staatsgewalt das Recht hat darüber zu entscheiden, was fortschrittlich ist und was reaktionär.

Wenn wir von den konkreten Unterschieden in der Situation und den Möglichkeiten der polnischen und der tschechoslowakischen Opposition absehen, so gibt es folgende Parallelen: Die Opposition ist nicht in organisatorisch voneinander unabhängige Gruppen getrennt (entsprechend unterschiedlichen politischen Programmen und Perspektiven), sondern umfaßt auf einer sehr breiten – und im eigentlichen Sinne eher nicht politischen – Plattform alle Kräfte, die auf eine Respektierung der ‚Menschenrechte' und der verfassungsmäßig garantierten Rechte durch die Bürokratie ausgerichtet sind, wobei vor allem die Verwirklichung der von den kapitalistischen Staaten und jenen des ‚realen Sozialismus' 1975 in Helsinki unterzeichneten Freiheiten verlangt wird. Der Sturz der bürokratischen Herrschaft und ihre Ersetzung durch ein anderes Gesellschaftsmodell kann dabei folgerichtig nicht zu den gemeinsamen Grundlagen der Opposition gehören, befinden sich doch in ihren Reihen Sozialdemokraten, ‚Euro-Kommunisten' und Liberale ebenso wie Katholiken und Menschen die für mehr intellektuelle und künstlerische Freiheiten eintreten.
Es ist also unumgänglich, daß wir es vermeiden müssen, an die politische Bewertung dieser Opposition mit jenen Kriterien heranzugehen, die wir ‚gewohnt' sind und die natürlich in gesellschaftlichen Strukturen in denen sich aktive politische Kräfte zu Organisationen und Parteien zusammenschließen eine reale Bedeutung haben. Wenn es etwas Umfassendes, allen Teilen und Ebenen der Opposition Gleiches zu behandeln und kritisieren gibt, dann die Berufung auf die Menschenrechte und auf die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki wobei auch eine derartige Kritik die konkrete Situation der Opposition berücksichtigen muß, will sie den Fehler vermeiden, Herangehensweisen die unserer politischen Existenz entwachsen sind einfach anderen Gegebenheiten überzustülpen (in der in unserem Theoretischen Organ ‚Ergebnisse und Perspektiven' erscheinenden Serie zur CSSR, werden wir im 3.Teil genauer und umfassender auf die Opposition in den ‚Arbeiterstaaten' im allgemeinen und auf die „Charta 77" im besonderen eingehen).

Neben dem Aufzeigen der politischen Unterdrükkung, dem Verfassen von Dokumenten zu verschiedenen Problemen (so hat die „Charta 77" ein Dokument zu den Atomkraftwerken in der CSSR, sowie Dokumente zur Situation der Zigeuner und zu den Lebensbedingungen herausgegeben) besteht ein zweifellos progressiver Aspekt in der Arbeit der Opposition darin, Strukturen aufzubauen, innerhalb derer eine politische und intellektuelle Betätigung aller jener möglich ist, die vom Regime an der Ausübung ihres Berufes, an der Wahrnehmung ihrer Interessen gehindert werden. Diese „parallelen Strukturen" bestehen sowohl in Polen als auch in der CSSR und sie funktionieren möglichst offen, d.h. die Opposition vermeidet einen freiwilligen Rückzug in die Illegalität, in der nicht nur ihre Bekämpfung durch den Staatsapparat leichter und folgenloser ablaufen könnte, sondern auch die Diskussionsmöglichkeiten und die Entwicklung politischer Standpunkte erheblich eingeschränkt würden.
„Es ist bekannt, daß in der Tschechoslowakei solche parallelen Strukturen vor allem im Bereich der Kultur schon eine lange Tradition haben. Schon 1973 existiert die von Ludvik Vaculik organisierte Edition unter Schloß und Riegel, die bis 1975 an die 90 maschingeschriebene Bücher von Autoren, die Schreibverbot haben, brachte. Eine ähnliche parallele Struktur entstand im Bereich der modernen Musik, am bekanntesten ist davon die Gruppe Plastic People of the Univetse. Ähnlich bekannt sind die maschingeschriebenen und weiter abgeschriebenen Feuilletons mit kritischen politischen Urtexten, weniger bekannt sind dagegen die Ausstellungen der nichtkonformistischen Maler oder Vorstellungen von Wohnungstheatern und Rezitationsabende. In der nächsten Zeit soll der ORF sogar einen in diesem Milieu gedrehten Abendfilm ausstrahlen. Es existiert die sogenannte Patocha-Universität, wissenschaftliche Vorlesungen jener, die an den offiziellen Hochschulen nicht vorlesen dürfen, für jene, die an diesen Hochschulen nicht studieren dürfen und mit Themen, die an den offiziellen Hochschulen nicht vorgetragen werden dürfen." (‚Listy-Blätter', Nr. 22)
Bei der heute gegebenen offenen Struktur der Opposition ist es unvermeidlich und auch voranzutreiben, daß es zu weitgehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen kommt. So wird sich rasch die Trennungslinie zwischen jenen zeigen, die dem bürokratischen Regime einige Freiheiten und die Anerkennung abringen wollen (das Gesellschaftssystem als solches aber nicht zu verändern wünschen) und jenen, die entweder von schon vorhandenen gesellschaftlichen Konzepten ausgehen oder durch ihre Tätigkeit zur Überzeugung kommen, daß eine qualitative Veränderung der Gesellschaft notwendig ist. Petr Uhl etwa zeichnet die Situation folgendermaßen: *„Die Beschränkung der Charta liegt darin, daß sie unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen eine allgemeine Durchsetzung eines der in internationalen Verträgen garantierten Rechte nicht erreichen kann. Sie kann jedoch kleine Erfolge im Bereich der Menschenrechte erreichen. Ihre größte Bedeutung sehe ich aber darin, daß sie durch ihre Tätigkeit jene radikale Veränderung der Verhältnisse in die Nähe rückt, die die Entwicklung zur allmählichen Verwirklichung aller natürlichen Menschenrechte einleitet."* (‚INFO des sozialistischen Osteuropakomitees', Nr. 35)
Die heute ablaufenden Diskussionen sind – nach den uns zur Verfügung stehenden Dokumenten und Berichten – noch nicht in dem oben skizzierten Weg fortgeschritten. Sie betreffen vor allem die Frage ob ein unbedingtes Festhalten an der legalen Tätigkeit mobilisierend wirkt und wie überhaupt eine breite Ausdehnung der Oppositition, die Einbeziehung der Arbeiter, erreicht werden kann. Daß dabei Standpunkte vertreten werden die grundsätzlich politische Strukturen ablehnen kann nicht verwundern, ist dies doch Ausdruck der Theoretisierung der vorhandenen Strukturen. Neben der interessanten und für die CSSR auch heute sicherlich nicht unbedeutenden Diskussion über die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen nach dem 2.Weltkrieg ist vor allem die immer wieder zum Ausdruck kommende Illusion über die Sozialdemokratie erwähnenswert. Die im kapitalistischen Exil bestehenden Strukturen der tschechoslowakischen Opposition sind politisch (und teilweise auch organisatorisch) eng mit der Sozialdemokratie verbunden und auch die im Land existierenden Strukturen offenbaren immer wieder ein völliges Negieren der Funktion der Sozialdemokratie, indem sie vor allem diese Parteien als die legitimen Vertreter der „Demokratie" und der „Menschenrechte" bezeichnen. Genau auf dieser Ebene liegt unserer Ansicht nach die große Verantwortung jener Kräfte innerhalb der Opposition, die auf eine qualitative Veränderung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus ausgerichtet sind. Eine solche Veränderung wird auch in den Ländern des „realen Sozialismus" ohne ein umfassendes revolutionäres Programm nicht möglich sein. Und gerade die Kritik an der internationalen Sozialdemokratie (als der Agentur des demokratischen Imperialismus) gehört zu einem derartigen Programm, dessen Kraft und Perspektive gerade in der Formulierung einer gesellschaftlichen Alternative zum stalinistischen „realen Sozialismus", aber auch zum demokratischen Imperialismus der Sozialdemokratie liegen müßte.

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Solidarität mit der ägyptischen Linken!

Während der letzten Wochen durchsuchte die politische Polizei des Sadat-Regimes die Häuser und Wohnungen dutzender politischer Oppositioneller in Ägypten. Bei dieser größten Aktion der Repression, die Ägypten seit 1977 gesehen hat, wurden weit über 100 Menschen verschleppt und in die Gefängnisse geworfen. Die Repression fand ihren Höhepunkt, als der Innenminister der Sadat Regierung auf seiner Pressekonferenz stolz erklärte, daß die Polizei erfolgreich militante Elemente, die gegen die Regierung arbeiten und geheimen linken Organisationen angehören, mit Beweisen ihrer Schuld (Druckmaschinen, Zeitungen und Flugblätter) verhaftet hat. Unter den Verhafteten befinden sich drei Mitglieder des letzten Parlaments, das von Sadat aufgelöst wurde, Mitglieder der "council of lawyers union", Journalisten, viele Arbeiter, Studenten und Beamte aus verschiedenen ägyptischen Städten. Wie üblich erwarten die Verhafteten Gerichtsverfahren mit Haftstrafen von mehreren Jahren.

Diese neue Welle der Repression, mit der Sadat seinen "demokratischen Weg" gegen die ägyptischen Massen fortsetzt, kommt nicht überraschend für die Bevölkerung,die sehr genau den "demokratischen Charakter" des Regimes in den letzten Jahren kennengelernt hat. Wie wir wissen, wurden nach den Demonstrationen im Jänner 1977 mehr als 4.000 Menschen verhaftet und fast die Hälfte von ihnen zu Gefängnisstrafen von drei bis fünfzehn Jahren verurteilt. Die anderen warten noch heute auf ihre Urteile. Darunter viele, die bereits 1978 von Militärgerichten verurteilt worden sind. Die Verhaftungen und Repressionen haben, seit sie 1970 begannen, bis heute kein Ende gefunden.

Die Verhafteten in Sadats Gefängnissen sind fürchterlichsten Bedingungen und grausamsten Torturen ausgesetzt und fristen ihr Leben unter schlechtesten Verhältnissen. In der "Cytadel", dem berüchtigsten politischen Gefängnis, spezialisiert auf Folter, psychische und physische Verelendung, begannen die Gefangenen ihren Hungerstreik und fordern seitdem:

- Freiheit für sie und alle politischen Gefangenen
- Schleifung des "Cytadel"-Gefängnisses, Beendigung aller Arten der Folter und Verlegung in normale Gefängnisse
- Abbruch aller Militärgerichtsverfahren und Einstellung der außerordentlichen Gerichte und Durchführung der Prozesse mit allen Rechten der Verteidigung.

Zusätzlich fordern sie allgemeine politische Rechte

- Wiederherstellung aller politischen Freiheiten, einschließlich des Rechtes, Parteien und Gewerk schaften zu bilden
- Freiheit der Presse, der Meinung und der Zeitungen
- Aufhebung aller Gesetze, die das Sadat-Regime erlassen hat
- Demonstrations-, Versammlungs- und Streikrecht
- Zurücknahme und Beendigung aller Vereinbarungen mit den Zionisten
- allgemeine Lohnerhöhung und Anpassung der Löhne an die Preise.

Die herrschende Klasse ist nicht in der Lage, die tiefe Krise, als direktes Ergebnis ihrer Existenz, Hunger und Arbeitslosigkeit zu lösen. Sie kann ihre Herrschaft nur mit Hilfe direkter Unterdrükkung durch Polizei, Armee und Gesetze gegen die Massenbewegung der ägyptischen Bevölkerung aufrecht erhalten. Die Bedeutung gerade der aktuellen Repression kann nicht als isolierte Aktion im Konflikt des Regimes mit einigen Oppositionellen erklärt werden, sondern ist in der gesamten politischen wie wirtschaftlichen Situation Ägyptens begründet.

Einerseits führt die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Situation nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Mittelklasse an die Schwelle der Armut. Während der wirtschaftlichen Stagnation und Inflation der letzten zehn Jahre stiegen die Preise der lebenswichtigen Nahrungsmittel um 800%, die Löhne jedoch nur um 25%. Die Arbeitslosigkeit hat einen bisher nicht gesehenen Stand erreicht. Neben den tausenden Arbeitern aus den Fabriken, die infolge von Sadats Wirtschaftspolitik geschlossen worden sind, warten ca. 10.000 Absolventen der Hochschulen seit Jahren auf eine Gelegenheit zu arbeiten. Sadats Wirtschaftspolitik heißt "offene Ökonomie" und führt zur vollständigen Verflechtung und Abhängigkeit Ägyptens vom Imperialismus. Eine weitere Folge ist die starke Emigration ägyptischer Arbeiter in arabische und europäische Länder, um dort unter schlechtesten Bedingungen und intensivster Ausbeutung ohne jeglichen Schutz zu arbeiten. Diese Wirtschaftspoltik Sadats im Dienste der westlichen Konzerne führte zur vollständigen Zerstörung der Grundlagen der ägyptischen Wirtschaft und stellt das Land der intensiven Ausbeutung des Imperialismus zur Verfügung. Der Imperialismus kontrolliert bereits heute die gesamte Wirtschaft, so daß z.B. das Handelsbilanzdefizit bis jetzt 11 Milliarden Dollar erreicht hat. Der Widerspruch im Einkommen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung erreichte ein Verhältnis von 1:333. Gleichzeitig verbrauchen 23% der Bevölkerung 55% der nationalen Produktion.

Diese Widersprüche führen zwangsläufig zu scharfen Konflikten zwischen den Massen und der herrschenden Klasse. Das verbrecherische Sadat-Regime führte so auch zu einer Periode des sozialen Widerstandes gegen seine Herrschaft. Seit Anfang der Regierungszeit Sadats gibt es unzählige Demonstrationen und Streiks, die 1977 im Generalstreik und in gewaltigen Demonstrationen in 15 Städten ihren Höhepunkt fanden. Wir können mit Recht sagen, daß das Sadat-Regime bis heute niemals eine stabile Phase seiner Herrschaft gesehen hat.

Jedermann, der den „demokratischen Weg" Sadats verfolgt,wird entdecken, daß dieses isolierte Regime eben nur durch Unterdrückung und Aufbau eines riesigen Repressionsapparates bestehen kann:

- Obwohl Sadats Präsidentschaft von direkten Wahlen als „Ausdruck" der bürgerlichen Demokratie abhängt, löste er das Parlament auf und regiert seitdem in autokratischer Art und Weise,
- Durch Gesetze ist es verboten,Parteien und Organisationen zu bilden.
- Die Zeitungen sind im Besitz des Staates, es gibt kein Recht auf freie Meinungsäußerung.
- Streiks und Demonstrationen sind verboten, diejenigen, die die Arbeiter zu Streiks aufrufen, werden mit Gerichtsurteilen von 25 Jahren Gefängnis bestraft.
- Staatsreligion ist der Islam, es gibt keine Freiheit der Religionen.
- Die Angst Sadats vor einer Massenbewegung ließ ihn „Freiheitsgesetze" (so ihre offizielle Bezeichnung) erlassen, die verfügen, daß 5 Personen, die gemeinsam auf der Straße gehen, eine Demonstration und daß 3 Personen, die irgendwo zusammensitzen, eine geheime Versammlung, auf die 25 Jahre steht, darstellen.
- Während der Feiern der Abkommen mit seinen zionistischen Freunden wurde eine Ausgangssperre ab 24 Uhr verfügt und Truppen in den Straßen vor allem der Armenviertel geschickt,um direkt die Bevölkerung zu terrorisieren.
- In seiner Furcht unterdrückte das Sadat-Regime nicht nur die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Führung, sondern versucht auch, mit Gesetzen bürgerlich-liberale Politiker ihrer Rechte zu berauben.
- Die neuen Abkommen zwischen Sadat und Israel haben das Ziel,die Interessen und den Einfluß des Weltkapitalismus im arabischen Raum zu verstärken und die arabische Nation in Palästina zu verraten. Gleichzeitig sollen die Tore Ägyptens vollends für amerikanisches und israelisches Kapital geöffnet werden. Alle diese Vereinbarungen konnte Sadat nur durch Unterdrückung der Massen und Niederhaltung der Linken mit ausländischer Unterstützung der imperialistischen Länder abschließen.
- Gerade auch die politische und wirtschaftliche Unterstützung sozialdemokratischer Regierungen westlicher Länder, die ihrer Bevölkerung weismachen wollen, daß das Sadat-Regime ein demokratisches System ist, ist letztendlich gegen die ägyptische Bevölkerung gerichtet, die ohnehin schon unter Armut und Elend als Ergebnis imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung durch das Sadat-Regime leidet.

Die Polizeidiktatur des Sadat-Regimes hat tausende Arbeiter, linke und revolutionäre Oppositionelle verhaftet und in die Gefängnisse geworfen. Den politischen Gefangenen, die während der letzten Welle der Repression verhaftet wurden, stehen in diesen Wochenmassive Gerichtsverfahren bevor, bei denen sie keine Möglichkeit haben, sich selbst zu verteidigen. Diejenigen, die ihren Hungerstreik gegen das Sadat-Regime begonnen haben, rufen nach internationaler Solidarität, auch als Schutz gegen den Terror, dem sie bislang alleine gegenüberstehen. Wir rufen alle linken und fortschrittlichen Organisationen und Personen auf, sie gemeinsam mit uns zu unterstützen und Licht in die Dunkelheit der imperialistischen Propaganda über die Situation in Ägypten zu bringen. Der Unterstützung, die Sadat von den USA, den anderen imperialistischen Ländern und eben auch von Israel erhält, muß internationale Solidarität entgegengesetzt werden.

Wir rufen auf, gemeinsam mit uns ein Komitee gegen die Repression in Ägypten und für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu bilden!

Nieder mit dem Terror des Sadat-Regimes gegen die Linke in Ägypten!

Für die sozialistische arabische Revolution!

Initiative für die Bildung eines Komitees „Solidarität mit der arabischen Revolution"

Internationale Kommunistische Liga

Veranstaltung zur politischen Situation in Ägypten

Es spricht ein Mitglied des ägyptischen Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen

Donnerstag, 27.September, 19.30

1040 Wien, Treitlstraße 4, 4.Stock